Atom Express

Zeitung der Initiativen gegen Atomenergie

DM 1.50
Nr. 19 April 80

Herausgeber: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie

. . Platzbesetzung Gorleben . . . Energiebilanz . . .

Brokdorf . . . Würgassen-Trockenlager . . . Schwed

Collection Lakhi foundation
www.lakhi.org
Digitized 2010

Das China Syndrom

Der Film – Realität nicht nur in Harrisburg!

Seit etwa 4 Wochen läuft in Deutschland der US-Film "Das China-Syndrom". Der Film wurde in den USA ein Kassenknüller, da wenige Wochen nach der Uraufführung der schwere Unfall in Harrisburg passierte.
Der Film, mit Jane Fonda in der Hauptrolle, ist kein eigentlicher Anti-Akw-Film, im Vordergrund steht nicht die Auseinandersetzung mit der Frage: Sind Atomkraftwerke sicher und brauchen wir sie? Es ist vielmehr ein Aktion-Film rund um einen Unfall und eine drohende Katastrophe in einem US-Atomkraftwerk. Die Filmaussage richtet sich gegen Zensur in den Medien und verantwortungslose Profitgier der Konzerne, deren Folge ein skandalöses Umgehen mit der Materie Atomkraft ist bis hin zum Riskieren einer atomaren Katastrophe - ein paar Dollars wegen.

Was den Film insbesondere für Atomkraftgegner interessant macht, ist die verblüffende Ähnlichkeit des Geschehens mit den tatsächlichen Begebenheiten im Unfallreaktor Harrisburg. Das alles wird recht dramatisch dargestellt, vermengt mit heldenhaften Einzelkampf einiger Menschen, die - mehr oder weniger zufällig - das Ganze durchschauen und sich zur Tat berufen fühlen; im Gegensatz zu den 99 % der Anderen, denen das eigene Hemd näher ist als die Verhinderung eines Supergaus, dem sie dazu noch selbst zum Opfer fallen würden, als Ironie des Schicksals sozusagen.
US-Kritiker sprachen von dem Drehbuchautor und Regisseur des Films, J. Bridges, als einem prophetischen Talent nach "Three Mile Island".
Besonders wichtig scheint mir zu sein, daß "prophetisches Talent" zum Schreiben des Drehbuchs nicht notwendig war. Läßt sich doch nachweisen, daß die fiktive Handlung auch in Details durchweg Vorlagen und Parallelen im atomindustriellen Alltag hat. Hier nur 2 Beispiele: Im Film deckt ein Ingenieur auf, daß wichtige Konstruktionsunterlagen von der der Erbauerfirma des Akw gefälscht worden sind: aus Kostengründen wurden nicht sämliche Schweißnähte im Rohrsystem des Akw geröntgt, sondern eine einzige Aufnahme mit falschen Legenden vervielfältigt. Die Drehbuchvorlagen lieferten hierzu die Erbauer des US-Meilers Pilgrim 1.

Im Film sollen diese gefährlichen Prüfberichte einem AKW-Hearing zugespielt werden: Ein Assistent, der die Röntgenfotos überbringen soll, wird auf der Autobahn von einem zweiten Wagen in einen Abgrund gedrängt und lebensgefährlich verletzt. Die Unterlagen verschwinden aus den Trümmern des Autos. Vorlage: der Fall Silkwood. Am Abend des 13. November 1974 wollte die 27järige Karen Silkwood zu einem Treffen mit einem New-York-Times-Reporter und einem Funktionär der Atomenergiearbeiter-Gewerkschaft fahren. In Wochenlanger geheimer Recherche hatte sie Dokumente über illegale Praktiken und mangelnde Sicherheitsvorkehrungen an ihrem Arbeitsplatz zusammengetragen, in der Kerr-McGee-Plutonium Fabrik bei Oklahoma-City. Auf dem Highway 74 wurde sie von einem Lieferwagen gerammt und von der Straße geschoben. Sie starb auf der Stelle, die Plutonium-Papiere wurden im Wrack ihres Wagens nie gefunden.

Man kann über diesen Hollywoodstreifen sicher geteilter Meinung sein, eines ist jedoch sicher: ein besserer Streifen ist in "normalen" Kinos zu diesem Thema noch nicht über die Leinwand geflimmert. Und ein Happy-End gibt es auch nicht. Zwar findet der Supergau letztendlich doch nicht statt, die Zuschauer aber verlassen betroffen die Vorstellung. Es bleibt was hängen von dem Film, das ist sicher; selbst bei denjenigen, die meinten, sie wären schon so lange Akw-Gegner und so gute, daß sich der Film für sie nicht lohnen würde. Am Ende der Aufführung, in der ich war, ausverkauft mit ca. 4oo Leuten (wie alle Vorstellungen in den ersten Tagen), hätte man eine Stecknadel fallen hören können- so ruhig war es im Saal. Eine solche Betroffenheit habe ich das letzte Mal bei dem Film "Einer flog Übers Kuckucksnest" gesehen, und das ist schon lange her.

Flugblatt zum Film

Wir haben zu dem Film "Das CHina-Syndrom" ein vierseitiges Flugblatt gemacht, auf deren Innenseiten Ausschnitte aus den Tonbandprotokollen der Atomenergiebehörde während der heißesten Zeit des Unfalls in Harrisburg abgedruckt sind. Das Flugblatt haben wir am Ende der Filmvorstellung verteilt; es wurde uns fast von allen aus der Hand gerissen, noch nie hat Flugblattverteilen so viel Spaß gemacht.
Für Bürgeriniativen ist der Film sicher ein guter Ansatzpunkt für inhaltliche Arbeit, zumal sich das Kinopublikum sehr unterschiedlich zusammensetzt.
Wer sich unser Chinasyndrom-Flugblatt mal ansehen will, der schreibe uns oder rufe an (am besten montags, dienstags, donnerstags und freitags 19-21.00 Uhr.)
Für Bürgerinitiativen, die selbst keine Flugblätter dazu drucken können oder wollen, verschicken wir auch welche zum Preis von 15.--DM pro 500 plus 5.--DM Porto. Bestellung bitte an Göttinger Arbeitskreis, Postfach 45,34Göttingen.

...Kurzmeldungen...

Neues aus Ohu !

Letzte Meldung!!! Letzte Meld

Am Donnerstag, den 27. März 1980,3o, kam es im Atomkraftwerk Isar I in Ohu (bei Landshut) - wieder einmal! - zu einem Unglücksfall. Aufgrund einer defekten Dichtung strömte radioaktiver Dampf aus dem Primärkreislauf in das Maschinenhaus. Das Reaktorgebäude wurde daraufhin "vorsorglich" geräumt. Das Atomkraftwerk mußte abgeschaltet werden.

Raumordnungsverfahren für KKI II abgeschlossen

Am 15. Dezember 1979 konnte man in Lokalzeitungen lesen, daß die Regierung von Niederbayern das Raumordnungsverfahren für einen 13oo Megawatt Druckwasserreaktor (Atomkraftwerk Isar II) in Ohu (bei Landshut) grünes Licht gegeben hat. Am selben Tag zogen abends ca. 6oo AKW-Gegner in einem Fackelzug vom Regierungssitz zur Privatwohnung des Regierungspräsidenten, der sich trotz deutlicher Aufforderung nicht seinen Bürgern zeigen wollte. Nach einer kurzen Kundgebung, einer Kranzniederlegung und einem verlorenen Atommüllfaß etc. ging es wieder zurück bis ins Stadtzentrum, wo die Demo dann ohne Zutun der Polizei sich friedlich auflöste.

Weiße Spatzen

Seit Februar 198o tobt in Landshut ein Streit um plötzlich häufig aufgetretene weiße Spatzen, die dazu noch öfters Mißbildungen aufweisen. Während das bayrische Umweltministerium und die Betreiber jeden Zusammenhang ablehnen, führen mehrere Experten und Wissenschaftler dies u.a. auf den nicht gerade störfallfreien Betrieb des AKW zurück. Dabei treten Erinnerungen an den Münchener Zahnarzt auf, der bei Kindern radioaktives Strontium in den Zähnen nachwies und auf eine Zeitungsmeldung, wonach Mitte Januar über München ein radioaktiver Niederschlag runterging, dessen Aktivität amtlicherseits (Gesellschaft für Strahlenforschung München) bis zu 1 Million mal stärker war als normal.

Kompaktlager in Ohu genehmigt

Der bayrische Minister für Landesentwicklung und Umwelt hat, wie erwartet, die Kompaktlagerung im Atomkraftwerk Isar I bei Ohu (bei Landshut) genehmigt. Außerdem gab das Ministerium bekannt, daß die Betreiber neue Verträge mit der französischen Wiederaufbereitungsanlage in La Hague über die Lagerung und Wiederaufbereitung von 5 Jahresladungen abgeschlossen haben. Die neuen Verträge mit La Hague basieren auf den Optimismus der Betreiberfirma COGEMA, ihre Ausbaupläne auf die vierfache Kapazität der Anlage in La Hague wie geplant realisieren zu können. Dagegen spricht, daß La Hague in der Bretagne liegt und unter den Bretonen zur Zeit di[illegible] ist in Punkto Atomanlagen. [illegible] 198o wird eine internationale Großdemonstration gegen die Erweiterungspläne der COGEMA stattfinden.

. . . und harreten
(machtvoll)
der zeitungen
die da kommen würden.
denn siehe:
es entstand
ein gar großes gerangel
unter den massen
wenn sie sahen:
der neue atom express ist da!
H.P., Salzburg

Termine . . . . Termine . . . Term

5./6.4 Internationale frauendemonstration in Gorleben
19./20.4. Brunsbüttel: Bundesweites Arbeitstreffen Schwerpunkt Brokdorf
18./20.4. Frankfurt: Bundesweiter Arbeitskongreß "Energie – Krise oder Geschäft". Veranstalter BBU. Ort: Haus der Jugend
25.4 Göttingen: Brasilien-Veranstaltung mit Florence und Otto Buchsbaum
25./26.4 Hamburg, Markthalle: SB-Wahlveranstaltung
26.4. USA: Großer Anti-AKW-MArsch nach Washigton
28./29.6. Frankreich: Internationale Demonstration in La Hague

Impressum

Der Atom Express wird herausgegeben vom Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie.
Der Atom Express erscheint alle 6-8 Wochen und kostet 1,50 DM.

Anschrift der Redaktionsgruppe:
Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
Redaktion
Postfach 45
3400 Göttingen
Büro: Marienstr. 10, Tel.: 0551/7700158

Konto Nr.:
Kirsten Hellwig Sonderkonto,
PSchA Hannover, 311280-303

V.i.S.d.P.: Christine Riese, Kirsten Hellwig, Bernd Weidmann, Wilhelm Bethlehem, Erich Schünemann Reimar Paul

Mitarbeit an dieser Nummer: Bernd, Berthold, Bernhard, Claudia, Christine, Dieter 1 + 2, Erich, Karl Josef, Kirsten, Lutz, Ortrud, Outi, Reimar, Ulli 1 + 2, Wilhelm 1 + 2.

Atom Express Abo:
kostet 10 DM für fünf Nummern incl. Porto; für BIs, Buchläden oder sonstige Verkaufstellen ab 5 Exemplaren je 1 DM.

Bürger für Energie auf dem Göttinger Marktplatz; Vagabunden der Atomindustrie. Mehr darüber auf Seite 27.

INHALT

Ein Jahr Harrisburg
Die Katastrophe geht weiter 4

Serie: Uranbergbau
Teil 3: Urananreicherung 8

Rund um Gorleben
Entscheidung über Zwischenlager, Platzbesetzung im Mai? 10

Ahaus: Zwischenlager ab Frühjahr 81? 13

10 Jahre Mülheim-Kärlich
10 Jahre Mauscheleien, Schweinereien 14

Würgassen: Trockenlager beantragt 16

Strobo breitet sich aus 19

Widerstand gegen WAA in Nordhessen 19

Von Stromlücken und anderen Märchen
Neueste Bilanz der Stromerzeugung 20

Bürgerkrieg in der Bretagne 26

Bundesweites Arbeitstreffen in Brokdorf
Diskussionsbeiträge zu den Vorschlägen einer Großdemonstration . . . 28

Volksabstimmung in Schweden 32

Die Grünen
Eine Alternative für Gewerkschafter gegen Atom? 34

Treffen der Musik- und Theatergruppen 36

Dampfwolke über dem AKW Fessenheim 37

Argentinien
Die Atomgeschäfte mit Siemens blühen 38

Ein Jahr Harrisburg

die Katastrophe geht weiter!

"Mittwoch, den 28. März 1979, 36 Sekunden nach vier Uhr morgens stellten einige Wasserpumpen im Werk II des Kernkraftwerkes auf Three Mile Island, 15 Kilometer südöstlich von Harrisburg in Pennsylvania ihren Dienst ein..." Mit diesen dürren Worten beginnt die 'Störfall'-beschreibung der von Präsident Carter in den USA eingesetzten Kemeny-Kommission zur Untersuchung des bisher schwersten Unfalls in einem AKW, das der friedlichen Stromerzeugung dient. Da die meisten Vorgänge um den Katastrophenreaktor entweder längst aus dem Gedächtnis verschwunden sind oder kurz nach dem Unfall noch gar nicht bekannt waren, soll hier eine knappe Zusammenfassung der Vorgänge folgen:

- Am 28.3.79 um 4 Uhr morgens fallen die Speisewasserpumpen (in der Prinzipskizze = Nr. 1) des Reaktors im Sekundärkreislauf aus. Dadurch wird die Wärme, die im Reaktor entsteht, nicht mehr abgeführt, das Wasser im Primärkreislauf wird zu heiß, wodurch der Druck über den Normalwert steigt.
- Der erhöhte Druck löst das Öffnen eines Abblase-Ventils (2) aus, durch das nun Dampf aus dem Druckhalter (3) in einen 'Abblasetank' (4) strömt. Das Wasser wird in diesem Tank gesammelt, da das Wasser des Primärkreislaufes ja radioaktiv ist und nicht in die Umgebungsluft geraten darf.
- Das Sicherheitssystem löst eine Reaktorschnellabschaltung aus.
- Der Druck im Primärkreislauf sinkt daraufhin wieder und das Abblase-Ventil sollte sich wieder schließen, doch nun - etwa 12 sek nach Beginn der Störung - passiert das eigentlich ungewöhnliche: Das Abblaseventil bleibt offen und wirkt im folgenden wie ein Leck im Primärkreislauf, aus dem ständig radioaktives Wasser in den Abblasetank läuft.
- Nach ca. 2 Minuten beginnen die Hochdruckeinspeisepumpen mit der Notkühlung des Reaktorkerns.
- Da der Druck im Druckhalter wegen des geöffneten Abblaseventils geringer ist als im Reaktorkern, fließt nun ständig Wasser in den Druckhalter, so daß dort der Wasserstand ständig steigt. Da die Männer im Kontrollraum nicht wissen, daß das Abblaseventil immer noch offen steht (sie haben nur eine Anzeige, auf der man sieht, daß es eigentlich geschlossen sein müßte), vermuten sie aufgrund des steigenden Wasserstandes, daß das Notkühlsystem bereits genügend Wasser eingepumpt hat und schalten die Notkühlung schon 2 min. nach dem Anschalten wieder ab. Dies müßen sie normalerweise auch tun, weil die Notkühlpumpen soviel Druck erzeugen können, daß Bruchgefahr für einige Leitungen und Ventile besteht.
- Nachdem nun eine viertel Stunde lang Dampf aus dem offenen Ventil in den Abblasetank geströmt war, platzt eine hierfür vorgesehene Verschlußscheibe (5) und läßt das radioaktive Wasser in den Sumpf des Reaktors fließen. Von hier wird es abgepumpt und gelangt in ein ungesichertes Nebengebäude. Die radioaktiven Gase, die in diesem Wasser gelöst waren, werden über Ventilatoren an die Umgebung abgegeben und führen zu einer beachtlichen Belastung der umliegenden Bevölkerung.

- Im Reaktorkern sinkt der Wasserstand immer weiter, weil aus dem offenen Ventil zwar Wasser ausfließt, aber nicht genug Wasser nachgeliefert wird. Die Brennstäbe werden nun nicht mehr genug gekühlt und die Brennstabhüllen beginnen z.T. zu schmelzen, wodurch radioaktive Substanzen aus den Brennstäben in das Wasser gelangen. Erst 2 1/4 Stunde nach dem Beginn des Unfalls wird entdeckt, daß das Abblaseventil noch offen steht und es wird geschlossen. In der Zwischenzeit hat sich aber Dampf im Kern angesammelt, der den Kühlwasserfluß behindert und die Brennstäbe sind bereits schwer beschädigt - das Unglück von Harrisburg ist nun nicht mehr aufzuhalten.

"Sie sind wie Kinder..."

In den nächsten Tagen versuchen die besten Reaktorexperten der USA, den Fehler, der in den ersten Sekunden des Unglücks übersehen worden war, wieder gutzumachen, doch die Reaktor-technik zeigt, daß sie einen eigenen Willen hat. Zur größten Gefahr wird eine Blase aus Wasserstoff, der durch eine Reaktion des Wasserdampfes mit den Brennstabhüllen entstand. Diese Gasblase behinderte erstens die Kühlung des Reaktorkerns und drohte zweitens zu explodieren, sowie genügend Sauerstoff durch andere Reaktionen hinzukam. Dies war die große Sorge der Experten im Kontrollraum und es gab zum Zeitpunkt des Unfall eine völlige Unsicherheit über die Vorgänge im Reaktor. Die wissenschaftlich untermauerten Thesen der Fachleute reichten von: "... der Reaktor kann jeden Augenblick hochgehen." bis zu: "...keine Gefahr". Professor Kendall vom berühmten Massachusetts Institute of Technology meinte zu der Situation: "Die sind wie Kin-

der, die im Wald spielen - auf unbekanntem Gelände allein mit einem Reaktor, dessen Steuer- und Kontrollinstrumente nie dazu gedacht waren, mit dieser Situation fertig zu werden."
Über der Erleichterung darüber, daß ein Explodieren des Reaktors verhindert werden konnte, wurde dann weitgehend vergessen, was der Reaktor sonst an Unheil angerichtet hat.

Was sind die Konsequenzen für die Bevölkerung um TMI?

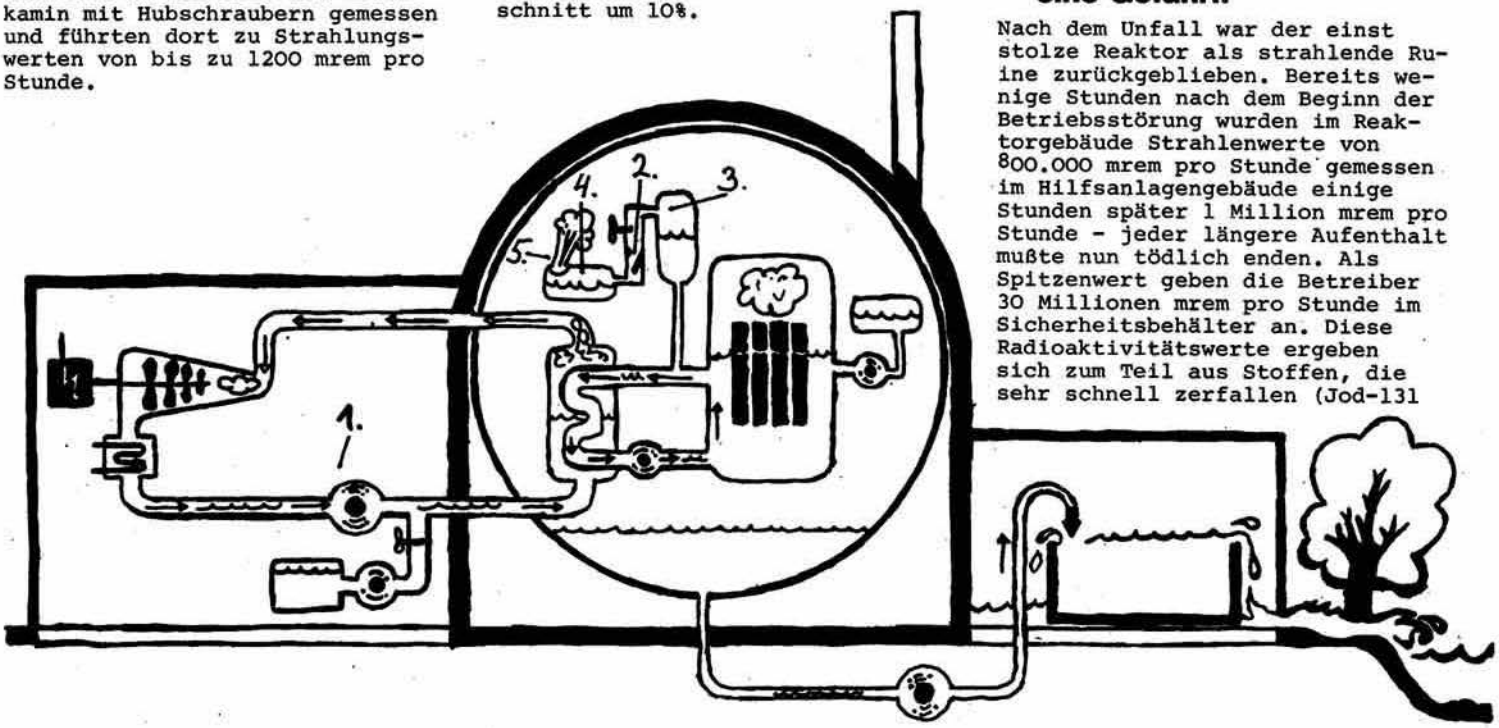
Für die Bevölkerung in der Umgebung des AKW 'Three Mile Island' ergaben sich mehrere Strahlenquellen, die gefährlich wurden:
1. Durch das Abblase-Ventil gelangten große Mengen radioaktiven Wassers in den unteren Teil des Sicherheitsbehälters und von hier in das ungesicherte Hilfsanlagengebäude. Die gelösten Gase wurden von dort an die Umgebung abgegeben. Morgens um 7.30 Uhr nach dem Unfall stellten Meßtrupps außerhalb des AKW-Geländes eine Strahlendosis von 1000 mrem pro Stunde fest. Wer sich dort aufgehalten hat, bekam in zehn Minuten die in der BRD zulässige "unschädliche" Strahlenbelastung für ein ganzes Jahr ab.
2. Die Sammel- und Abklingbehälter für radioaktives Wasser waren im Laufe des ersten Tages so voll geworden, daß ca. 1,5 Mill. Liter 'schwach radioaktives' Wasser in den Susquehanna-Fluß gepumpt werden mußten.
3. Am Kühlkreislauf des Reaktors befinden sich Reinigungsgeräte, die radioaktive Gase aus dem Wasser entfernen sollen und diese Gase werden für eine bestimmte Zeit in Tanks aufbewahrt, bevor sie 'planmäßig' an die Umgebung abgelassen werden. Diese Tanks wurden im Laufe des Unfalls so voll, daß ein Teil der Gase in andere Behälter abgelassen werden mußten, von denen man wußte, daß sie leck waren. Diese radioaktiven Gase wurden über dem Abluftkamin mit Hubschraubern gemessen und führten dort zu Strahlungswerten von bis zu 1200 mrem pro Stunde.

Von den Betreibern wird zugegeben, daß in den Tagen nach dem Unfall etwa 17 Curie Jod und 2,4 bis 13 Millionen Curie Edelgase entwichen sind. Wahrscheinlich liegen die tatsächlichen Werte aber erheblich höher, denn zu Beginn des Unfalls wurden überhaupt keine Messungen durchgeführt und einige eigene Messungen wurden nachträglich von den Betreibern bestritten. - Die gesundheitlichen Auswirkungen dieser Bestrahlung wurden inzwischen von dem amerikanischen Strahlenbiologen Sternglass entdeckt: Wie aus den amtlichen Gesundheitsstatistiken hervorgeht, ist die Zahl der Todgeburten im Gebiet um den Unfall-Reaktor von 141 im März '79 auf 271 im Juli um 92% gestiegen. Danach fällt dieser Wert wieder auf 119 im August. Nach Sternglass ist dies darauf zurückzuführen, daß Kinder im fünften bis sechsten Monat, als die Embryo der radioaktiven Gaswolke ausgesetzt waren, besonders viel Jod aufnehmen. Ein weiterer Beweis für die These von Sternglass ist die Tatsache, daß die Zunahme der Todgeburten immer geringer wird, je weiter man vom Kraftwerk weggeht. Während in Harrisburg die Kindersterblichkeit um 600% zunahm, und im 250 km entfernten Pittsburgh um 65%, sank sie im US-Durchschnitt um 10%.

Weiterhin wurde bei 13 Kindern in der Umgebung von Harrisburg eine sehr seltene Schilddrüsenveränderung festgestellt, die 'möglicherweise' auf die Belastung der Schilddrüse mit radioaktiven Jod-131 zurückgeht.
Das Märchen der Atom-lobby, daß der GAU von Harrisburg gezeigt habe, daß auch große Unfälle zu beherrschen sind, entpuppt sich vor diesem Hintergrund als menschenverachtende Profit-Propaganda, denn in den letzten Wochen ist Harrisburg wieder ins Gerede gekommen - allerdings ohne daß dies in der BRD-Presse besondere Beachtung gefunden hätte.

Harrisburg – noch immer eine Gefahr!!

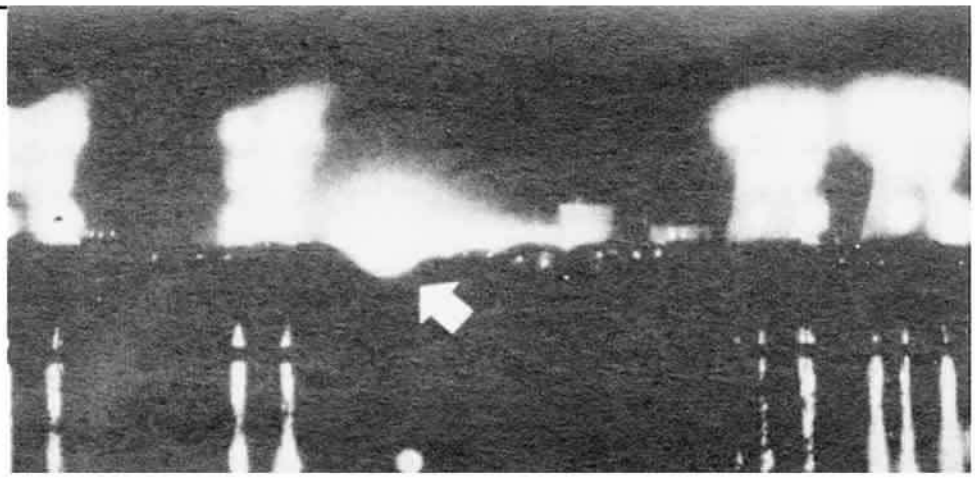
Nach dem Unfall war der einst stolze Reaktor als strahlende Ruine zurückgeblieben. Bereits wenige Stunden nach dem Beginn der Betriebsstörung wurden im Reaktorgebäude Strahlenwerte von 800.000 mrem pro Stunde gemessen im Hilfsanlagengebäude einige Stunden später 1 Million mrem pro Stunde - jeder längere Aufenthalt mußte nun tödlich enden. Als Spitzenwert geben die Betreiber 30 Millionen mrem pro Stunde im Sicherheitsbehälter an. Diese Radioaktivitätswerte ergeben sich zum Teil aus Stoffen, die sehr schnell zerfallen (Jod-131



etwa ist zwar gesundheitlich sehr gefährlich, hat aber eine Halbwertszeit von nur 8 Tagen).
Aber die langlebigen radioaktiven Gase und das hochradioaktive Wasser (ca. 3 Millionen Liter) befinden sich noch immer im Sicherheitsbehälter. Vor zwei Wochen berichtete die schwedische Zeitung 'Dagens Nyheter' vom jetzigen Zustand des Reaktors. Danach besteht auch jetzt noch unmittelbare Gefahr für die Bevölkerung in der Umgebung des AKW. Immer noch befinden sich etwa 50.000 Curie von radioaktivem Krypton-85 sowie Caesium-137, Strontium-90 und Tritium (radioaktiver Wasserstoff, der die Erbsubstanz schädigt) im Sicherheits behälter.
Diese Gase werden nur von einigen Lüftungsventilatoren am Austritt ins Freie gehindert. Diese Ventilatoren, die jetzt seit fast einem Jahr ununterbrochen laufen, sind nicht für den Dauerbetrieb gedacht und ihr Ausfall wird von jedem Betriebstag zum nächsten wahrscheinlicher. Die Auswirkung für die Bevölkerung wäre fast ebenso katastrophal wie bei einem Kernschmelz-Unfall, da Unmengen von Radioaktivität freigesetzt werden.

Ständige Bedrohung

Dies hat den Gesundheitsminister von Pennsylvania, C. Jones, zu der Aussage veranlaßt, daß die Bevölkerung weiterhin ständig von einer Evakuierung bedroht ist. Er beschwört auch die Gefahr, daß bei dem dieses Jahr besonders stark erwarteten Frühjahrshoch-Wasser die mit niedrig-, mittel- und hochaktiven Abfall angefüllte Insel überschwemmt wird und der Susquehanna River ebenfalls radioaktiv verseucht wird.
Was in dem stillgelegten AKW vor sich geht, weiß zum gegenwärtigen Zeitpunkt wohl niemand genau. Noch im Februar gab es Schwierigkeiten mit der Kühlung des Reaktorkerns, die zum Ablassen von radioaktiven Gas über einen Zeitraum von 16 Stunden und zum Verlust von einigen tausend Litern Kühlwasser führten.



Die Infrarotaufnahme verrät, was dem menschlichen Auge entgeht: Deutlich erkennbar strahlt zwischen den Kühltürmen der Unglücksreaktor (Pfeil)

Eine von der NRC eingesetzte Untersuchungskommission kam in den letzten Tagen zu dem Schluß, daß eine Kernschmelze auch zum jetzigen Zeitpunkt noch immer möglich ist. Die Betreiberfirma und die NRC drängen jetzt daher darauf, daß endlich Menschen den Sicherheitsbehälter betreten, um notwendige Wartungsarbeiten und Kontrollen durchzuführen. Dazu muß aber erst einmal das radioaktive Gas aus dem Sicherheitsbehälter entfernt werden.
Es gibt mehrere Möglichkeiten, das Gas herauszuholen, nämlich erstens das Auffangen und Lagern in Tanks und zweitens die Abgabe an die Luft über den Schornstein. Die erste Möglichkeit wird von Betreibern und NRC nicht in Betracht gezogen, vielmehr versuchen sie die Bevölkerung, die sich mit mehreren Demonstrationen gegen das Ablassen der Gase wehrte, zu erpressen mit der Alternative: Entweder nehmt ihr die radioaktive Belastung durch das abgelassene Gas hin oder der Reaktor geht in absehbarer Zeit in die Luft.

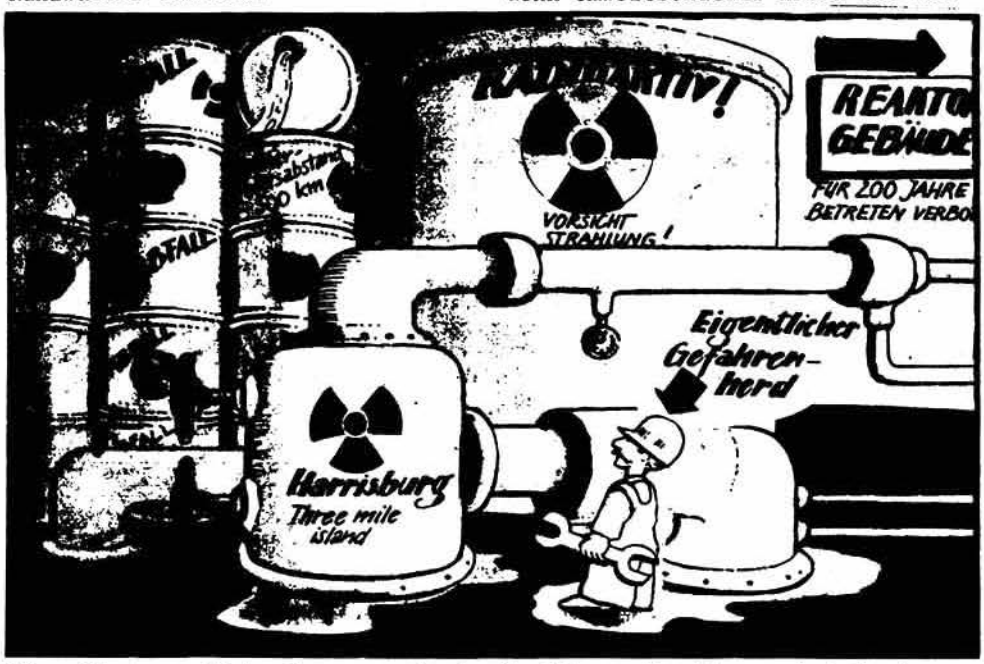
1000-2000 mrem pro Stunde

Parallel dazu scheinen die Betreiber aber ohne Genehmigung Gas in die Umgebung abzugeben, denn Umweltschützer haben bei Messungen in Goldsboro (2km vom AKW entfernt) regelmäßig in der Mittagszeit Strahlenwerte zwischen 1000 und 2000 mrem pro Stunde gemessen.
Inzwischen haben sich jedoch die Bewohner der Umgebung den "Sachzwängen" beugen müssen, die die Atomtechnik - einmal angewandt - unausweichlich mit sich bringt: Seit Mitte März werden die radioaktiven Überreste des Unfalls langsam in die Atmosphäre geblasen und vor einigen Tagen haben zwei Menschen zum ersten Male wieder den Sicherheitsbehälter betreten, um Luftproben zu nehmen, die ergeben sollen, wann mit den Aufräumungsarbeiten im AKW begonnen werden kann; 1.500 Arbeiter hierfür - hauptsächlich arbeitslose Farbige - sind bereits angeheuert.

'Konsequenzen' für die Betreiber?

Die Konsequenzen für die Betreiber des Unglücksreaktors sind bisher hauptsächlich wirtschaftlicher Art:
Eine Milliarden-Investition ist gefährdet und das E-Werk macht Verluste, weil es jetzt den Strom von anderen Gesellschaften kaufen muß. Zudem ist die Betreiberfirma mit einer Geldbuße von 155.000 Dollar belegt worden weil die Behörden zu spät über den Unfall informiert wurden. Weiter ist nichts passiert, denn der Genehmigungsstopp für AKWs, den die NRC verhängt hatte, ist inzwischen wieder aufgehoben worden. Lediglich von den E-Werken selbst wird inzwischen Skepsis geäußert; fünf Gesellschaften haben Pläne für den gemeinsamen Bau von 4 Reaktoren im Gesamtwert von 7,3 Milliarden Dollar aufgegeben und wollen den Bau von drei weiteren AKWs, die bereits begonnen sind, um mindestens ein Jahr verschieben. Dieser Schritt wird mit der 'Unsicherheit' von AKWs begründet, die seit dem Unfall von TMI bekannt sei. Ausdrücklich ist allerdings die wirtschaftliche Unzuverlässigkeit gemeint - eine andere Sicherheit hat bisher wohl auch niemanden in der Atomindustrie interessiert.

*



Der Kemeny-Report:

"... unabhängig, entschlossen und sorgfältig geprüft."

Interessant zu lesen ist er bestimmt, der Report der amerikanischen Kemeny-Kommission; nüchtern und spannend zugleich geschrieben und dabei ungeheuer informativ. Man erfährt alles, was im Laufe des Unfalles interessant und wichtig war - sofern es öffentlich bekannt war. Denn eines darf man beim Lesen nicht vergessen: Es handelte sich um die offizielle Regierungskommission und AKW-Gegner waren die Kommissionsmitglieder sicher nicht, wie auch ein Kommissionsmitglied in einem Minderheitenvotum erklärte.
Dennoch wurden Versäumnisse von Seiten der Betreiber und der staatlichen Reaktorsicherheitskommission NRC schonungslos offengelegt und man erfährt manche Sauerei, die während des Unfalls nicht bekannt geworden ist.
So liest man zum Beispiel, daß im September '77 im AKW Davis-Besse genau der gleiche Fehler wie in Harrisburg aufgetreten ist und die Reaktorfahrer die gleichen Fehlreaktionen gezeigt haben: Auch hier versagte das Abblaseventil und auch hier wurde aufgrund eines Fehlschlusses die Notkühlung zu früh wieder ausgestellt. Einziger Unterschied: Die Reaktorfahrer erkannten das Versagen des Abblaseventils bereits nach 20 Minuten und der Reaktor war zum Zeitpunkt des Vorfalls nur bei 9% der Volleistung.
Man erfährt auch, daß nach dem Rasmussen-Report ein Unfall vom Typ Harrisburg - mit dem Versagen mehrerer "unwichtiger" Bauteile - nach der Computerlogik der Atomstatistiker 'dran' war. Danach wird sich Harrisburg also wieder ereignen - je mehr AKWs es gibt, desto häufiger und ohne daß man dies verhindern könnte.

Doch viel wichtiger als die Aufdeckung von Fakten sind wohl die Empfehlungen der Kemeny-Kommission zum weiteren Vorgehen in Sachen 'Atomenergie'. Hierzu zunächst das Wichtigste: Die Kommission empfiehlt ausdrücklich kein Moratorium. Daß trotzdem fast 1 Jahr lang keine AKW-Genehmigungen erteilt wurden, liegt wohl daran, daß die NRC ihre angeschlagene Stellung erst wieder festigen mußte; seit kurzem hat sie den "Genehmigungs-Betrieb" wieder aufgenommen. Die weiteren Empfehlungen sind jedem, der die Fakten des Unfalls kennt, ein Schlag ins Gesicht. Die Kommission geht zum Beispiel davon aus, daß die gesundheitlichen Auswirkungen des Unfalls im wesentlichen in dem vermehrten Streß für die evakuierten Menschen in der Umgebung des AKWs liegen. Die Möglichkeit des Ansteigens von Krebsfällen aufgrund der radioaktiven Emmissionen wird praktisch verneint. Und so will die Kommission die Sicherheit der AKWs steigern: "Die Dienststellen, die für die Tarife der Elektrizitäts-Versorgungs-Unternehmen zuständig sind, sollten erkennen, daß die Durchführung von neu en sicherheitstechnischen Maßnahmen durch Verzögerung oder Ablehnung der Berücksichtigung dieser Kosten in Tarifen behindert werden kann. Die Kommission empfiehlt deshalb, daß die für die Tarife der EVUs zuständigen Dienststellen der Bundesstaaten die Sicherheitsimplikationen der Tariffestlegung besonders beachten, wenn sie die Kosten für 'sicherheitstechnisch bedeutsame' Änderungen berücksichtigen."

Das ist der Geist, in dem diese Kommission den Unfall untersucht hat: Sicherheit kostet Geld und wenn Sicherheitsmaßnahmen gefordert werden, dann darf den EVUs gefälligst beim Abwälzen der Kosten auf die Verbraucher kein Stein in den Weg gelegt werden.
So ist es nicht verwunderlich, daß die Kommission nicht etwa

Die Schalttafel von TMI mit Bedienungshinweisen, die eines der Signale verdeckten

den Einbau von mehr Sicherheitseinrichtungen in die AKWs oder gar deren Stillegung fordert, sondern das, was für die Betreiber am billigsten ist: die Reorganisation der staatlichen Überwachungsbehörden. Die Konsequenzen aus dem Unglück beschränken sich auf kosmetische Korrekturen: Das System wird nicht geändert.

Wer den Bericht der Kemeny-Kommission lesen will, kann sich die deutsche Fassung kaufen, die im Erb-Verlag Düsseldorf erschienen ist. Doch Vorsicht: der Bericht ist betont 'sachlich' und 'wissenschaftlich' gehalten, so daß dem Leser der Blick dafür verstellt wird, daß über den bisher schwersten Unfall in der kurzen Geschichte der Atomindustrie geredet wird. Es ist gut, wenn man nebenher ein anderes Buch über den Unfall liest, z.B. das 'Harrisburg'-Buch aus dem J.Reents-Verlag: damit man die Wut nicht verliert....

Der Störfall von Harrisburg, Erb Verlag 1979, (Kemeny-Report)

Harrisburg war nur der Anfang, Verlag J.Reents, 1979

Crystal River – das neue Harrisburg

Die Aufräumarbeiten im zerstörten Harrisburgreaktor hatten noch nicht richtig begonnen, da wurden die Verantwortlichen bei der NRC und in der Regierung von neuen schlechten Nachrichten schockiert:
Im AKW Crystal River, Florida, kam es zu einem "Störfall", der dem in Harrisburg sehr nahe kommt. Am 26. Febr. fiel die Stromversorgung für den Kontrollraum zum Teil aus, wodurch eine Notabschaltung eingeleitet wurde. Die Notkühlpumpen sprangen an und wegen zu hohen Druckanstiegs öffnete sich das Abblaseventil und Dampf und Wasser strömten in den Abblasetank. Wie auch in Harrisburg blieb das Abblaseventil für eine unbestimmte Zeit offen und nach einer Weile platzte die Berstscheibe des Abblasetanks und das hochradioaktive Wasser strömte auf den Boden des Sicherheitsbehälters(siehe Unfallbeschreibung Harrisburg). In einer 3/4Std. flossen bis zum Schließen des Lecks ca. 165000 Liter hochradioaktives Wasser in den Reaktorsumpf.
Obwohl die Ursache des Unfalls in Crystal River schneller erkannt wurde als in Harrisburg, gelang es drei Tage lang nicht, den Reaktor in den "kalten", abgeschalteten Zustand zu bringen, da zusätzlich die Kühlwasserpumpen ihren Dienst versagten. Das radioaktive Wasser soll nun - nach Aussagen der Betreiber - in ein Zwischenlager außerhalb von Florida gebracht werden.
Das Akw Crystal River, das von Babcock & Wilcox - dem Erbauer des Harrisburg-Reaktors - errichtet wurde, gilt als "Montagsreaktor". Statt die Sicherheitsauflagen zu verschärfen, hat die NRC einige Auflagen für das Akw außer Kraft gesetzt, da es sonst abgeschaltet werden müßte. Dies würde nach Angaben der Regierung eine ernsthafte Gefährdung der Energieversorgung von Florida bedeuten

- Sachzwänge der Atomenergie!

P.S.: Zwei Tage nach dem Unfall von Crystal River - der Reaktor war noch nicht abgeschaltet- erteilte die NRC nach einem Jahr Genehmigungsstop wieder eine Betriebsgenehmigung für einen neuen Reaktor.

Zu Anfang sollen die der Urananreicherung vorausgehenden chemischen Prozesse kurz dargestellt werden:
1. Die Aufbereitung des Uranerzes und
2. Die Konversion von 'Yellow Cake', des Endproduktes der Aufbereitung in das Gas Uranhexafluorid.

Uranaufbereitung

Um die feinkörnig im abgebauten Erz verteilten Uranmineralien heraustrennen zu können, muß das Gestein zunächst in Uranmühlen zermahlen werden. Für die eigentliche Trennung werden in den Aufbereitungsfabriken hydrometallurgische Verfahren verwendet; das heißt, das Uran wird entweder durch Säuren, wie z.B. Schwefelsäure, oder Salze, wie z.B. Natrium- oder Ammoniakkarbonat, aus dem gemahlenen Gestein herausgelöst und anschließend in verschiedenen Trennschritten aus der Lösung herauskonzentriert.
Ob saure oder alkalische Lösungsmittel angewandt werden, hängt von mehreren Fakten ab: dem mineralogischen Aufbau des Gesamterzes, dem Verwachsungsgrad mit anderen Bestandteilen, dem Karbonatgehalt des Erzes usw.. So wird der saure "Aufschluß" (das ist das Fachwort für den Lösungsprozeß) im allgemeinen bei geringem Karbonatgehalt und nicht zu starker Verwachsung angewandt; dagegen ist bei hohem Karbonatgehalt (mehr als 4%), hoher Verwachsung und guten Filtrationseigenschaften das alkalische Verfahren üblich.
Nach dem Lösen werden Lösungsflüssigkeit und -Rückstände – wiederum in chemischen Prozessen und mit Hilfe von Laugen, Säuren und Salzen – getrennt, und das gewonnene Uranoxid, wegen seiner Farbe 'Yellow Cake' genannt, wird eingedickt und bei Temperaturen zwischen 400 und 700 Grad C getrocknet. Angestrebt wird ein Aufbereitungsendprodukt mit mindestens 75% Uranoxid, U_3O_8
Der leider zunehmende Uranbedarf erfordert mittelfristig auch die Nutzung von Uranerzen mit sehr geringer Konzentration (Gehalte um 0,03% Uran bilden heute die unterste Grenze der Abbauwürdigkeit). Deshalb werden zur Zeit vornehmlich in Kanada und in der DDR neuartige hydrochemische Lösungsverfahren entwikkelt, die es ermöglichen sollen, auch minderwertige Uranerze wirtschaftlich lohnend auszubeuten.

Konversion

Das Endprodukt der Uranaufbereitungsfabriken, das ca. 70%ige Konzentrat U_3O_8 – Yellow Cake – muß, damit es angereichert werden kann, zu Uranhexafluorid verarbeitet werden, einem höchst giftigen Stoff, der bei geringen Temperaturen pulverförmig und ab 56 Grad C gasförmig ist. Dabei wird das Uranoxid gereinigt, mit Ammoniak versetzt und schließlich mit Fluorwasserstoff und elementarem Fluor zu Uranhexafluorid (UF_6) "gemischt".
In den westlichen Ländern arbeiten zur Zeit 5 Konversionsfabriken – eine solche Anlage ist im übrigen auch Bestandteil des Deutsch-Brasilianischen Atomvertrages – weitere 6 sind im Bau, und sie alle bedeuten große Gefahrenpotentiale. Das zeigt allein die folgende Aufstellung der verwendeten Stoffe:

–Uran-Verbindungen	: giftig,alpha-Strahler
–Fluor	: hochgiftig, korrosiv, starkes Oxidationsmittel
–Fluor-Wasserstoff	: giftig, stark ätzende Säure
–Wasserstoff	: brennbar, explosiv
–Natronlauge	: stark ätzendes Salz

Am 22. Mai 1977 kam es in der südenglischen Stadt Winchester zu einem Verkehrsunfall; ein LKW, beladen mit einem 15 Tonnen schweren Container mit Uranhexafluorid, überschlug sich. Ausgelaufener Dieseltreibstoff drohte in Brand zu geraten. Die 'Hamburger Morgenpost' zitierte damals einen Wissenschaftler des Hamburger Atomforschungszentrums 'DESY': "Der Unfall hätte fürchterliche Folgen für Millionen von Menschen haben können. Daß Kernbrennstoff in Form von Uranhexafluorid transportiert wird, ist in der Literatur (!) nicht vorgesehen. Diese Verbindung ist ungeheuer giftig – 0,05 mg pro cbm Luft sind bereits tödlich – abgesehen von der radioaktiven Strahlung."
Am dritten Juli des selben Jahres entwich eine unbekannte Menge UF_6 aus der französischen Anreicherungsanlage Pierrelatte; 9 Arbeiter mußten zur Sofortbehandlung in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Über weitere Schäden hat sich die französische Regierung bis heute ausgeschwiegen.

Geschichte der Anreicherung

Ende der 30iger Jahre begannen die USA für ihr Atombombenprogramm, das "Manhattan Project", unter Einbeziehung vieler, vor den Nazis geflohener deutscher Wissenschaftler mit der Urananreicherung. Nach dem Krieg besaß das Land als einziges große Mengen an angereichertem Uran. Der Versuch, ein weltweites verkaufsmonopol aufzubauen, scheiterte jedoch; die UdSSR und England entwickelten sehr bald eigene Anreicherungsprogramme.
1970 unterzeichneten England, die Niederlande und die BRD den Vertrag von Almelo und gründeten die URENCO. Die Anlagen in Capenhurst (England) und Almelo sind Gemeinschaftsprojekte dieser Länder.
Frankreich hatte damals noch Skrupel, auf atomaren Sektor mit der BRD zu kollaborieren, trat demzufolge der URENCO nicht bei, sondern bemühte sich, eigene Anreicherungskapazitäten zu schaffen. Die Franzosen gründeten, unter Beteiligung Belgiens, Spaniens, Italiens und des Iran, die EURODIF, deren Hauptprojekt der Bau einer riesigen Gasdiffusionsanlage in Tricastin (Südfrankreich) ist; ganz in der Nähe der vornehmlich für militärische Zwecke produzierenden Anlage in Pierrelatte.
Die BRD hat weiterhin Südafrika zur Anreicherungsanlage und somit zur Fähigkeit, Atombomben zu bauen, verholfen, und auch Brasilien eine völlig fertige Fabrik versprochen.

Allen Anreicherungsmethoden liegt das selbe Prinzip zugrunde: Der Anteil des Uran-235 muß erhöht werden, auf ca. 3% für AKWs, auf mindestens 50% für die Atombombe.

Gas-Diffusions-Verfahren

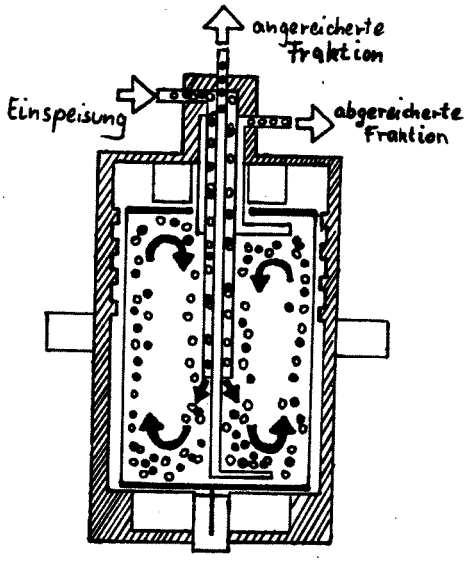
Nach dem Diffusionsverfahren arbeiten die großen Anlagen in den USA und der UdSSR, die militärischen in Frankreich und Großbritannien, sowie die im Bau befindliche "zivile" Anlage Tricastin in Frankreich.
Das UF_6-Gas wird mit großen Kompressoren auf spezielle Wände mit winzigen Poren gedrückt, wobei die Moleküle des leichteren Isotops U-235 den Weg durch durch die Membran etwas schneller zurücklegen als die schwereren des U-238. Hinter jeder Membran ist der Anteil des U-235 etwas größer; der Vorgang muß so oft wiederholt werden, bis der gewünschte Wert erreicht ist.
Für dieses Verfahren werden ungeheure Mengen an Land, Wasser und Energie benötigt. Die großen Anlagen in den USA erstrecken sich über mehrere Kilometer und benötigen eine Energiemenge, die mehr als einem Drittel der Engpaßleistung der öffentlichen Stromversorgung in der BRD entspricht! Allein die Anlage in Paducah, Kentucky, verbraucht 30% der in diesem Bundesstaat benötigten Energie. Für den Bedarf der Anlage im französischen Tricastin, die 1982 in Betrieb gehen soll, werden extra vier 900MW-Reaktoren gebaut.

Zentrifugenverfahren

Dieses Verfahren wurde von der URENCO entwickelt; die Anlagen in Capenhurst und Almelo arbeiten nach dieser Methode. An ihrer Entwicklung wird auch den USA und Japan gearbeitet.

Uran -

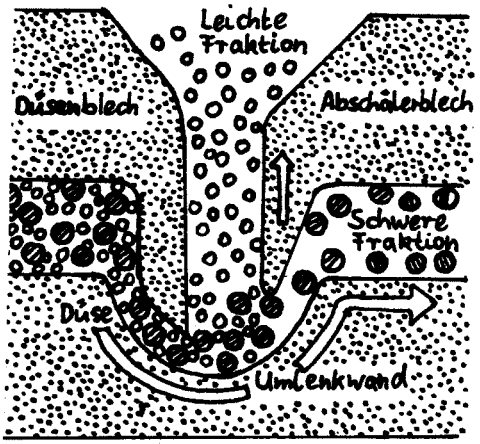
Das Gas wird in magnetisch gelagerten Zylindern mit hohen Drehzahlen zentrifugiert, die schwereren Isotope werden an die Außenwand gedrängt, während sich die leichteren in der Mitte anreichern. Auch bei diesem Prozeß müssen mehrere Stufen hintereinandergeschaltet werden, um den gewünschten Prozentsatz an U-235 zu erhalten. Allerdings genügen hier 10-30 Stufen für eine 3%ige Anreicherung gegenüber 1500-2500 beim Diffusionsverfahren. Auch der Stromverbrauch liegt "nur" bei einem Zehntel. Zudem können die "Ultrazentrifugen" als relativ kleine Einheiten gebaut werden.



Urananreicherung nach dem Zentrifugenverfahren

Trenndüsenverfahren

Dieses Verfahren, von Dr. Becker vom Karlsruher Kernforschungszentrum entwickelt, nutzt ebenfalls den Zentrifugaleffekt aus: das Gas wird mit Hilfe von Kompressoren durch ein Trennelement mit düsenförmig gekrümmten Schlitzen geleitet und halbkreisförmig umgelenkt. Dabei werden die U-238-Isotope zur Außenwand gedrängt und die leichteren durch einen "Abschäler" abgetrennt.



Urananreicherung im Trenndüsenverfahren

Bedarf und Kapazitäten

Das Maß für die zur Urananreicherung aufgewendete Arbeit ist die in Kilogramm ausgedrückte Einheit UTA (Urantrennarbeit) oder auch TAE (Trennarbeitsbedarf). Für die Herstellung von einem Kilogramm auf 3% angereichertes Uran sind etwa 4,3kg UTA erforderlich (nach den Bedingungen bei den Gasdiffusionsanlagen).

Zur Zeit liegt der Bedarf der westlichen Welt bei schätzungsweise 15 Millionen UTA pro Jahr. Die gegenwärtig installierten Kapazitäten können das leicht erfüllen.

Wenn die im Bau befindlichen Anlagen fertiggestellt sind, wird es jedoch voraussichtlich ab Mitte der 80iger Jahre Überkapazitäten von ca. 50 Millionen UTA geben. Da die "zivilen" Atomenergieprogramme fast nirgendwo auf der Welt in dem Maße durchgesetzt werden können wie geplant, wird die Überkapazität immer größer; d.h., daß die Lagerungs- und Sicherungsprobleme auch immer größer werden.

Anreicherung

Die südafrikanischen Anreicherungsanlagen in Pelindaba und Valindaba arbeiten mit dem Trenndüsenverfahren; Brasilien hat gleichfalls eine solche Anlage von der BRD zugesagt bekommen.

Laser-Verfahren

In der Entwicklung ist noch ein viertes Anreicherungsverfahren, über das sehr wenig bekannt ist. Lichtwellen werden durch U-235-Isotope absorbiert. Angeblich werden so in einem einzigen Arbeitsschritt große Mengen angereichert, weshalb diese Methode auch als besonders effektiv für Atombombenuran gilt. Eine wichtige Rolle in der Entwicklung dieses Verfahrens spielt Israel.

Jede Urananreicherungsanlage ist eine potentielle militärische Bedrohung !
Jede Anreicherungsanlage arbeitet mit hochgiftigen und radioaktiven Stoffen und produziert neue !
Ein ehemaliger Arbeiter der Gasdiffusionsanlage Oak Ridge/Tennessee klagt seit längerem gegen das US-Energieministerium und die Betreiberfirma Union Carbide. Er verlangt Schadensersatz wegen Krebs und Genmutationen, die er auf die Radioaktivität in der Anlage zurückführt: Fingernägel wachsen ihm aus Ellbogen und Schultern, Fußnägel aus Knien und Schenkeln.

Siehe 'Umweltmagazin'

Uran ist auch das Schwerpunktthema der neuen Ausgabe des *"Umweltmagazin"*. Es gibt eine Reihe interessanter Berichte über Uranabbau in Kanada und Australien zu lesen, Gespräche mit Vertretern internationaler Anti-Uran-Gruppen, Artikel zu den Uran-Plänen der westdeutschen Energiekonzerne und vieles mehr. Wer also die letzten *Atom Express* -Ausgaben nicht gelesen hat - und dies auch nicht mehr tun will, sich trotzdem aber in die Uran-Problematik einarbeiten möchte, der sollte sich das Umweltmagazin 2/80 besorgen.
Bezugsadresse: *Flemmingstr. 9, 1 Berlin 4*

US-Uran nach Indien

Nach Pakistan beliefern die USA jetzt auch Indien mit angereichertem Uran. 18 Tonnen hat Indira Gandhi geordert. Indien hat weder den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet, noch einer internationalen Kontrolle seiner Atomanlagen zugestimmt.
Der Sperrvertrag verbietet in solchen Fällen eindeutig die Lieferung von angereichertem Uran, Plutonium usw..
Das US-Außenministerium versuchte die vorgesehene Lieferung damit zu rechtfertigen, daß die Bestellung vor dem 10. September 1979 und somit innerhalb der im Sperrvertrag vorgesehenen Übergangsfrist eingegangen sei.

Uransuche und Uranabbau in der BRD

Vor allem im Süden der BRD wird seit Jahren intensiv nach Uran gesucht und gebohrt; zum Teil sogar abgebaut. In der nächsten Atom Express-Ausgabe wollen wir versuchen, einen Überblick über die Aktivitäten zusammenzustellen. Wir bitten deswegen nochmal alle Atom Express-Leser, AKW-Gegner und Umweltschützer, uns Informationen über Uransuche und Uranabbau in ihrer Nähe schnell zuzuschicken! Das Uran muß da bleiben, wo es ist !!

Kanada: Stop für Uranabbau

Einen schweren Schlag hat die nordamerikanische Uran-Mafia hinnehmen müssen! Der Premier von British Columbia, Bill Bennett, hat für 7 Jahre sowohl die Suche als auch den Abbau von Uranvorkommen in dieser Provinz verboten.
Kanada ist -nach den USA- der zweitgrößte Uranproduzent der Welt; demzufolge bleibt zu hoffen, daß Bennett's Entscheidung Auswirkungen auf die Versorgungssituation hat. Immerhin hat Kanada 1979 fast 6.000 t Urankonzentrat exportiert.
Von der Verfügung sind auch deutsche Firmen betroffen. Bunnett erklärte laut dpa:
"Bei Uran beschäftigen wir uns mit radioaktiven Abfällen .... Die echte Sorge existiert, daß Uran-Exploration und -Bergbau der Umwelt und der Bevölkerung unwiderruflich Schaden zufügen werden."
Die Gelegenheit scheint günstig, den Kampf für einen totalen Stop des Uranabbaus in Kanada zu verstärken.

„Das Uran gehört der Regenbogenschlange"
GEWERKSCHAFTEN UND SCHWARZE AUSTRALIER IM KAMPF UM DAS AUSTRALISCHE URAN
Ein Film von Nina Gladitz
Co-Produktion Teldok-Film 45 min / farbig
Verleih: Verleihgenossenschaft der Filmemacher e.G., Alfonsstr. 1, 8000 München 19, Tel. 089/ 1901208

Kreistag für Zwischenlager

Wenn es kein offenes Geheimnis gewesen wäre, daß der Kreistag sich für den Bau eines Zwischenlagers aussprechen wird, hätte man es spätestens am 11.2.80 nach dem Kreisparteitag der CDU in Dannenberg gewußt. Hat die CDU doch im Kreistag die absolute Mehrheit und sprachen sich auf dem Parteitag 142 von 158 Delegierte für die Untersuchung des Gorlebener Salzstocks auf seine Eignung als Atommüll-Entlager und für die Errichtung eines Zwischenlagers für ausgediente nukleare Brennelemente aus. Grund genug sich gegenseitig auf die Schulter zu klopfen, denn schließlich "ist die CDU die einzige Partei, die ein klares Bekenntnis zu der von ihr vertretenen Energiepolitik abgelegt hat"; von der bedingungslosen Unterstützung für den Landesvater Albrecht ganz zu schweigen. So konnte der CDU-Jung-Dynamiker und Kreis-CDU-Vorsitzender Tarrach denn am Schluß des Parteitags mit Genugtuung feststellen:"Ich bin stolz auf diesen Kreisverband."

Im Verlauf der Sitzung hatten die"Spitzenpolitiker des Kreisverbandes" mehrfach auf die "vorgegebene Maxime des wirtschaftlichen Vorteils bei Inkaufnahme eines Zwischenlagers" hingewiesen und so war die Abstimmung eigentlich überflüssig.

Einen beachtenswerten Beitrag dieser geschlossenen Gesellschaft lieferte laut Elbe-Jeetzel-Zeitung (EJZ) der Bundestagsabgeordnete Horst Schröder. Er meinte doch wahrhaftig, daß die Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht allein aus ökonomischer Sicht zu beantworten sei, viel mehr müßten auch psychologische Aspekte berücksichtigt werden. Ein solcher zeigte sich an diesem naßkalten Februarabend:

An die 150 Traktoren, gesteuert von demonstrierenden Bauern gefolgt von über 300 Demonstranten zu Fuß, wollten ihren Parteifreunden im Saal noch einmal eindringlich vor Augen führen, wie wenig sie an die oben zitierte Maxime glauben können. Wenn auch der Verkehr in Dannenberg total zusammenbrach, so ist das doch für gestandene CDU-Politiker noch lange kein Grund, sich aus der Ruhe bringen zu lassen. Lediglich die Resolution wurde entgegengenommen; Tagungspräsident Meiner wies seine Gesinnungsfreunde darauf hin, daß überhaupt kein Grund zur Beunruhigung bestünde, schließlich seien im Kreis 3800 Trecker zugelassen und draußen seien nur 150 erschienen.

Stellvertretend für die Positionen der CDU-Vertreter zwei Aussagen:

"Wir sind gefordert, jetzt eine kleine Gegenleistung zu bringen und ein Stückchen Ökologie aufzugeben für eine hinter Bäumen versteckte Anlage."

"Wenn wirtschaftlich nichts herausspringt, werden wir weder für ein Zwischenlager noch für ein Endlager stimmen."

Den größten Klopfer brachte aber der Kreistagsfraktionsvorsitzende Fischer, der sich ausdrücklich gegen die Behauptung verwahrte, die CDU-Politiker seien Lobbyisten der Atomindustrie.

Übertroffen wird ein derartiges Schauspiel allerdings noch von der SPD-Fraktion des Kreises. Diese hielt sich aus der Diskussion völlig heraus und votierte bis auf eine Gegenstimme und eine Enthaltung für ein Entlager nach erfolgter Erkundung des Salzstockes und für ein Zwischenlager im Kreis. Dies war um so peinlicher, als noch im Herbst 79 die SPD-Fraktion schriftlich erklärt hatte: "Die SPD-Kreistagsfraktion wird keinen Antrag an die Landesregierung unterstützen, im Landkreis Lüchow-Dannenberg ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente einzurichten." Genau dies ist jetzt aber geschehen.

Wenn überhaupt von etwas Erfreulichem in diesem Zusammenhang berichtet werden kann, dann vielleicht vom Rücktritt des Vertreters der FDP im Kreistag. In seiner öffentlichen Erklärung dazu meinte er unter anderem: "...Mit Sicherheit repräsentiert der Kreistag des Landkreises Lüchow-Dannenberg den Landkreis. Mit Sicherheit repräsentiert der Kreistag des Landkreises aber nicht mehr die Bevölkerung hinsichtlich dieses nuklearpolitischen Problems. Der Schluß, die Repräsentanten des Landkreises haben über dieses Problem entschieden und daher hat die Bevölkerung entschieden, ist daher ein Trugschluß. ..." (EJZ 8.3.80) Bleibt die Frage, ob der Kreistag nach den nächsten Kommunalwahlen noch die gleiche Besetzung nachweist. Wie dem auch sei- auf unser Engagement kommt es an!

Judas erhielt

30 Silberlinge und brachte sich danach um.

Die CDU

erhält 50 atomare Arbeitsplätze.

Was mag aus ihr werden?

Bernd Reinhardt

Blütlingen, Rudolphstr. 40

RUND UM

„... und so sucht man im Kopfe eines deutschen Politikers nach einem Strohhalm, an den man sich klammern kann!"

sagte der Kabarettist W. Neuss schon 1963.

H. Koch, Schmarsau

Ich habe noch nie CDU gewählt,

aber SPD kann ich jetzt auch nicht mehr wählen.

Euke Koos, Güstritz

Jeder Bauer mit 'ner Kuh wählte früher CDU, doch seit dem 5. März ist er schlauer, denn er ist ein Bauer.

Uwe Stahn
Lüchow/Bremerhaven

Vergeßt Harrisburg! Ja zur Atomkraft!

Heide-Luise Schmidt, Krummasel

Wiedergutmachung durch die DWK

"Aus materieller Sicht haben wir eine gute Lösung gefunden, aber den ideellen Schaden kann uns keiner ersetzen." Mit diesen Worten kommentierte der Vorsitzende der Kreisjägerschaft Lüchow die zwischen der Jägerschaft und der DWK getroffene Regelung, nach der diese für die in den Revieren im Raum Gorleben entstandenen Schäden aufzukommen hat. Diese Schäden sind für den Wildbestand verheerend. Nach Aussagen des Jägerverbandes sind durch die Tätigkeit von PTB und DWK die Wildbestände drastisch reduziert,"so daß man in einigen Revieren überhaupt keine Tiere mehr antrifft".
Wundern kann das wirklich niemanden angesichts des Belagerungszustandes im Wendland. Für eine Gesellschaft wie die DWK, für die ein Wald nichts anderes ist als "ein mit Hölzern bestocktes Gelände" (siehe DWK-Bericht über Infrastrukturmaßnahmen für Gorleben), ist ein derartiger Schaden allerdings nur eine Frage des Geldes im Rahmen der "Wiedergutmachungszahlung".
Und eben das macht den eingangs zitierten feinen Unterschied zwischen materiell und ideell aus. Ob sie wohl je begreifen werden, daß nicht alles mit Geld zu bezahlen ist?

Am 5. März 1980 hatte unser Kreis seinen ersten GAU.

Jetzt brauchen wir dringend

ein Endlager

für abgebrannte Kreistagsabgeordnete!

Rosemarie und Reinhold Waßmuth, Bösel

Dannenberg-Blockade Prozesse

**Die ersten Ermittlungsverfahren wegen der Blockade in Dannenberg bei den Aktionen gegen den Bohrbeginn bei 1003 sind in den letzten Tagen eingestellt worden!!!
Die Prozeßgruppe in Göttinger AK (Postf.45 34 Göttingen, Tel: 0551/7700158) bittet alle Betroffenen, sich sofort zu melden, wenn ein entsprechender Bescheid von Staatsanwaltschaft oder Gericht eintrudelt.
Ruft auch dann an oder schreibt kurz, wenn euer Verfahren in den nächsten Wochen nicht eingestellt wird!**

GORLEBEN

DAS TREBELER TREFFEN

Bericht vom 22./23. März 198o.

Den größten Teil der Zeit berichtete die BI Lüchow-Dannenberg über den Stand der Diskussion,eine Bohrplatzbesetzung durchzuführen.
Am 16.3. hatte in Lüchow eine Versammlung stattgefunden, an der sich ca. 200 bis 300 Leute aus dem Landkreis beteiligten. Zu Beginn der Diskussion sei die Grundstimmung so gewesen, daß nach der Zwischenlagerentscheidung und der Befestigung von 1002 wieder etwas passieren müßte. Außerdem gibt es Informationen, daß die DWK einen neuen Antrag zur Errichtung einer "kleinen" WAA stellen will, der dann "wohlwollend" geprüft werden soll. Allerdings war trotzdem eine Bohrplatzbesetzung noch nicht konkret ins Auge gefasst worden. Im Verlauf der Diskussion, eine solche Aktion durchzuführen, ist zwar vereinzelt Angst vor Gewaltanwendung geäußert worden, aber man ist zu dem Schluß gekommen, daß diese Kontroversen zwischen Einheimischen und Auswärtigen nicht im Vordergrund stehen sollte, sondern daß man zu gemeinsamen Aktionen kommen müßte. Da die Idee einer Platzbesetzung noch zu neu war, konnte noch keine endgültige Abstimmung vorgenommen werden, aber ein abschließendes Meinungsbild ergab, daß sich ca. 90% der Anwesenden an einer Platzbesetzung beteiligen wollten. Es wurden zwei Arbeitsgruppen gegründet, die Grundsätze zu einer Platzbesetzung und den Forderungen sowie zum konkreten Ablauf der Besetzung erarbeiten sollten. Der gesamte Verlauf der Versammlung hat den Widerstand im Landkreis sicherlich neuen Auftrieb gegeben.
In diesem Zusammenhang muß man auch das Papier sehen, das in der letzten Woche vom erweiterten Vorstand der BI beschlossen wurde:
Undine von Plottnitz wies darauf hin, daß dieses Papier zwar im Vorstand diskutiert worden sei, daß aber der erweiterte Vorstand und das Plenum der bäuerlichen Notgemeinschaft noch nichts beschlossen hätten. Mit einer Entscheidung sei frühestens in 14 Tagen zu rechnen.
In verschiedenen Ortsgruppen der BI sind schon Beschlüsse gefaßt worden, die sich für eine Platzbesetzung aussprechen. Die endgültige Entscheidung soll bis Ostern getroffen werden. Die Gorleben-Frauen wollen ihre Entscheidung anläßlich der Aktionen zu Ostern bekanntgeben und der gesamte Diskussionsprozeß →

Fortsetzung nächste Seite

7 Grundsätze für eine Platzbesetzung

1. Die Platzbesetzung ist Ausdruck des Widerstandes der einheimischen Bevölkerung.

Ihre Beteiligung reicht von direkter Teilnahme an der Besetzung bis zu praktischer und öffentlicher Unterstützung. Eine Besetzung ohne Unterstützung der Öffentlichkeit halten wir nicht für sinnvoll.
2. Um die Besetzung mit vielen Menschen eine längere Zeit durchzuführen, brauchen wir eure Hilfe. In unserer Zusammenarbeit liegt unsere Stärke.
3. Wir stellen mit dieser Besetzung konkrete Forderungen, die wir erfüllt haben wollen:
-Stop der Bohrungen, denn nach internationalen Grundsätzen für ein Atommülllager für hochaktiven Abfall ist Gorleben bereits jetzt nicht geeignet!
-Festlegung eines verbindlichen deutschen Kriterienkataloges!
-Kritische öffentliche Bewertung aller Bohrergebnisse!
-Abzug der Gorleben-Sondereinheiten!
Wir sehen die Durchsetzung unserer Forderungen als einen Schritt zur Durchsetzung der grundsätzlichen Forderungen:
KEIN WEITERER ATOMMÜLL; STOP DER ATOMANLAGEN UND DER KRIMINALISIERUNG!

4. Unser Ziel ist es, die Forderungen durchzusetzen, indem wir die Tiefbohrstelle 1004 besetzen. Die Besetzung wird von uns beendet, wenn unsere Forderungen erfüllt werden oder wenn wir es aufgrund unserer Kräfte für sinnvoll erachten.
5. Wir werden keine Schlacht um den Bohrplatz führen. Die Verletzung von Menschen ist von unserer Seite ausgeschlossen. Bei einer Räumung werden wir passiven Widerstand leisten.
6. Um in diesem Rahmen jeden am Verlauf der Besetzung zu beteiligen, ist es bei der Größe der Aktion nötig, sich in kleinen Gruppen zu organisieren. Jede Gruppe schickt einen Sprecher in den Sprecherrat, der dort die Meinung seiner Gruppe zu vertreten hat.Der Sprecherrat setzt sich zusammen aus Vertretern der Aktionsgruppen und den einheimischen Initiativen. In Fragen, die gemeinsames Handeln erfordern, muß der Sprecherrat Übereinstimmung erzielen. So wird sich jede Gruppe der Verantwortung für den gemeinsamen Erfolg bewußt.
7. Schon vor der Platzbesetzung müssen die Gruppen, die als erste kommen wollen, sich mit den einheimischen Gruppen zusammensetzen. Dort können sie mit dieser Aktionsform vertraut gemacht werden und es kann weitgehende Übereinstimmung erzielt werden. Für die darauffolgenden Gruppen sollte sowohl eine regionale Vorbereitung zuhause wie auch eine Einführung in die Situation hier vor Ort gemacht werden.

Fortsetzung

Trebeler Treffen

soll dann wieder mit einer großen Versammlung abschließen, auf der die Besetzung entschieden wird.

****

Wie ist nun dieses Papier und damit der gesamte Diskussionsprozeß im Landkreis einzuschätzen?

****

Insgesamt muß man wohl davon ausgehen, daß die Stimmung und Mobilisierung für eine Platzbesetzung im Landkreis zunimmt. Ausdruck dessen ist auch, daß die Einheimischen die Besetzung tatsächlich als ihre Aktion ansehen, und aktiv an der Besetzung teilnehmen wollen. Unter der unter Punkt 1. angesprochenen Unterstützung der Öffentlichkeit ist zu verstehen, daß alle Gruppen des Landkreises z.B. zu einer Besetzung aufrufen. Auch die Tatsache, daß die Aktion unbefristet sein soll und somit nicht mehr ausschließlich symbolischen Charakter hat, wie es ja auch mal in der Diskussion war, kann man als einen gewissen Fortschritt ansehen. Allerdings wird dies durch die aufgestellten Forderungen wieder stark eingeschränkt. Es kann doch wohl nicht angehen, daß die Besetzung unter der Forderung stattfindet, einen Kriterienkatalog zu erkämpfen, der die Lagerung von Atommüll in irgendeiner Form akzeptabel macht. Wenn wir diese Forderung unterstützen, die wieder einmal das Vertrauen in angeblich objektive Kriterien deutlich macht, würden wir die weitere Atommüllproduktion gerade erst möglich machen, statt sie zu verhindern. Diese Forderung nach einem Kriterienkatalog steht eindeutig im Widerspruch zu den im Papier genannten Grundsatzforderungen.

Leider wurden diese grundsätzlichen politischen Fragen bei dem Treffen kaum diskutiert. Die Diskussion um die Forderungen wie um die Gewaltfrage wurde meist nur angerissen, bzw. abgebrochen, da einige Teilnehmer meinten, man müsse konkreter diskutieren, da man sonst überhaupt nicht mehr voran kommt. Das drückt natürlich aus, daß grundsätzliche Widersprüche zwischen den verschiedenen Gruppen wieder nicht aus dem Weg geräumt werden konnten. Das wurde auch bei der Gewaltfrage sehr deutlich, wo es sich z.T. darum drehte, ob man nun einen Helm mitbringen darf oder nicht. Vertreter der BI Lüchow-Dannenberg und andere gewaltfreie Gruppen gingen davon aus, daß sie sich bei einer Räumung ohne Helm sicherer fühlen würden und daß sie das Tragen von Helmen auch nicht als Schutzkleidung ansehen. M. Fritzen wies sogar darauf hin, daß man sich durch das Tragen von Helmen den Bullen und dem BGS gleichsetzen würde. Angesichts der Erfahrung, die mit verschiedenen Räumungen gemacht worden sind, ist es doch wohl illusorisch und paradox anzunehmen, daß die Schutzlosigkeit ein Schutz sein könnte. Man muß sich doch fragen, welchen Sinn es hat, sich derart hilflos auszuliefern und sich womöglich zusammenschlagen zu lassen. An dieser Stelle kam aus Hamburg der Beitrag, daß es bei dieser Aktion grundsätzlich zwei Widerstandskonzepte gibt:

1. Der passive Widerstand, bzw. die Gewaltfreiheit der Einheimischen sowie einiger auswärtiger Gruppen, z.B. aus Berlin, die ein gewaltfreies Vorgehen von vornherein festlegen wollen.
2. Die Forderung, daß mögliche Widerstandsformen nicht vorher festgelegt und vorgeschrieben werden dürfen, sondern daß Entscheidungen darüber in der konkreten Situation gefällt werden müssen.

Daraus sei die Konsequenz zu ziehen, daß man die Aktion als eine von der Bevölkerung des Landkreises initiierte und getragene akzeptiert und abschliessend nur noch prüfen kann, ob und wie die Aktion von den Auswärtigen unterstützt werden kann. Dieser Einschätzung schlossen sich einige Teilnehmer an und sie scheint angesichts der Kontroversen auch realistisch zu sein. Zumal sich die Situation im Landkreis in letzter Zeit verändert hat, und die Mobilisierung unter den Einheimischen stärker zu sein scheint. Das drückt sich auch darin aus, daß schon seit einiger Zeit konkrete Vorbereitungen an der Tiefbohrstelle getroffen werden, die an jedem folgenden Wochenende weitergeführt werden (z. B. Beschaffung von verschiedenen Materialien wie Steine, Holz, Rohre etc.).

Die Terminfrage

Intensiver wurde noch die Terminfrage und der Auftakt der Aktion diskutiert. Ein Terminvorschlag ist der 1. Mai. Für diesen Termin spricht, daß sich ein Wochenende anschließt, so daß für die ersten Tage eine relativ große Besetzergruppe zusammenkommen dürfte. Außerdem findet dann im Landkreis ein internationaler Bauernkongreß statt, der diese Aktion mittragen könnte. Allerdings ist dies wohl mit den Teilnehmern des Kongresses noch nicht diskutiert worden. Gegen den 1. Mai wurde berechtigterweise gesagt, daß man diesen Tag als Arbeiter- und Gewerkschaftstag akzeptieren müsse, um die Gewerkschafter und den Arbeitskreis Leben (AKL) nicht abzuspalten. Vielmehr sollten die Bauern und Einheimischen den Platz hauptsächlich allein besetzen, die Auswärtigen könnten später hinzukommen und die Demonstrationen und Kundgebungen in ihren Städten dazu benutzen, die Aktion bekanntzumachen und zu unterstützen. Die BI hat den Vorschlag gemacht, daß sie einen Demonstrationszug von Lüchow aus organisieren könnten, dem sich nach und nach die Einheimischen anschließen. Die Auswärtigen sollten als eigener Demonstrationsblock hinzukommen, um dann gemeinsam den Platz zu besetzen, falls einige auswärtige Gruppen gleich mitbesetzen wollen. Da sich der Bohrbeginn aber auch verzögern kann, muß auch ein späterer Besetzungstermin etwa Mitte Mai ins Auge gefaßt werden, damit die Kräfte nicht schon frühzeitig verschlissen werden. Die endgültige Entscheidung will die BI nach Ostern treffen, dann soll auch noch mal ein Trebeler Treffen stattfinden. Die Kritik, daß die Auswärtigen nur noch Mitläuferfunktion hätten, wurde damit abgetan, daß alle Auswärtigen an den konkreten Vorbereitungen teilnehmen sollten. Es bleibt natürlich zu fragen, inwieweit dies möglich ist, wenn in wesentlichen Punkten keine Übereinstimmung erzielt werden konnte und es muß sich zeigen, wie stark die Kräfte im Landkreis tatsächlich sind, um diese Aktion durchzustehen.

AHAUS: Zwischenlager ab Frühjahr '81?

Nachdem in letzter Zeit einiges Rätselraten auch unter AKW-Gegnern darüber geherrscht hatte, wie es mit dem in Ahaus geplanten Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente weiter gehen solle, brachte ein Besuch des nordrhein-westfälischen Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Friedhelm Farthmann, in Ahaus Klarheit und bestätigte die schlimmsten Befürchtungen der Ahauser Bevölkerung und anderer AKW-Gegner.

Die wichtigsten Ergebnisse seiner Ausführungen bei einer gemeinsamen Sitzung des Kreistages Borken, des Rates der Stadt Ahaus und der Räte der Nachbargemeinden waren:
-Das Genehmigungsverfahren soll - zwar demokratisch verbrämt - mit Hochdruck durchgezogen werden.
-Die Zusage des Ministerpräsidenten Rau, eine Betriebsgenehmigung erst zu erteilen, wenn sicher ist, wie das Zwischenlager entsorgt werde, wird so vage umformuliert, daß nach vollendetem Bau praktisch jeder Zeit mit der Inbetriebnahme gerechnet werden muß.
-Ahaus wird "nach menschlichem Ermessen auf Dauer" als Zwischenlager dienen müssen.

Macker Farthmann ganz groß

Farthmanns Auftritt bei dieser öffentlichen Sitzung, bei der die ca. 300 anwesenden Bürger natürlich nicht eingreifen durften, war gekennzeichnet von seiner nervösen Aggressivität und üblen Pöbeleien gegen AKW-Gegner im allgemeinen, aber auch in Ahaus. Diese wüste Anmache stand in eklatantem Widerspruch zu der immer wieder beteuerten Bereitschaft, die Landesregierung werde die Sorgen der Bürger ernst nehmen, alles tun, um die Bürger optimal zu informieren und am Genehmigungsverfahren zu beteiligen usw.
Nachdem er zunächst den sattsam bekannten Spruch getan hatte, die Landesregierung von NRW werde soviel Kohle wie möglich und soviel Atomkraft wie nötig zur Energiegewinnung einsetzen, fuhr er fort, daß die NRW-Landesregierung dann wenigstens aus "Solidarität" mit den anderen Bundesländern und der Bundesregierung einen wesentlichen Beitrag zur Lösung des Entsorgungsproblems leisten wolle. Er machte deutlich, daß für ihn kein Weg daran vorbeiführe, in Ahaus eine Atommülldeponie zu bauen und in Betrieb zu nehmen. Das Genehmigungsverfahren werde weiter nach §6 Atomgesetz laufen, "im Gewande von §7". Der §7 Atomgesetz sieht im Gegensatz zu §6 eine Möglichkeit der Bürgerbeteiligung auf einem Erörterungstermin vor.
Dabei erweckte er den Eindruck, die Landesregierung werde als Genehmigungsbehörde diese Einwendungen aufnehmen und auf deren Grundlage entscheiden, während er später zugab, die Genehmigung werde allein von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) erteilt, das Votum der Landesregierung habe nur einen koordinierenden und beratenden Charakter. Auch das Wort des ehemaligen Ministerpräsidenten Kühn, in Ahaus werde kein Zwischenlager gegen den erklärten Willen der Bevölkerung gebaut, wußte er geschickt umzudeuten: der Stadtrat von Ahaus und vor allem die Verwaltung hätten ja längst ihr Einverständnis erklärt (u.a. dadurch, daß sie die an das Zwischenlager gebundenen Subventionen des Landes und der STEAG/DWK bereits in Anspruch genommen und verplant hätten).

Baubeginn: Frühjahr 1981 ?

Der weitere Terminplan sieht so aus: Die Betreibergesellschaft STEAG/DWKhat Ende letzten Jahres den Antrag auf Errichtung eines Trockenlagers gestellt und um vorrangige Behandlung dieses Antrags gebeten. Der Anfang 1977 gestellte Antrag auf ein Naßlager soll nach Genehmigung des Trockenlagers zurückgezogen werden. Die PTB hat daraufhin drei Gutachten in Auftrag gegeben, die im Herbst 1980 fertig sein sollen. Danach sollen die Gutachten ausgelegt werden und in einem neuen Erörterungstermin im Frühjahr 1981 diskutiert werden (die Sicherheit der Transport- und Lagerbehälter wurde von der PTB und der Gesellschaft für Reaktorsicherheit-GRS bereits festgestellt, obwohl selbst nach Farthmanns Worten niemand weiß, wie das Langzeitverhalten dieser Behälter aussieht). Die Gutachten wurden natürlich wieder an die besten, objektivsten und sachverständigsten - so jedenfalls Farthmann - Gutachter vergeben, nämlich an die GRS, den TÜV und die Bundesanstalt für Materialprüfung...
Wenn alles so schön klappt, wie Farthmann es sich so wünscht, wird noch im nächsten Jahr mit einer Baugenehmigung zu rechnen sein. Der Bau selbst geht aufgrund der einfachen Anlage ziemlich schnell über die Bühne.

Zwischenlager – Dauerlager

Interessant wurde es dann, als Farthmann versuchte zu erklären, wie die Landesregierung zu ihrer ehemaligen Zusage steht, die Betriebsgenehmigung werde erst dann erteilt, wenn feststehe, wo die Brennstäbe endgelagert würden und daß Ahaus kein Endlager werde.
Die erste Zusage wurde so vage umformuliert ("ein Endlager muß sicher in Aussicht stehen"), daß sie praktisch ohne Bedeutung ist. Zur Frage, ob Ahaus ein Endlager werde, erklärte Farthmann, daß Zwischenlager werde nach menschlichem Ermessen auf Dauer in Betrieb sein. Es würden dort aber nicht immer dieselben Brennstäbe lagern, sondern Brennstäbe würden nur zwischengelagert. Nach einiger Zeit würden sie herausgenommen - man wisse ja nichts über deren Langzeitverhalten - andere Brennelemente eingelagert und die alten weggebracht. Auf den Zwischenruf, wohin er denn die alten Brennelemente bringen wolle, mußte Farthmann passen. Mit anderen Worten: endlich bestätigte sich durch ein "Ministerwort", was die Ahauser schon lange befürchteten: die Brennelemente werden erst einmal nach Ahaus gebracht, ohne daß klar ist, wielange sie dort überhaupt gelagert werden können und ohne zu wissen, was danach mit ihnen geschehen soll. Die Zwischenlösung wird zur Dauerlösung. Die weitere Diskussion kreiste im wesentlichen um finanzielle Fragen. Da wollten einige Nachbargemeinden auch etwas von dem großen Geldsegen mitbekommen, der Ahaus zuteil geworden war.
Etwas enttäuschend war das Verhalten der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG), die mit der klaren Aussage, daß Zwischenlager verhindern zu wollen, einen riesigen Wahlerfolg hatte und in den Stadtrat von Ahaus eingezogen war. Von der UWG wurden nur einige kritische Fragen gestellt, grundsätzliche Bedenken gegen die Anlage wurden kaum ausführlich vorgebracht. Der Vorsitzende der Bürgerinitiative Ahaus, der gleichzeitig im Satdtrat für die UWG sitzt, ging mit keinem Wort auf die üblen Angriffe Farthmanns gegen die anwesenden AKW-Gegner ein. Trotzdem war die grundsätzliche Ablehnung des Zwischenlagers zu spüren: Das Publikum brachte Farthmann immer wieder durch Zwischenrufe, Zwischenfragen usw. aus dem Konzept, der Saal war mit Transparenten ausgeschmückt.

Ahaus aktuell

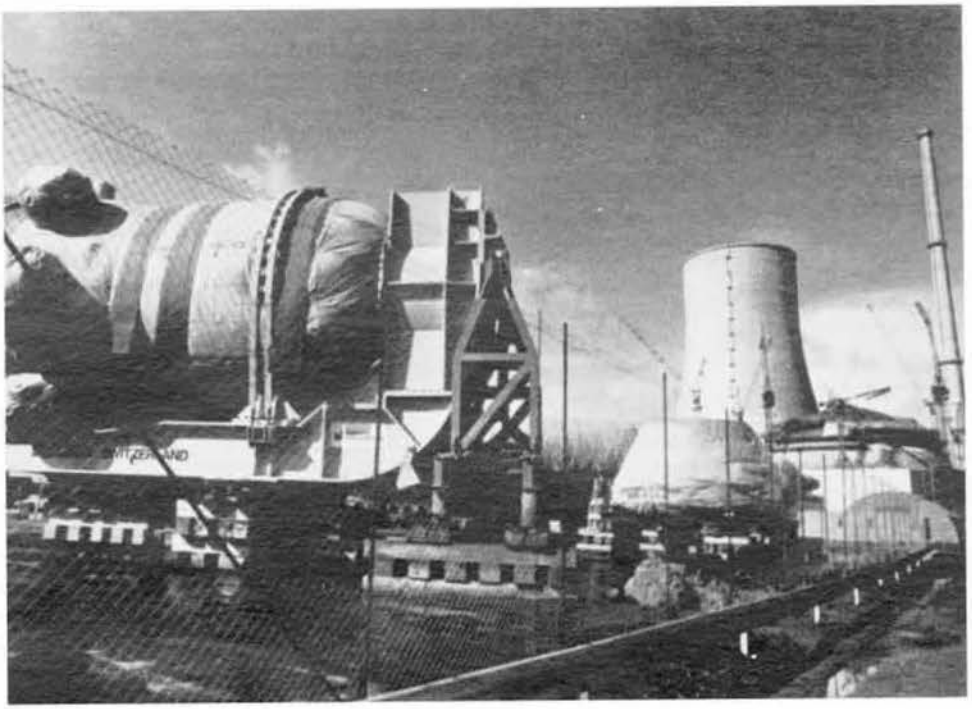
Ostern wird die nächste Ausgabe von "Ahaus aktuell" erscheinen.
Für Abos, Spenden: Arbeitskreis Umwelt Münster, Stichwort: Ahaus aktuell, Sparkasse Münster, Kontonr: 25001207.
Bestellungen und Artikel: Johannes Massolle Hornstr. 30, 4400 Münster, Tel.: 0251-56669.

Der Freundeskreis Ahaus lädt ein zu einem Arbeitstreffen zum Thema Ahaus. Schwerpunkt wird die Diskussion und Vorbereitung von Widerstandsaktionen in der Zeit bis zum Erörterungstermin (Frühjahr 1981) sein. Das Treffen findet statt am 12./13. April 80 ab 11.00Uhr in der Gaststätte "Zur Sonne" Kirchstr. in Legden (eine Nachbargemeinde von Ahaus, Richtung Coesfeld). Anmeldung, Fragen Papiere usw. an: Michael Schlickwei, Upphoven 10, 4405 Nottuln, Tel.: 02502-6642.

10 Jahre Mülheim-Kärlich

Durch den Reaktorunfall von Harrisburg sowie durch die Urteile des Verwaltungsgerichtes Koblenz und des Bundesverfassungsgerichtes vom Dezember vergangenen Jahres rückte das im Bau befindliche AKW Mülheim-Kärlich wieder verstärkt ins öffentliche Bewußtsein.
Besonders die Aufhebung der 2. Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) und der damit nach dem Frühjahr 1977 zweite verfügte Baustop durch die 7.Kammer des VG Koblenz ließ aufhorchen. Ursprünglich wollten wir über den Hintergrund dieses Rechtsstreites, das Urteil selbst usw. ausführlicher berichten. Das uns von regionalen Bürgerinitiativen zugesandte, umfangreiche Material zu Mülheim-Kärlich zeigte aber wieder mal so viele Mauscheleien, Tricksereien und Schweinereien von Befürwortern und Betreibern auf, so daß wir uns entschlossen, vor allem hierüber zu informieren.

Die Geschichte des fast fertigen 1300MW AKWs läßt sich bis Anfang der 70er Jahre zurückverfolgen. In dieser Zeit war die Gemeinde Mülheim-Kärlich im dichtbesiedelten Gebiet um Koblenz/Neuwied(ca. 1 Mio. Einwohner im Umkreis von 40 km) schon als AKW Standort im Gespräch. Ende 1972 stellten die Rheinisch-Westfälischen-Elektrizitätswerke AG(RWE) den zweiten Genehmigungsantrag auf die Errichtung des AKWs, nachdem zuvor die Anlagenkonzeption geändert wurde. Anstelle des ursprünglich geplanten Siede- oder Druckwasserreaktors (Hersteller: Kraftwerkunion) lieferte die Firmengruppe Brown Boverie&Cie/Babcock-Brown Boverie Reaktor GmbH (BBC/BBR) in den nächsten Jahren einen Babcock&Wilcox-Reaktor, übrigens den einzigen amerikanischen auf deutschem Boden(!). Neben den bekannten Risiken der "friedlichen Nutzung" der Atomenergie standen in den Auseinandersetzungen um das AKW insbesondere dessen Anlagenkonzeption sowie Fragen der Erdbebengefährdung in Verbindung mit dem Bauuntergrund im Mittelpunkt.



Der mehrfach nachgeschweißte Druckbehälter für das Akw Mühlheim-Kärlich

Beispiel 1: Anlagenkonzeption

Das mit dem Tree Mile Island 2 (TMI 2) typengleiche AKW war bereits lange vor Harrisburg in Verruf geraten. 79 registrierte Unfälle in Babcock&Wilcox-Reaktoren innerhalb einer Gesamtbetriebszeit von ca. 15 Jahren sprechen eigentlich für sich. So kamen schon während des Erörterungstermins Ende 1973 Unfälle in dem als Prototypanlage geltenden US-Reaktor Oconee 1 (South Carolina) zur Sprache: besonders die Beschädigung von 21 Steuerstabmechanismen am 29.9.71 sowie die Beschädigung von 15.000 Wärmeaustauschern bei einem Heißdampftest Anfang 1972. Selbst der schwere Kühlmittelverlustunfall im AKW Oconee 2 vom 20.1.74 (hier wurden später 220.000 Liter radioaktiv verseuchtes Kühlwasser, das aus dem Primärsystem stammte, einfach in die See abgelassen) ließen später RWE und das rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerium nicht an der sogenannten "Fachkunde und Zuverlässigkeit" des Herstellers zweifeln.

Die im Herbst 73 von Reaktorsicherheitskommission (RSK) und Genehmigungsbehörde bescheinigten bedeutsamen (!) "Abweichungen gegenüber vergleichbaren deutschen Reaktoren" (angesichts laufender Unfälle in amerikanischen und deutschen AKWs kann der unbefangene Leser eigentlich keine "bedeutsamen Abweichungen" feststellen) sollten durch Erfüllung von 26 Auflagen ausgeglichen werden. Obwohl sich noch im Herbst 74 die RSK wegen unerfüllter Auflagen gegen die Baugenehmigung aussprach, erfolgte Anfang 75 (9.1.75)(gemäß dem Motto: "Erst bauen - später prüfen") unter dem Vorbehalt sogenannter Freigabebescheide die erste Teilerrichtungsgenehmigung. Freigabebescheid folgte auf Freigabebescheid, Teilerrichtungsgenehmigungen wurden in unregelmäßigen Abständen erteilt; das AKW wurde trotz des dreimonatigen Baustops im Frühjahr 77 in die Höhe gezogen; und das, obwohl der RSK und auch dem TÜV Rheinland bis November 1978 noch immer keine vollständigen Informationen "über den augenblicklichen Stand der Ergebnisse von Sicherheitsbetrachtungen über den Reaktordruckbehälter des KKW Mülheim-Kärlich" vorlagen. Dafür wurden aber Materialfehler am Reaktordruckbehälter bekannt - und das schon vor Betriebsbeginn. "Über erhebliche Schweißnahtlängen wurden dichtbenachbarte Schlackeneinschlüsse gefunden", hieß es da im Protokoll der RSK-Sitzung vom 11.10.78. Risse bis zu 2,20 m Länge und 23 mm Tiefe mußten ausgebessert werden(!). Daß die Qualität des Druckbehälters trotz umfangreicher Reparaturen schlechter geworden ist, konnte auch die RSK nicht leugnen:"Bei den Ausbesserungen wurde versucht, die Vorteile der vom Druckbehälterhersteller angewendeten Engspaltschweißung weitgehend zu erhalten, was jedoch nicht an jeder Stelle in vollem Umfang möglich war". Schlampige Arbeit führte zu den Rissen. Die Kommission stellte dazu fest:"Das beträchtliche Ausmaß der Ausbesserungen wurde damit erklärt, daß die Schlackenreste vor dem Gegenschweissen der Nahtwurzel und auch vor dem Einbringen von Zwischenlagen offenbar nicht ausreichend herausgearbeitet wurden." Da muß es wohl zugegangen sein wie bei einem Zahnarzt, der ein Loch im Zahn plombiert, bevor er den kariösen Teil richtig herausgebohrt hat.

Beispiel 2: Erdbebensicherheit

Schon das erste seismologische Gutachten vom 19.3.1971 machte auf die Erdbebengefährdung in Verbindung mit den ungünstigen Bodenverhältnissen am Standort Mülheim-Kärlich aufmerksam (Vgl. Schaubild). Weitere Gutachten und mehr als sechzig (!) Probebohrungen bestätigten später das unverantwortliche Gefahrenrisiko. Im Expertendeutsch liest sich das so: "Aus seismologischen Gründen sollte man den Standort Sinzig-Niederbreisig vor Mülheim-Kärlich vorziehen. Durch das Baugelände Mülheim-Kärlich verläuft eine gestaffelte Störungszone mit einer Gesamtsprunghöhe von 5o bis 6o m. Hier wird in Verbindung mit einem Erdbeben eine ruckartige Schollenverschiebung von 6 cm für möglich gehalten mit der (theoretischen) Wahrscheinlichkeit 1,5 mal in 1 Million Jahren." Und: "Die über dem Devon-Grundgebirge liegenden fünf Deckschichten haben keinen einheitlichen ungestörten Aufbau. Der Schichtaufbau beiderseits der Störungs-

10 Jahre Mauscheleien, Schweinereien ...

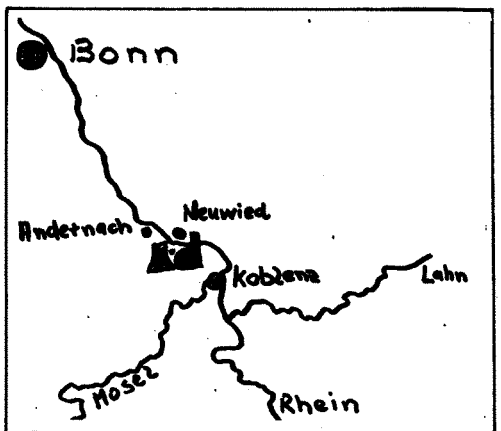
zone ist unterschiedlich. Das führt dazu, daß Gebäude beiderseits der Störungszone eine unterschiedliche Setzung haben, d.h. unterschiedlich tief in den Untergrund einsinken. Als zweite geologische Störung ist ein Tuff-Schlot aufgestiegen. Dieser reicht von Süden her bis weit unter das Maschinenhaus. Außerdem liegen die einzelnen Schichten nicht waagerecht, sondern fallen ein, was zu weiteren Setzungsunterschieden der Gebäuden führt." Was hier bei einem Erdbeben passieren kann, braucht nicht ausgemalt werden und zur "Theorie von Wahrscheinlichkeiten" ist auch schon alles gesagt worden!

Erst im März 1975 (also vier Jahre nach dem ersten Gutachten!) konnten diese Gutachten endlich eingesehen werden. Das lag in erster Linie an der "fürsorglichen" rheinland-pfälzischen Genehmigungsbehörde, die die oft beschworene Angst und Panik in der Bevölkerung durch geschicktes Zurückhalten und Verheimlichen von Gutachten zu verhindern wußte. So z.B. beim Erörterungstermin zum Standortvorbescheidverfahren am 6.12.1971 oder bei einer Genehmigung zur Einsichtnahme in verschiedene Gutachten - da war nämlich das Gutachten vom 19.3.1971 nicht dabei.

Statt nun die ehrgeizigen Pläne aufzugeben und somit die mögliche atomare Katastrophe zu verhindern, wurde der Bau des AKWs per ersten Bescheid vom 6.6.1975 einfach gemäß einem geänderten Lageplan freigegeben. Daß man hier selbst gegen eigene atomrechtliche Vorschriften verstieß, störte die Genehmigungsbehörde herzlich wenig. Da der Rhein auf der einen Seite nur ca. 1oo m und die linksrheinische Bahnlinie auf der anderen Seite nur 6o m vom Standort entfernt waren, verschob man kurzerhand den geplanten Standort des Reaktorgebäudemittelpunktes um etwa 76 m in nordwestlicher Richtung und ließ zwischen dem Maschinenhaus sowie dem Schaltanlagengebäude einerseits und dem Reaktorgebäude nebst Hilfsanlagengebäude andererseits eine 14 m breite Gasse. In diesem Bereich soll nun die geologische Störungszone liegen. Trotz dieser wohl eher geringfügigen Änderung ist das AKW nichterdbebensicherer geworden. Da das Neuwieder Becken, in dem ja Mülheim-Kärlich liegt, lt. Erdbebenkarte der BRD eine "Zone größter Erdbebenhäufigkeit und Erdbebenintensität" ist, kann man sich leicht ausrechnen, was bei einem größeren oder evt. auch schon bei einem kleineren Erdbeben passiert: "Verbindungsleitungen zwischen dem Reaktorgebäude und dem auf der Nachbarscholle liegenden Maschinenhaus" brechen und ...

Im Vergleich zu diesen genannten Tatsachen erscheinen andere "Kleinigkeiten" geradezu harmlos - möchte man meinen. So z.B. die Tatsachen,

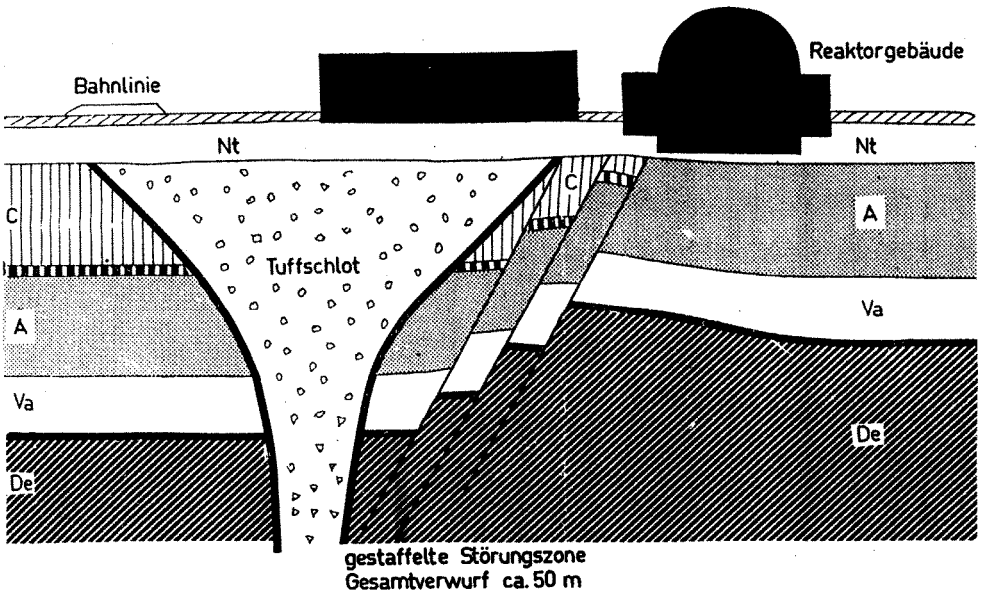
- daß der Abstand zwischen dem AKW und "Vater" Rhein dann lt. "Richtlinie für den Schutz von Kernkraftwerken gegen Druckwellen aus chemischen Reaktionen ..." mindestens 5oo m betragen müßte, in Wirklichkeit aber nur 1oo m beträgt,
- daß das AKW "genau in der Einflugschneise des in 12,5 km Entfernung liegenden Militärflugplatzes Mendig" liegt. Welche Einstellung hierzu unsere AKW-Freunde haben, zeigt das folgende Zitat: "Auf beobachtete Sturzflüge von Militärmaschinen in Richtung Reaktorkuppel angesprochen, meinte der Kärlicher Atomwerber, Herr Bock, trocken: "Wie die Jungs das wohl bezahlen wollen, wenn mal was passiert?!"
- daß "das Neuwieder Becken das größte Trinkwasserreservoir im nördlichen Rheinland-Pfalz besitzt und für ca. 5oo ooo Menschen das Trinkwasser liefert." Die nächsten Brunnen sind nur ca. 1 bzw. 2 km vom AKW entfernt (!)



Das AKW Mülheim-Kärlich: 10 km nördlich von Koblenz u. 45 km südlich von Bonn

Auch im ökonomischen Bereich ließ man sich etwas Neues einfallen. Angesichts der wohl ungünstigen Perspektiven (vielleicht klappt es doch nicht so ganz mit dem Projekt Mülheim-Kärlich) gründeten RWE, Deutsche Bank, Dresdener Bank u.a. im Juni 1975 in Luxemburg die "Finanzierungsgesellschaft" Société Luxembourgeoise des Centrales Nucleaires SA (SCN). Die luxemburgische Gesellschaft erhielt durch verschiedene Verträge (z.B. Bau- und Fertigstellungsvertrag) alle Bauherrenrechte- und Pflichten und übernahm die Finanzierung des AKW-Projekts. Die RWE führte "im Namen und auf Rechnung der SCN" die Bauarbeiten fort und kann später durch einen Pachtvertrag das AKW Mülheim-Kärlich betreiben. Ein ganz schön ausgekochter Plan: Während der rheinisch-westfälische Stromgigant "aus dem Schneider ist", trägt die Bevölkerung womöglich noch die finanziellen Kosten eines AKW-Abbruchs. Denn: Da die SCN aus dem Genehmigungsbescheid keine Rechte erworben hat und somit auch nicht "zur Erfüllung von Auflagen und Vorschriften" (z.B. zum Abbruch) verpflichtet werden kann und obendrein die Vollstreckung von ausländischen Verbindlichkeiten auf Schwierigkeiten stößt, müßte das Land Rheinland-Pfalz einspringen!

Geologischer Schnitt durch das Baugelände



Zum Urteil selbst

Gegen das AKW Mülheim-Kärlich und die hier aufgezeigten Mauscheleien und Tricksereien von Betreibern und Befürwortern wehrten sich BIs und Einzelpersonen durch Öffentlichkeitsarbeit und vor allem durch eine Flut von Klagen und Prozessen. Daß zwar auch der juristische Kampf eine sinnvolle Form des Widerstands ist (sinnvoll deshalb,

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

weil durch erreichte Baustopps einerseits das Atomprogramm insgesamt verzögert wird und wir andererseits dadurch auch ein bißchen Luft bekommen), letztendlich aber nicht das Atomprogramm verhindert, zeigten einmal mehr (!) die Urteile des Verwaltungsgerichts Koblenz.

In diesem Prozeß ging es um ein Sammelverfahren von sieben Klagen (zwei wurden zu Beginn der Verhandlungen zurückgenommen), die seit Anfang 1975 (!) nach und nach gegen die 1. und 2. Teilerrichtungsgenehmigung sowie gegen einige Freigabebescheide erhoben wurden. Während das Gericht die beiden Klagen gegen die 1. TEG wegen Unzulässigkeit ablehnte, hatten die anderen wegen atomrechtlicher Verfahrensfehler (!) Erfolg. Die 7. Kammer des VG erkannte nämlich eine "Rechtswidrigkeit der zweiten Teilgenehmigung", die sich aus dem Fehlen eines sogenannten "vorläufigen positiven Gesamturteils" ergibt. Erkenntnis Nr. 2: Selbst bei einem solchen positiven Gesamturteil wären die Klagen begründet. Denn: Da die zweite TEG die erste TEG ersetzte und es sich somit um eine erneute umfassende Ermessensentscheidung handelte, "hätten als ermessensrelevante Gesichtspunkte zumindestens berücksichtigt werden müssen, daß das Kernkraftwerk in einem verhältnismäßig dicht besiedelten Gebiet und auf einem Untergrund errichtet werden soll, der erhebliche geologische Besonderheiten aufweist." Und: "Dabei kann es in diesem Zusammenhang auf sich beruhen, wie diese Ermessensentscheidung ... letztlich ausgefallen wäre."

Der ganze Rechtsstreit kann auf folgende Kurzformel gebracht werden: Wäre das rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerium ein bißchen "heller" und nicht so voreilig gewesen, wäre auch diese Klage abgewiesen worden und die Bauarbeiten hätten weitergehen können.

Mit diesem Gerichtsurteil wurde zwar nach 1977 ein erneuter Teilerfolg im juristischen Kampf gegen das AKW Mülheim-Kärlich erzielt; doch wie es weitergeht, hat das VG selbst klargestellt "Die vorliegende Entscheidung bedeutet nicht, daß für das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich bzw. für die hier bereits ausgeführten Anlagenteile in Zukunft keine rechtmäßige Errichtungsgenehmigung und spätere Betriebsgenehmigung mehr erteilt werden könnten. Der Ausspruch des Gerichtes besagt, sofern er rechtskräftig wird, lediglich, daß die zweite Teilgenehmigung aufgehoben ist.

Es ist Sache der Genehmigungsbehörde, im Zusammenwirken mit den Beigeladenen und den weiter zu beteiligenden Stellen ein den einschlägigen Vorschriften entsprechendes Verfahren durchzuführen und dabei umfassend zu klären, ob das Kernkraftwerk an seinem jetzigen Standort und in seiner jetzigen Gebäudeanordnung und Gesamtkonzeption die Genehmigungsvoraussetzungen des § 7, Abs. 2 des Atomgesetzes nach dem derzeitigen Stand von Wissenschaft und Technik erfüllt. Auf diesen Erkenntnissen aufbauend wird sie unter Abwägung aller maßgeblichen Gesichtspunkte und unter Einbeziehung der einschlägigen Ermessensrichtlinien abschließend die in ihrem pflichtgemässen Ermessen stehende Entscheidung über die Genehmigung der Anlage zu treffen haben." - Das spricht wohl für sich!

Diese letzten Ausführungen verdeutlichen noch einmal die Grenzen des juristischen Widerstandes: Es finden in den Gerichten lediglich formale (Über-) Prüfungen von Verwaltungsakten (z.B. Teilerrichtungsgenehmigungen) u.ä. an den staatlich vorgegebenen atomgesetzlichen Regelungen statt. Nicht die inhaltliche Beurteilung der Atomenergie, sondern die formale spielt eine Rolle. Die Tatsache, daß bisher eine einzige Demonstration in dem zehnjährigen Widerstand gegen das AKW stattfand, weist dagegen auf die zukünftige praktische Arbeit und den Widerstand vor Ort.

Kontaktadressen:

1. Koblenzer Initiative gegen Atomanlagen, c/o Robert Burg, Hohenzollernstr. 96, 54oo Koblenz, Tel.: (o261) 3841o.

2. Bürgeraktion Umweltschutz Bonn, Fritz-Tillmann-Str. 4 (Büro), 53oo Bonn, Tel.: montags und donnerstags 16 - 19 Uhr, (o2221) 22518o.

LETZTE MELDUNG:

In der Rheinzeitung vom 14.3. steht, daß die rheinland-pfälzische Genehmigungsbehörde ein Kompaktlager in Mülheim-Kärlich genehmigen will.

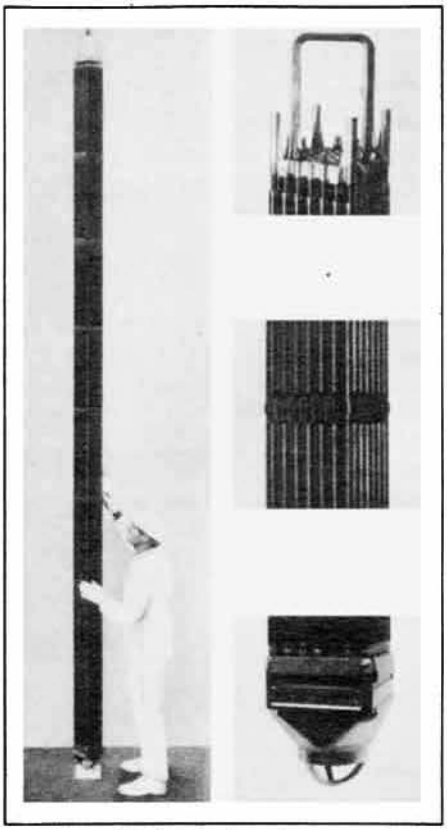
ACHTUNG ACHTUNG ACHTUNG ACHTUNG

Die Regionalkonferenz der BIs gegen das AKW Mülheim-Kärlich ruft für Samstag, den 12.4. um 1o.00 zu einer Demonstration und Kundgebung in Neuwied (Luisenplatz) unter folgenden Forderungen auf:

- Stopt den atomaren Wahnsinn!
- Kein Kompaktlager nach Mülheim-Kärlich!
- Sofortiger Baustop!

Würgassen:

Es ist jetzt soweit! Die Preußische Elektrizitäts-AG (Preußenelektra), Betreiberfirma des Atomkraftwerks Würgassen an der Weser, hat am 21. Februar 198o ihr Vorhaben, auf dem AKW-Gelände ein Trockenlager für abgebrannte Brennelemente einzurichten, der Öffentlichkeit bekanntgemacht.
Nachdem das integrierte Entsorgungskonzept der Bundesregierung (Eingangslager, WAA, Endlager) in Gorleben (vorläufig) am konsequenten Widerstand der Anti-AKW-Bewegung gescheitert ist, und auch die Wiederaufbereitung in ausländischen Fabriken (La Hague, Winscale) sehr zu wünschen übrig läßt, zauberten zuständige Politiker und Atomindustrielle Ende September 1979 ein neues, vorläufiges Entsorgungskonzept aus der Tasche: Kompakt- und Zwischenlager!
Da eine Kompaktlagerung im AKW Würgassen - im Gegensatz zu fast allen anderen Atomreaktoren in der Bundesrepublik - aus bautechnischen Gründen(unzureichende Statik des Lagerbeckens) zu riskant ist, soll auf dem AKW-Gelände an der Weser stattdessen nun ein Trokkenlager eingerichtet werden.

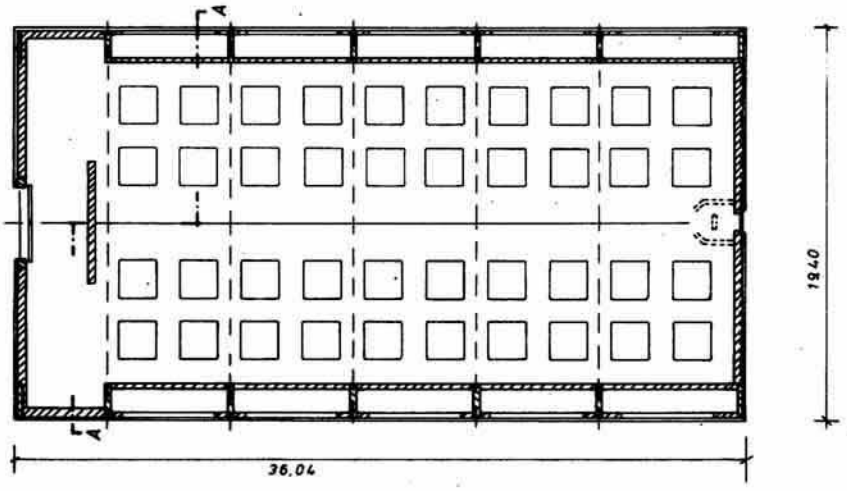


AKW-Brennelement

Konzeption des Zwischenlagers

Auf dem Betriebsgelände des AKW Würgassen soll im Bereich nördlich der Kühltürme eine Lagerhalle errichtet werden, in der bis zu 64o abgebrannte Brennelemente (angeblich nur jene aus dem AKW Würgassen) in 4o Transportbehältern bis zum Abtransport in eine Wiederaufbereitungsanlage bzw. zu einem externen Zwischenlager (z. B. Ahaus) gelagert werden können. Diese Lagerhalle hat eine rechteckige Grundfläche von 36,o4 m mal 19,4o m. Die maximale Höhe über Geländeniveau beträgt 8,74 m. Für die Lagerung der Brennelemente sind Transportbehäl-

TROCKENLAGER BEANTRAGT



Grundriß (Draufsicht) der Lagerhalle mit Positionen der Trockenbehälter

ter des Typs CASTOR 1 C vorgesehen. Der Transportbehälter besteht aus einem etwa 6 m langen Gußkörper mit einem Durchmesser von etwa 1,7o m und einer Wanddicke von etwa 4o cm, der mit verschraubbarenDeckeln verschlossen und mit Helium gefüllt wird. Außen ist der Gußkörper mit Kühlrippen zur Abfuhr der Nachwärme aus den eingelagerten Brennelementen versehen. Ein solcher Transportbehälter (Kostenpunkt: ca. 8oo.ooo DM) hat ein Gewicht von 8o t und wird ca. 3 t Brennstäbe (= 16 abgebrannte Brennelemente) enthalten. Da in einem Atommeiler von der Größe Würgassens jährlich 13o solcher Brennelemente anfallen, werden pro Jahr acht solcher Behälter in die Lagerhalle abgestellt. Die notwendige Abfuhr der Nachwärme erfolgt über Naturkonvektion, d.h. durch vorbeistreichende Luft, die über Austrittsöffnungen an der Dachkonstruktion an die Umgebung abgeführt wird.

Gefahren der Trockenlagerung

Die von der Preußenelektra beantragte Trockenlagerung ist bislang noch nirgendwo praktiziert worden, und ist daher aus mehrerlei Hinsicht nicht unproblematisch:

- Es gibt keine Erfahrungen mit einer längerfristigen Lagerung hochradioaktiver Brennelemente in solchen Transportbehältern. Insbesondere die Frage der Materialversprödung durch den starken Neutronenbeschuß sowie die Auswirkungen der hohen Temperaturen über einen längeren Zeitraum sind völlig ungeklärt.
- Über die Sicherheit der Transportbehälter herrschen sehr unterschiedliche Auffassungen. Viele kritische Wissenschaftler halten die durchgeführten Tests (Fall des Behälters aus 1 m Höhe auf einen Stahldorn; Fall aus 9 m Höhe auf eine Stahlbetonplatte; Behälter wird eine halbe Stunde einem Brand von 8oo°C ausgesetzt; achtstündige Lagerung in 15 m Wassertiefe) für nicht ausreichend.
- Keine Erfahrungen gibt es mit der Behälterkühlung in einer Betonhalle. Probleme können z.B. auftauchen, wenn es durch irgendwelche Einflüsse (Großfeuer) zur Überhitzung kommt und die Nachwärme nicht mehr abgeführt werden kann.
- Die Lagerhalle ist unzureichend gegen äußere Einwirkungen (z. B. Flugzeugabsturz) gesichert.
- Die Betreiber erwarten durch den Betrieb des Zwischenlagers eine Verdoppelung der Strahlenbelastung, d.h. zwei mrm zusätzliche Belastung, gemessen am Kraftwerkszaun. Damit wird die Bevölkerung in der Umgebung des AKW Würgassen, die, einem Bericht der Bundesregierung zufolge, ohnehin schon die höchste Strahlenbelastung aller bundesdeutschen AKW-Standorte zu ertragen hat, noch weiter belastet. Das Eingeständnis der Preußenelektra, die bisher von 1 mrm Strahlenbelastung bei AKWs ausgegangen ist, deutet schon auf die Gefährlichkeit des ganzen Projekts hin.

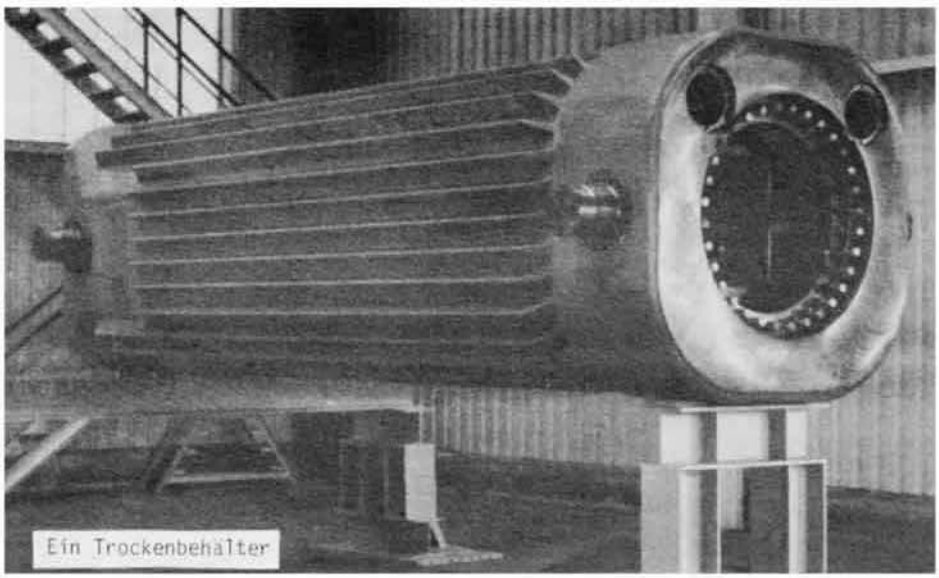
Einwendungen durch Sammeleinsprüche erheben !

Es gibt also eine Menge ernstzunehmender Gründe, gegen den Bau des Trockenlagers in Würgassen auf die Barrikaden zu steigen. Es gilt jetzt, den Protest und den Widerstand gegen die Pläne zu organisieren.

Das Vorhaben der Trockenlagerung ist Ende Februar in den örtlichen Zeitungen öffentlich bekanntgemacht worden. Vom 5. März bis einschließlich 5. Mai 198o liegen die Antragsunterlagen, der Sicherheitsbericht und eine Kurzbeschreibung des Projekts beim Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein Westfalen, Horionplatz 1, 4ooo Düsseldorf, montags bis freitags von 8.oo Uhr bis 16.3o Uhr und in der Stadtverwaltung der Stadt Beverungen, Weserstraße 1o - 12, 3472 Beverungen, montags bis donnerstags von 8.oo Uhr bis 17.oo Uhr und freitags von 8.oo Uhr bis 13.oo Uhr zur Einsichtnahme aus. Innerhalb dieser achtwöchtigen Auslegungsfrist werden Einwendungen gegen das Vorhaben in Form von Sammeleinsprüchen erhoben. Die ausgefüllten Unterschriftenlisten müssen bis spätestens 3o. April 198o an Traute Kirsch, Zum Buchholz 6, 3472 Beverungen, Tel.: 05273/1377, zurückgeschickt werden, damit diese rechtzeitig an die zuständigen Behörden weitergeleitet werden können. Weitere Unterschriftenlisten können noch von Traute Kirsch bestellt werden. Der Termin für die mündliche Erörterung wurde - wie wir erfuhren - auf den 1o. Juni 198o festgelegt.

Die Diskussion über das weitere praktische Vorgehen gegen die Pläne der Preußenelektra in Würgassen sollte nicht nur Sache der örtlichen und regionalen BIs sein, sondern muß vor allen Dingen auch einen breiten Raum bei der nächsten Zwischenlager-Konferenz einnehmen, die am 19./2o. April 198o in Heilbronn stattfinden wird.

**



Ein Trockenbehälter

Strobo breitet sich aus

Oberall schießen die Stroboinitiativen wie Pilze aus dem Boden,auch abseits der großen Städte.
Mittlerweile gibt es ca.70 Initiativen und rund 2500 beteiligte Haushalte (ca. 8ooo Personen).
Am 1./2.März fand in Siegen wieder ein Bundestreffen der Strobos statt,auf dem die Erfahrungen in den einzelnen Orten ausgetauscht wurden.
In Dortmund soll ein Archiv aufgebaut werden,in dem alles Material,das für den Strobo interessant ist,gesammelt und geordnet werden soll,damit es für jede Initiative schnell zugänglich ist.
Außerdem ist ein regelmäßiger Rundbrief geplant,der die Strobogruppen untereinander über den jeweiligen Stand der Ereignisse,Aktionen,der inhaltlichen Arbeit usw. informieren soll.
Die zunehmende Ausbreitung des Boykotts zeigt,daß diese Aktion viele Leute anspricht und aktiv werden läßt -gerade auch abseits der Zentren des Widerstandes gegen AKWs- und insofern eine wichtige Erweiterung der Anti-AKW-Bewegung darstellt.
Die Elektrizitätswirtschaft,eng verflochten mit AKW-Herstellern und -Betreibern und Bund,Ländern und Gemeinden, ist ein wichtiger Ansatzpunkt für politischen Druck.Die E-Werke müssen gezwungen werden,sich ihrer Verpflichtung zu stellen,Strom nicht nach Gewinninteressen,sondern dem Gemeinwohl entsprechend auf möglichst billige und umweltfreundliche Weise bereitzustellen,gerade auch wegen ihrer Monopolstellung.

Reaktionen der E-Werke

In HAMBURG haben die Hamburger Elektrizitätswerke(HEW) inzwischen ca. 80 Amtsgerichtsprozesse gewonnen.
Sie geht daher davon aus,daß die Rechtslage eindeutig sei und ist jetzt dazu übergegangen,nicht nur bei Leuten,die nach verlorenem Prozeß wieder von neuem boykottierten,sondern auch ohne vorherigen Prozeß den Strom abzuschalten.
Der Antrag eines Betroffenen auf einstweilige Verfügung wurde abgelehnt.
Zwei Haushalte haben bisher mehrere Monate bei 100% Stromboykott gelebt, andere Haushalte bezahlten gleich, auf jeden Fall wurden neue Boykotterklärungen an die HEW übergeben.
In FRANKFURT gewann das dortige E-Werk bisher 2 Prozesse.Der Versuch,ohne Prozeß einem Haushalt den Strom abzuschalten,schlug fehl: die Strobos erwirkten eine einstweilige Verfügung.
Die E-Werke versuchen jetzt,in einem Prozeß den Streitwert so hoch anzusetzen,daß vorm Landgericht verhandelt werden kann -wohl um so eine "eindeutige Rechtslage" zu schaffen und die finanzielle Belastung der Strobos zu erhöhen.
Dieses Vorgehen ließ die Zahl der Boykotteure in kurzer Zeit auf 3oo Haushalte schnellen.
In STUTTGART gestand eine Amtsrichterin in zwei Prozessen den Strobos ein Zurückbehaltungsrecht zu.Daraufhin legten die Technischen Werke Stuttgart(TWS) Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein. Der Vorprüfungsausschuß wies sie zurück: Sie sei "zum Teil unbegründet und zum Teil sogar unzulässig,da sich die TWS als öffentliches Unternehmen nicht auf Grundrechte für Bürger stützen könne."
In DORTMUND klagen die Vereinigten Elektrizitätswerke (VEW) vor dem Landgericht auf Unterlassung der Werbung für den Strobo:der Beklagte hat als Verantwortlicher i.S.d.Pr. alle Flugblätter der Strobogruppe unterschrieben.Außerdem soll ihm verboten werden,nach einem verlorenem Prozeß von neuem zu boykottieren.
Der Streitwert wurde vom Gericht auf 15.000 DM festgesetzt !

Im ersten Göttinger Prozeß am 28.11.79 klagte die EAM(Elektrizitäts-AG-Mitteldeutschland) gegen Reinhard S. auf Zahlung der von ihm zurückbehaltenen 1o% seiner Stromrechnung.
Reinhard S. machte ein Zurückbehaltungsrecht geltend. Gemäß Art. 4,1 GG,der die Gewissens- und Glaubensfreiheit schützt,erklärte er,daß er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne, mit seinen Zahlungen an die EAM die Verbreitung der Atomenergie zu unterstützen (Die EAM bezieht ca. 98 % ihres Stroms von der Preußenelektra,die an verschiedenen AKWs und der DWK maßgeblich beteiligt ist).
Nach Meinung des Gerichts wird das Grundrecht der Gewissensfreiheit dagegen nicht beeinträchtigt,weil
a)eine Geldzahlung wertneutral sei
-es gibt jedoch auch andere Gerichtsentscheidungen,z.B. ist es Berliner Mietern erlaubt,ihre Mietzahlungen nicht mehr ihrem als NS-Verbrecher gesuchten Hausbesitzer zu überweisen
b)Art. 4,1 GG lediglich ein Abwehrrecht des Einzelnen darstelle,mit dem andere nicht zu bestimmten Handlungen gezwungen werden könnten.
So könne die EAM nicht dazu gezwungen werden,Strom aus anderen Energiequellen zu verwenden,zumal dies bei vermehrter Verbrennung von fossilen Brennstoffen"Katastrophen biblischen Ausmaßes nach sich ziehen" könnte (durch den erhöhten CO_2-Gehalt der Atmosphäre) Eine Verwirklichung seiner Gewissensentscheidung könne jedoch konsequenterweise nur durch einen Totalstromboykott erreicht werden.
c)der Grundsatz der Vertragsfreiheit (im Art. 2 GG) das Fundament jeder Rechtsordnung darstelle und als höherwertiges Rechtsgut anzusehen sei.
Eingeschränkt werde dies lediglich durch den §242 BGB,der einem Vertragspartner eine Leistungsverweigerung zugesteht bei einem Verstoß gegen Treu und Glauben bzw. sittenwidrigem Verhalten des anderen Partners.
Nach Erkenntnis des Gerichts liegt keins von beidem vor.Solange die Verwaltungsgerichte die Verwaltungsakte der Behörden (Genehmigungen für AKWs u.a.) bestätigten,könne das Gericht nichts anderweitiges entscheiden.
"Sittenwidrig kann die Verhaltensweise der Klägerin schon darum nicht sein, weil zur Zeit die politisch verantwortlichen Gremien den Betrieb von AKWs billigen."
-Mit dieser Begründung kann wirklich jegliches Handeln -sofern es sich an die politischen Spielregeln hält- rechtlich abgesegnet werden.Es ist offensichtlich,daß sich so die Rechtsprechung als dritte Gewalt leichtfertig um ihren Einfluß bringt und sich offen der Politik unterordnet.

Wie geht's weiter?

Betrachtet man die gegenwärtige Rechtslage,so ist zur Zeit mit einem positiven Urteil der Amtsgerichte nicht zu rechnen.
Von daher liegt der Schwerpunkt unserer Arbeit auch weiterhin nicht auf juristischer Argumentation und der Durchführung von Prozessen.Sie bieten freilich einen günstigen Anknüpfungspunkt für die Darstellung der AKW-Problematik vor einer breiteren Öffentlichkeit(Presse).
Da sich der Stromzahlungsboykott in erster Linie direkt gegen die Stromversorgungsunternehmen (EVUs) richtet,besteht unsere Informationsarbeit vor allem darin,über die Verflechtungen der Energiewirtschaft,ihre Bedarfsprognosen und - planungen und die Stromtarifstruktur aufzuklären.
Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auf der Vergrößerung der Zahl der Boykotteure.So konnten wir zum ersten Göttinger Prozeß der EAM 21 neue Boykotterklärungen übergeben.

Aufruf!

Der Strobo muß sich schneller ausbreiten als die E-Werke ihn bremsen können!
Wir rufen alle ,besonders die vielen AKW-Gegner,die noch nicht beim Strobo mitmachen,auf,jetzt anzufangen !
Den Strobo kann man auch nebenbei machen wenn man sein Schwergewicht auf andere Aktionen legt !
Wir müssen jede Form des Widerstands ausnutzen,um das Atomprogramm zu stoppen.

Nächster Prozeß in Northeim

Vor dem Amtsgericht Northeim wird der nächste Prozeß in Sachen EAM gegen Boykotteure am 18.4.8o stattfinden.
Wir wollen die Gelegenheit nutzen,und mit einer Strobo-Aktionswoche in Northeim die Bevölkerung informieren.
Geplant sind eine Anti-AKW-Fete,eine Diskussionsveranstaltung und spontane Aktionenam Prozeßtag in der Woche vom 13.- 19.4.8o.

FORTSETZG: NÄCHSTE SEITE

An alle Strobo-Gruppen

Schickt bitte Eure Anschrift mit kurzem Lagebericht an den Atom Express.
Im nächstem Heft soll endlich mal eine vollständige Liste abgedruckt werden !

Adresse des Archivs:

Theo Hengesbach,Weißbachstr. 21, 4600 Dortmund 1. Konto: Umweltwissenschaftliches Institut des BBU e.V., Stuttgart, Postscheckamt Karlsruhe, Stichwort:Stroboarchiv,Kontonr.:90250-757.

Strobogruppen gegen die EAM:

Göttingen (Stadt und Landkreis bisher 130 Haushalte): Strobogruppe im Göttinger AK gegen Atomenergie, Postfach 45, 3400 Göttingen, Tel.: 0551-703263 oder 791735.

Kassel (Landkreis, Boykottbeginn 1.4.80 Strobogruppe c/o Gabi Marschhäuser,Besserstr. 4, 3507 Baunatal, Tel.: 05601-86097 oder 1008

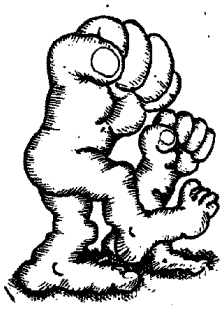
Marburg (Stadt und Landkreis bisher 100 Haushalte): Strobogruppe c/o Umweltladen, Weidenhäuserstr. 23, 3550 Marburg, Tel.: 06421-12533.

In die Nesseln gesetzt

Holger Börner, Landesvater in Hessen, hatte wohl den Mund doch etwas zu voll genommen, als er vor einigen Monaten tönte: "Politisch nicht durchsetzbar? So was gibt es in Hessen nicht!" Nachdem er so seinem Kollegen Albrecht Feigheit vor dem Feind, sprich der Lüchow-Dannenberger Bevölkerung vorgeworfen hatte, brüstete er sich flugs darauf mit seinem mutigen Kämpferherz: er werde eine Wiederaufbereitungsanlage durchsetzen, und zwar in Hessen. Doch während Atomkanzler Schmidt den Holger oben tätschelte seines großen Mutes wegen, fing es bei diesem weiter unten bereits schmerzhaft an zu brennen. Denn mit seinen WAA-Plänen hatte sich Holger mitten in die Nesseln gesetzt! "Nur über unsere Leichen!" hieß es in einer Erklärung, die der Kreisbauernverband verabschiedete. Die Bauern wollen bei Warbern keine - auch keine kleine - Wiederaufbereitungsanlage haben. Auch die Landjugend Schwalm Eder zog mit: "Stopp dem Atomprogramm" forderten sie auf ihrer Mitgliederversammlung am 24.2.80.
Da nützen auch die schönen Worte von Wirtschaftminister Karry "So eine Wiederaufbereitungsanlage ist eine ganz normale chemische Fabrik" oder von Börner "Kohlekraftwerke sind radioaktiver als Atomanlagen" nicht viel. Zuviel ist schon bekannt geworden, zu oft hat sich schon die Doppeltzüngigkeit der Politiker gezeigt.
Die Bauern sind wach geworden, wie fast überall: durch den Kampf der Kollegen an anderen Standorten - vor allem in Gorleben - und durch zunehmende Umweltskandale, die in Hessen besonders krass waren (HCH-Verseuchung durch Merck, Main-Verseuchung durch die Hoechst AG, diverse Giftdeponieskandale).

BI-Gründungen am laufenden Band!

Trotz der relativ schwierigen Ausgangssituation haben es die Bürgerinitiativen in Nordhessen geschafft, sich massiv bemerkbar zu machen. In den Gebieten, die in dem Standortsicherungsplan als mögliche Standorte genannt worden sind, wurden Flugblätter verteilt, hunderte von Hausbesuche gemacht und zu einer Serie von Veranstaltungen aufgerufen:
In Wabern kamen 300 Leute zu einem Vortrag von Helmut Hirsch (Ökoinstitut) wenig später wurde eine BI gegründet. Prof. Bossel diskutierte in Wabern mit 200 Leuten über die "Energiekrise", die keine ist.
Die BI Borken sammelte 400 Einwendungen gegen den Flächennutzungsplan der Stadt. In Melsungen, Eschwege und Frielendorf haben sich neue Bürgerinitiativen gegründet. Seit längerer Zeit gibt es eine Gruppe in Fritzlar.
In Mecklar traten nach einer Veranstaltung spontan über 100 Leute in die Bürgerinitiative ein.
Mitte Februar protestierten 846 Menschen in einer gemeinsamen ganzseitigen Anzeige in der Kasseler Tageszeitung gegen Atomanlagen und "die bewußte Irreführung der Bevölkerung durch Politiker und Industrie".



Am 8.März gab es einen Aktionstag von 16 nordhessischen Bürgerinitiativen. Sie wollten ihre "eigenen Kräfte" testen und brachten zum Teil aufsehenerregende Umzüge zustande. "Atommüllfässer" wurden über die Straßen gerollt, "Strahlenmeßtrupps" verteilten Flugblätter.
Am Abend fanden in vielen Orten Veranstaltungen und Filmvorführungen statt. Dabei richtete sich schnell das Interesse auf die Erfahrungen, die anderswo im Widerstand gesammelt wurden: WYHL, GORLEBEN, ...

Aus der Qual der Wahl (der inflationäre Umgang der Landesregierung mit Standorten) haben die Nordhessischen Bürgerinitiativen eine Tugend gemacht:
Alle Standorte, die bisher im Gespräch sind (für die Wiederaufbereitungsanlage 8), haben sich zusammengeschlossen und treffen sich regelmäßig, um ihren Widerstand gegen j e d e Wiederaufbereitungsanlage, egal wo sie hinkommt zu besprechen.
Am Samstag, dem 15.März fand in Wabern eine Regionalkonferenz statt. Sage und schreibe 250 Menschen aus 100 verschiedenen Bürgerinitiativen waren gekommen und diskutierten ihr weiteres Vorgehen. Im Vordergrund sollen zunächst regionale Aktivitäten stehen. Die Bauern wollen Mitte April eine Treckerdemonstration in Mecklar organisieren. Emsige Info-Arbeit und immer wieder Veranstaltungen werden das Schwergewicht der nächsten Wochen sein.
Was man macht, wenn die Landesregierung den endgültigen Standort benennt, darüber waren sich alle auf der Konferenz einig:
Dann gibts sofort eine bundesweite Großdemonstration und dabei wird es nicht bleiben.
Eins scheint jedenfalls sicher zu sein: Holger Börners Hintern wird noch lange brennen, jedenfalls wenn er sich weiterhin mit seinen Atomplänen ins Nordhessische setzt.

Zu wenig Kraftwerke: Jetzt Stromausfall!

RWE warnt: Nur ein Heizgerät pro Haushalt ist erlaubt

Von KARL-ULRICH KUHLO

Hamburg, 12. August

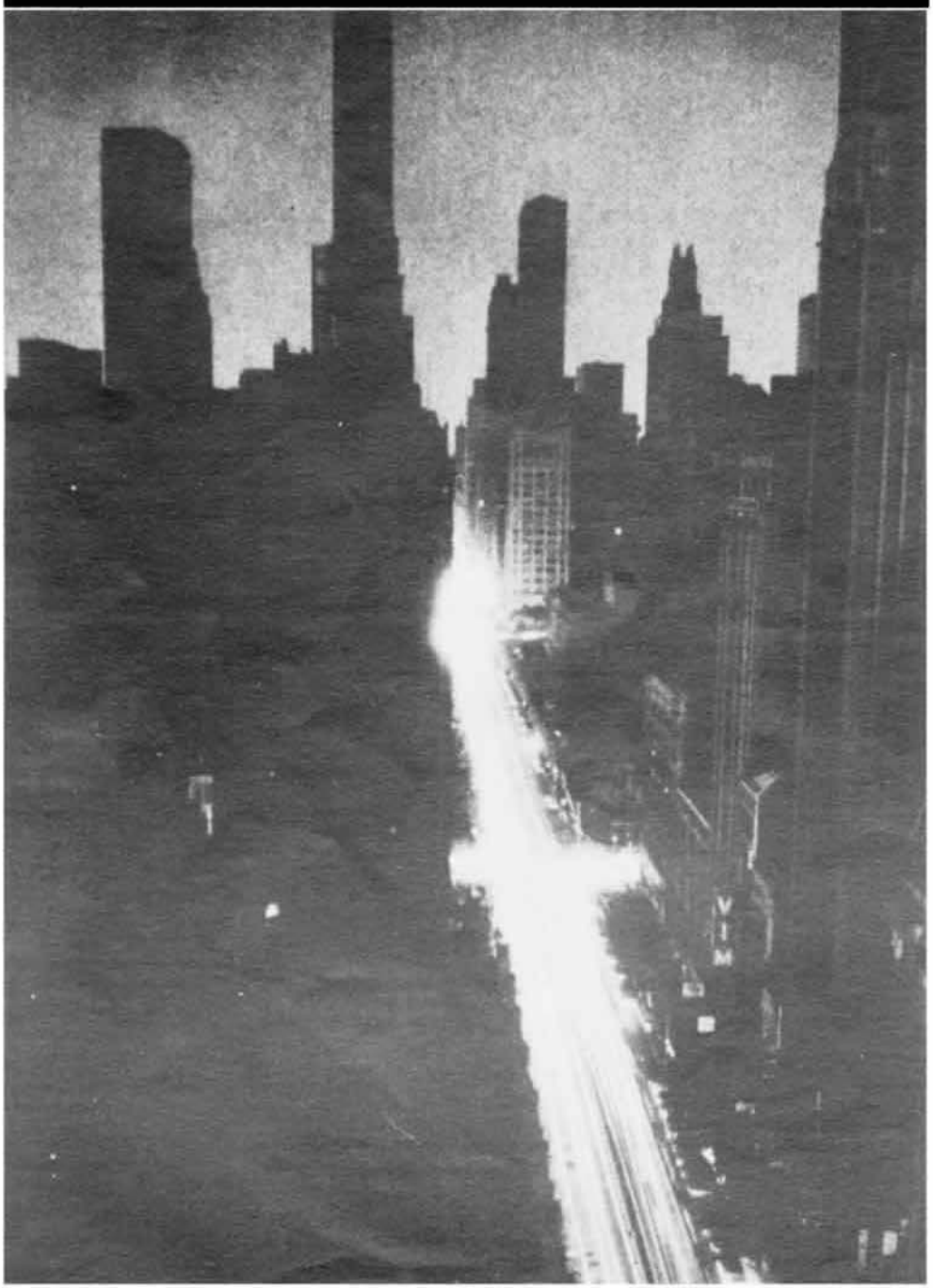
Großalarm bei den Stromerzeugern in der Bundesrepublik: Im Herbst und im Winter droht Stromausfall! Ganze Straßenzüge ohne Licht und Heiz-Energie! Grund: Der deutsche Kraftwerksbau liegt zum Teil mehr als sechs Jahre hinter der Bedarfsplanung zurück. Die alten Kraftwerke und das Leitungsnetz sind beim stark gestiegenen Stromverbrauch überlastet.

Schwergewicht der Bauverzögerungen: die Kernkraftwerke.
Vier Baustellen haben bereits eine Verzöge- [illegible] von 30 bis 40 Mona-

nur Versorgungs-, sondern auch Kostenprobleme auf, denn die Kernkraft ist die wirtschaftlichste Art der Stromerzeugung im Grundlastbereich" [illegible]

mindestens in kleineren Bereichen zu Netz-Zusammenbrüchen kommen.

Deshalb warnt Hans Lothar Brandt, Sprecher des Stromgiganten RWE: „Im Energiewirtschaftsgesetz ist festgelegt, daß pro Haushalt höchstens zwei Kilowatt zur Direktheizung eingesetzt werden dürfen. Aber ein einziges der üblichen Elektroheizöfchen hat im Schnitt bereits 1,5 Kilowatt. Wer-



Neueste Bilanz

und a

Überkapazitäten trotz Ve

Wenigstens sind die Propheten noch die alten geblieben in dieser vom Fortschritt so gebeutelten Gesellschaft! War es vor zwei Jahren noch Ministerpräsident Stoltenberg, der mit dem Gespenst von den ausgehenden Lichtern Stimmung machte, so konnte man letzten Herbst und Winter eine großangelegte Kampagne der Springer-Presse bewundern; unmöglich die Thematik zu übersehen, dafür sorgten schon die fetten in bekannter Manier aufgemachten Schlagzeilen:
"Energie – Schicksalsfrage der Nation", "Zu wenig Kraftwerke – jetzt Stromausfall", "Im Herbst und Winter Stromausfall – Ganze Straßenzüge ohne Licht und Heiz-Energie!" etc. etc.

Wie viele eifrige BILD-Leser mögen wohl immer noch auf den Black-out warten?

Aber vielleicht heißt es einfach zu viel von Deutschlands größter Boulevard-zeitung zu erwarten, daß ihre Prognosen sich auch noch bewahrheiten, obendrein zu einer Zeit, da fast die gesamte Belegschaft in Zusammenarbeit mit Mercedes-Benz und Gerling-Konzern dringend dafür benötigt wird, in Deutschlands Autofahrern endlich wieder das "Herz für Kinder" zu erwecken. Schließlich ist der Geburtenrückgang ja wirklich beängstigend und überhaupt, wo sollen denn sonst die künftigen BILD-Leser herkommen?

Da blieb denn einmal mehr für sachliche Recherchen wirklich keine Zeit. Schade, denn jetzt glauben Millionen von BILD-Lesern,

- daß "die Kernkraft die wirtschaftlichste Art der Stromerzeugung ist",
- daß ferner "ein Großteil unserer Kraftwerke noch mit teurem Öl beheizt wird" und deshalb schnell Atomkraft her muß,
- daß "die Situation dramatisch ist, weil bereits im vergangenen Winter (1978) die Kapazität der deutschen Kraftwerke bis an den Rand der vorgeschriebenen Reserven ausgereizt war". (BILD am Sonntag, 12.8.1979)

So langsam schöpft der Nicht-BILD-Leser, und diese Kategorie Mensch soll es doch tatsächlich noch geben, den Verdacht, daß da System dahinter steckt.

Dabei hätte man nur den **statistischen Jahresbericht des Referates Elektrizitätswirt-**

z der Stromerzeugung:

Von Stromlücken
nderen Märchen!

erschwendung

schaft im Bundesministerium für Wirtschaft (Titel "Die Elektrizitätswirtschaft in der BRD im jahre 1978" a) veröffentlicht in der Zeitschrift "Elektrizitätswirtschaft", Zeitung der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke – VDEW heft 23 vom 12.11.1979
b)auch jährliche Veröffentlichung als "Bundestagsdrucksache")
hernehmen müssen, um sich von den Realitäten zu überzeugen. Dies freilich ist notwendig, denn nach wie vor machen weder Bundesregierung noch die Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVUs) oder Atomkraftbetreiber in der Öffentlichkeit genaue Angaben über die derzeitigen Stromreserven und die Kraftwerksauslastung.

Um es gleich vorweg zu nehmen: die Erkenntnisse, die sich aus der Analyse der entsprechenden Daten von 1976 und 1977 ergeben hatten, sind auch heute noch uneingeschränkt gültig, obendrein spiegeln sich die verstärkten Anstrengungen der EVUs beim forcierten Eindringen in den Wärmemarkt bereits in den Daten von 1978

Gesamt - Verbrauch

Die vom Bundesministerium für Wirtschaft gegengezeichneten Zahlen der EVUs zur Stromversorgung 1978 weisen einen Gesamtverbrauch von 333 618 GWh aus. (1 GWh = 1 Gigawattstrunde = 1 Mio. Kilowattstunden)

Gegenüber 1977 bedeutet das eine Steigerung um 4,4%. (Zum Vergleich: 1976/77 lag die Steigerungsrate bei 2,3%) Wie die EVUs selbst zugeben, ist dieser gegenüber dem Vorjahr relativ große Verbrauchszuwachs entscheidend auf die kalte Witterung zurückzuführen. (BILD am Sonntag 12.8.1979)

Dies zeigt sich bereits darin, daß 1978 rund 5 GWh (= 5 Mio. KWh) mehr Strom für Elektrospeicherung von den EVUs abgesetzt wurden. Ohne diese Steigerungsrate auf dem Markt der Speicherheizung liegt der Verbrauchszuwachs 1977/78 unter 3%!

Uber die Bedeutung des Wärmemarkts für die Absatzpolitik der EVUs wird noch ausführlich zu sprechen sein.

Tabelle 1: Gesamt - Stromverbrauch 1978 nach Verbrauchergruppen

169.196	GWh	Industrie	(+3,6%)
80.694	GWh	Haushalte	(+7,3%)
32.568	GWh	Handel + Gewerbe	(+7,1%)
9.521	GWh	Verkehr	(+5,0%)
22.134	GWh	öffentl. Einrichtungen	(+6,6%)
7.135	GWh	Landwirtschaft	(+6,8%)
+ 12.370	GWh	Netzverluste	
333.618	**GWh**	**Gesamtstromverbrauch**	**(+4,4%)**
+ 22.897	GWh	Kraftwerkseigenverbrauch	
− 3.085	GWh	Einfuhrüberschuß	
353.430	**GWh**	**Bruttostromerzeugung**	**(+5,4%)**

Tabelle 1 zeigt, wie sich der gesamte Stromverbrauch in Einzelbereiche aufteilt (in Klammern jeweils die Zuwachsrate 1977/78)

Diesem **gesamten Stromverbrauch** von **333.618 GWh** steht eine **Bruttostromerzeugungsämtlicher** Kraftwerke, also der öffentlichen Kraftwerke, Industrie-Eigenanlagen und der Bundesbahnanlagen, in Höhe von **353.430 GWh** gegenüber.

Der Grund: zum einen werden Ausfuhrüberschüsse bei Einstellung des Gesamt-Stromverbrauchs nicht erfaßt und zum anderen benötigt das Kraftwerk selbst einen erheblichen Teil des von ihm erzeugten elektrischen Arbeit. Vom schlechten Wirkungsgrad bei der Umwandlung von Primärenergie in Strom (« 35%) einmal abgesehen, verbraucht das Kraftwerk zusätzlich je nach Energieträger bis zu 6% (!) der erzeugten Bruttoleistung.

Zu diesem Kraftwerkseigenverbrauch zählt die in den Neben- und Hilfsanlagen eingesetzte Energie, deren menge stark davon abhängt, welcher Energieträger benutzt wird. Am geringsten ist der Eigenverbrauch bei Wasserkraftwerken, sehr hoch bei Braunkohle- und Atomkraftwerken wobei letztere sich obendrein noch durch den schlechtesten aller Wirkungsgrade bei der Primärenergieumwandlung auszeichnen.

Der gesamte Kraftwerkseigenverbrauch beläuft sich 1978 auf 22 897 GWh; das sind 6,5% der gesamten Bruttostromerzeugung von 353 430 GWh (Pumpstromverbrauch mitgerechnet).

Damit ist allein der Eigenverbrauch der Kraftwerke weit größer als die resultierende stromerzeugung aller Wasserkraftwerke zusammen, die 1978 nur rund 18 500 GWh elektrische Arbeit lieferten!!! (Vgl. Tabelle 8).

Berücksichtigt man weiterhin, daß auch beim Transport der elektrischen Energie und dem notwendigen Umspannen weitere 3-4% Netzverluste auftreten, so kann man ermessen, was es mit der sauberen und umweltfreundlichen Energie aus der Steckdose auf sich hat. – Ein Wirkungsgrad von 30% (AKW) bis 35% (fossil beheiztes Kraftwerk) bei der Umwandlung von Primärenergie in Strom,
– 6% Kraftwerkseigenverbrauch,
4% Leitungsverluste, das entspricht beim AKW einem Wirkungsgrad von lächerlichen 27% der eingesetzten Energiemenge. Mit nahezu 73% der eingesetzten Primärenergie heizen wir unsere Umwelt auf.

Jahresmittel

Die gesamte Stromerzeugung der deutschen Kraftwerke beträgt also 353.430 GWh; das entspricht einer erbrachten Jahresdurchschnittsleistung von rund 40.300 MW. (5)
Mit dieser Leistung wurden 1978 **alle** Stromverbraucher in Industrie, Haushalt, handel, Gewerbe und Verkehr versorgt, und auch die Übertragungsverluste und der Kraftwerkseigenverbrauch sind darin enthalten.
Welche maximale Strommenge hätten die bundesdeutschen Kraftwerke demgegenüber 1978 erzeugen können?

Wie Tabelle 2 zeigt, beläuft sich 1978 die in der BRD installierte Kraftwerkskapazität auf 85.500 MW; dies entspricht der Leistung, die von den Kraftwerken im Höchstfall geliefert werden kann (die sog. Engpaßleistung).

Tabelle 2: Brutto - Engpaßleistung 1978

			Anteil	77/78
öffentliche Kraftwerke	69.200	MW	81,0%	+3,4%
Industriekraftwerke	14.900	MW	17,4%	−3,3%
Bundesbahnkraftwerke	1.400	MW	1,6%	+ 0%
insgesamt:	**85.500**	**MW**	**100,0%**	**+2,2%**

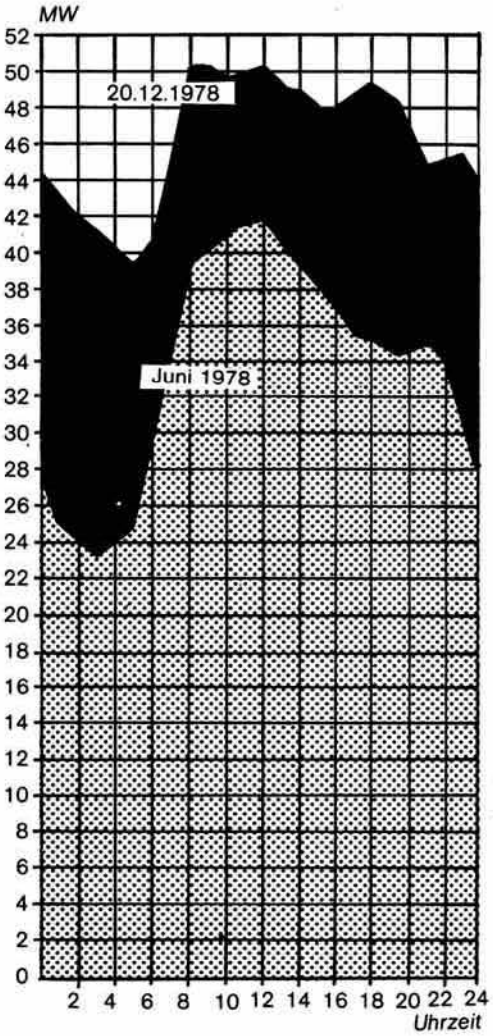
Das bedeutet: Einem Verbrauch von 40.300 MW steht eine Kapazität von 85.500 MW gegenüber; die Stromreserve von 45.200 MW ist also größer als der Stromverbrauch! Die Zahlen für den Jahresdurchschnitt weisen den sehr geringen Auslastungsgrad bundesdeutscher Kraftwerke von ungefähr 47% aus! Das heißt, **im Jahresdurchschnitt liegen mehr als die Hälfte, nämlich 53% der Kraftwerkskapazität brach !!**

Diese Betrachtungen gelten für das Jahresmittel des Stromverbrauchs, und zwar für alle bundesdeutschen Kraftwerke. Im Gegensatz dazu wird die Spitzenbelastung allein für die **öffentlichen** Kraftwerke angegeben, also ohne Bundesbahn- und Industriestrom.

Spitzenlastbetrachtung

Die Höchstlast des öffentlichen Netzes beträgt am 20. 12. 78 um 9.oo Uhr rund 50.000 MW (siehe Bild 1).

Bild 1: Netzbelastung im Sommer und Winter 1978



Dieser im Vergleich zum Vorjahr um 6,7% gestiegene Spitzenwert ist zu einem großen Teil auf die kalte Witterung zurückzuführen.
Tabelle 3 zeigt, wie diese maximal nachgefragte Menge im einzelnen gedeckt wird.

(3) 1 GWh = 1 Gigawattstunde = 1 Million Kilowattstunden (KWh)

(4) siehe (1), Seite 905, 911

(5) Diese Zahl errechnet sich wie folgt:

$$\frac{\text{Jahreserzeugung}}{\text{Anzahl d. Tage d. Jahres} \quad \text{Stunden pro Tag}} = \frac{353.430 \text{ GWh}}{365 \quad 24h} = 40.300 \text{ MW}$$

Um die Frage zu beantworten, wie groß die Auslastung der Kraftwerke zu Spitzenzeiten ist, muß man die maximal nachgefragte Leistung mit der installierten Kraftwerkskapazität vergleichen.
Wie Tabelle 2 zeigt, beträgt 1978 die Engpaßleistung der öffentlichen Kraftwerke 69.200 MW; dem öffentlichen Netz steht zur weiteren Dekkung des Gesamt-Strombedarfs eine bestimmte vertraglich gesicherte Industrieübergabeleistung zur Verfügung, die sich für 1978 auf 5.338 Mw beläuft. Macht zusammen eine max. Stromversorgungskapazität von rund 74.500 MW, die im öffentlichen Netz verfügbar ist. Am Tag der Höchstlast (20.12.78, 9.ooh) werden vom Industriestrom nur 4.500 MW beansprucht. Das bedeutet, daß einer max. nachgefragten Leistung von 50.000 MW eine installierte Leistung von 69.200 MW der öffentlichen Kraftwerke, sowie zusätzlich 5.300 MW durch Industriekraftwerke gegenüberstehen.
In der Bundesrepublik ist also im öffentlichen Netz eine Stromerzeugungskapazität von rund 74.500 MW installiert, um eine maximale Nachfrage von 50.000 MW zu befriedigen. Selbst zu Spitzenzeiten ist eine Stromreserve von 24.500 MW vorhanden; eine Stromreserve, die fast die Hälfte der maximal nachgefragten Leistung ausmacht.
Oder anders ausgedrückt: Selbst zu Spitzenzeiten bleiben 33%, also ein Drittel der Kraftwerkskapazitäten ungenutzt !!
DAmit aber nicht genug: Hinzu kommt nämlich noch, so die Feststellung des Bundeskartellamtes vom Dezember 1977 im RWE-Verfahren, eine Reserve von über 8.500 MW, die die Industrie im Laufe der nächsten Jahre liefern könnte, wenn die EVU's nur bereit wären, diesen Strom abzunehmen. Langfristig kann die Industrie nach eigenen Angaben (Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft, VIK) sogar 21.000 MW liefern (6); das entspricht einer brachliegenden Kapazität von 20 fuktionierenden (!), also mindestens 40 zu bauenden Atomkraftwerken !
Im Rahmen der derzeit erzeugten Strommenge bedeutet das: allein die Industrie könnte im Jahr 2000 bei sinnvoller Ausnutzung ihrer Wärmekapazitäten Strom in der Größenordnung von mindestens 150.000 GWh erzeugen (7); 1978 wurden von den 333.618 GWh, die den Gesamtverbrauch ausmachten, rund 283.000 GWh von den öffentlichen Kraftwerken geliefert. Allein die Industrie ist also imstande, durch Ausnutzung ihrer Kapazitäten, mehr als die Hälfte der 1978 in der BRD verbrauchten Elektrizitätsmenge zusätzlich bis zum Jahr 2000 zur Verfügung zu stellen.
Die Realität der Stromerzeugung sieht jedoch anders aus: Tatsache ist, daß der Anteil der Industriekraftwerke an der Gesamtstromerzeugung von 39% im Jahre 1960 kontinuierlich auf 18% im Jahre 1978 gesunken ist, wie Tabelle 4 ausweist.

Tabelle 3: Deckung der Jahreshöchstlast

			Anteil
öffentliche Kraftwerke (EVU's):	46.967	MW	91,2%
+ Industrieeinspeisung	4.511	MW	8,8%
– Ausfuhrüberschuß	1.281	MW	
insgesamt:	**50.197**	**MW**	

Bezeichnenderweise entsprechen die von der VIK genannten Zahlen in der Größenordnung von 150.000 GWh eben gerade dem 1960 bereits erreichten Anteil von rund 40% Industriestrom aus Eigenanlagen an der Gesamtstromerzeugung. Ein weiteres Indiz dafür, daß rund 40% Industriestromanteil an der Gesamtstromerzeugung nicht nur erstrebenswert, sondern auch realisierbar sind.
Grund für dAs seit Ende der 60iger Jahre eingetretene Mißverhältnis zwischen Stromerzeugung aus öffentlichen Kraftwerken und Industriekraftwerken ist die vom Gesetzgeber manifestierte Versorgungsstruktur auf dem Elektrizitätsmarkt. Eine Struktur, die, wie nicht zuletzt auch im Bericht der Monopolkommission (8) nachzulesen ist, durch die monopolistische Stellung der EVU's gekennzeichnet ist; eine Stellung, die den großen Versorgungsunternehmen erlaubt, durch Preisgestaltung und alleinige verfügungsgewalt über Leitungsnetze die Abnahme von überschüssigem Strom zu verweigern. Strom, der ohne zusätzlichen Primärenergieaufwand, allein durch konsequente Nutzung der industriellen Prozesswärme mittels →

Energieverschwendung: industrieller Proz dampf entweicht ungenutzt

Tabelle 4: Anteil der Industrieanlagen an der Gesamtstromerzeu gung

Jahr	1960	1962	1964	1966	1968	1970	1972	1974	1976	1978
Gesamtstromerzeugung	115.000	136.000	165.000	180.000	202.000	243.000	277.000	312.000	333.000	353.000
Industrieerzeugung	45.000	51.000	58.000	61.000	67.000	75.000	72.000	75.000	60.000	64.000
Anteil an der Gesamterzeug.	39%	38%	35%	34%	33%	31%	26%	24%	18%	18%

Kraft-Wärme-Kopplung, erzeugt werden kann, dazu einige Auszüge aus dem bereits erwähnten Bericht der Monopolkommission:

"Substitutionswettbewerb spielt bei der Elektrizitätsversorgung eine geringe Rolle, so daß die Elektrizitätswirtschaft im Kern zu den wettbewerbslosen Wirtschaftszweigen zählt .....
Die industrielle Eigenversorgung wird zur Zeit durch ineinandergreifende staatliche und private regelungen und Maßnahmen weiterreichend zurückgedrängt, als es aus Gründen der Wirtschaftlichkeit gerechtfertigt ist. Das Interesse der Verbundunternehmen an einem möglichst geschlossenen Versorgungsnetz rechtfertigt es nicht, die Möglichkeiten dezentraler und wirtschaftlicher, die Umwelt gering belastender Energieversorgung zu behindern .....
Die geltende Fach-, Preis- und Mißbrauchsaufsicht ist nicht geeignet, das Ziel einer billigen und sicheren Energieversorgung unter Ausschluß monopolistischer Mißbräuche zu gewährleisten." (8)

Berufen können sich die Monopolunternehmen dabei stets auf den Paragraphen 6 des Energiewirtschaftsgesetzes, in dem zwar jedes öffentliche Energieversorgungsunternehmen dazu verpflichtet ist, "jedermann an sein Versorgungsnetz anzuschließen und zu versorgen", aber nur dann, wenn dieser nicht selbst eine Stromerzeugungsanlage betreibt. Wenn der Kunde also selbst, z.B. durch Abfallverbrennung, durch den Betrieb einer alten Wassermühle oder durch anfallenden Prozeßdampf einen Teil seines Strombedarfs erzeugt, so kann er sich nicht auf die allgemeine Anschluß- und Versorgungspflicht berufen. Das EVU braucht ihn dann nur zu beliefern, wenn es ihm "nach Umfang und Preis wirtschaftlich zugemutet werden kann." Durch diese Klausel können die EVU's direkt auf die Wirtschaftlichkeit von Eigenanlagen Einfluß nehmen, indem sie für Zusatzstromlieferungen oder Reservevorhaltung überhöhte Preise kassieren und indem sie Überschußstrom aus Eigenanlagen - wenn überhaupt - nur zu Niedrigstpreisen abnehmen.

Nicht zuletzt durch den Druck der Bürgerinitiativen, die als einzige immer wieder diesen Mißstand angeprangert haben, ist auch das Bundeskartellamt in Berlin im Dezember 1977 in dieser Angelegenheit aktiv geworden. Im Kartellverfahren gegen den mit Abstand größten Stromerzeuger, die Rheinisch-Westfälische Elektrizitäts-AG (RWE), wegen des Verdachts der mißbräuchlichen Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung, hatte sich im Frühjahr 1978 die RWE bereit erklärt, die Auflagen des Kartellamtes zu erfüllen.
Auflagen, die nach langem Verhandeln mit der VIK im Sommer 1979 erfüllt worden sein sollen. Dabei ging es im wesentlichen um 5 Punkte:

1. Das Parallelfahrentgelt ist abzuschaffen; ein Entgeld, das die Industrie an die öffentlichen Kraftwerksbetreiber abführen mußte, um bei eventuellem - Ausfall der Industrie-Anlagen den Strombedarf des Unternehmens zu decken.
2. Gleiche Behandlung für diejenigen Abnehmer, die ihren ganzen Strombedarf aus dem öffentlichen Netz decken im Vergleich zu denjenigen, die selbst Strom erzeugen und die fehlenden Mengen zukaufen. Vollstrom- und Zusatzstrombezieher werden gleich behandelt.
3. Die Preise für das Anbieten von Reserven für den Fall, daß eine Eigenanlage ausfällt und man beim öffentlichen Versorgungsunternehmen kaufen muß, sind nicht länger tragbar, zumal die Praxis zeigt, daß die Störanfälligkeit der Industrie-Eigenanlagen relativ gering ist.
4. Die Abgabebedingungen von Stromüberschüssen industrieller Eigenversorger in das öffentliche Netz sind neu zu regeln. Die Versorgungsunternehmen verpflichten sich grundsätzlich, solche Überschüsse zu kaufen, "falls sie energiepolitisch sinnvoll erzeugt worden sind." Der Preis richtet sich nach der "Qualität" des Stromes, die bestimmt wird durch die Sicherheit der Lieferungen und durch ihre zeitliche Verfügbarkeit. Die Vergütungen sollen danach bemessen werden, als ob das EVU den Strom selbst hätte erzeugen müssen.
5. Eine Durchleitung von Industriestrom durch ein fremdes Netz muß grundsätzlich möglich sein, wobei für die Durchleitung ein Satz vergütet werden muß, der sich nach den Kosten richtet, die beim Bau einer eigenen Leitung entstünden.

In ihrer Stellungnahme zum "Streit um den Industriestrom" zieht die Süddeutsche Zeitung vom 6.7.79 folgenden Schluß:
"Die neue Vereinbarung zwischen der Industrie und der Versorgungswirtschaft sieht vor, daß sich die Parteien grundsätzlich verständigen müssen. Es scheint aber, als ob auf Seiten der großen Versorgungsunternehmen noch nicht alle Bedenken ausgeräumt sind. Auf der anderen Seite steht eine Drohung aus dem politischen Lager, die Netze der Versorgungsunternehmen zu verstaatlichen, was auf eine Verstaatlichung der gesamten deutschen Elektrizitätswirtschaft hinauslaufen würde." (9)
Ob diese getroffenen Vereinbarungen zwischen den EVU's und der VIK tatsächlich den von uns erhofften Erfolg bringen oder sich als bloße Augenwischerei entpuppen, muß abgewartet werden. Skepsis ist auf jeden Fall angebracht. Erst recht, wenn man sich die Zahlen über die Stromerzeugungskapazitäten und die Einspeisung der Industrie-Eigenanlagen im Jahresbericht 1978 anschaut. Wie in den Jahren zuvor taucht stets der Satz auf: *"Ein Netto-Zuwachs war ausschließlich im Bereich der öffentlichen Kraftwerke zu verzeichnen, während bei den Industriekraftwerken ein Abbau von Anlagen kleiner Leistung vorgenommen wurde."*
So auch 1978, wo einem Zuwachs der öffentlichen Kraftwerke um 3,5% ein Abbau der Industriekraftwerke um 3,4% entgegensteht!

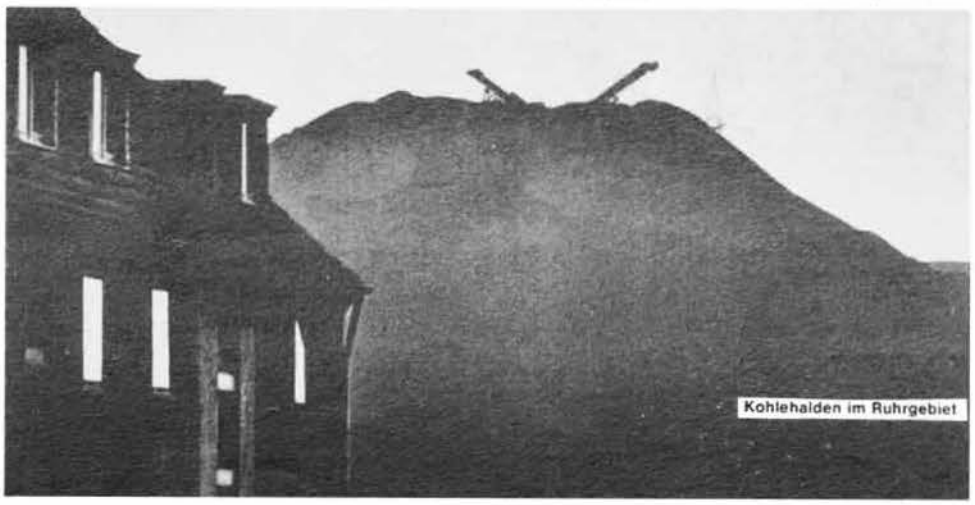
Fest steht ferner: Der Paragraph 6 des Energiewirtschaftsgesetzes ist durch die Verhandlungen zwischen EVU und VIK nicht vom Tisch! Und das ist, wie später noch ausführlich gezeigt wird, ein leider entscheidendes Hemmnis für dezentrale Energieversorgungskonzepte (z.B. die dezentrale Kraft-Wärme-Heizung) !

Fazit der Spitzenlastbetrachtung

Einer Kapazität von rund 74.500 MW im öffentlichen Netz stehen rund 50.000 MW max. nachgefragter Leistung gegenüber. Das entspricht einer Reserve von 24.500 MW, also einer **Stromreserve von rund 50% gemessen am Spitzenbedarf !**
Berücksichtigt man ferner die im RWE-Verfahren vor dem Bundeskartellamt festgestellten 8.000 MW Industriekapazität, die in nächster Zeit ins öffentliche Netz eingespeist werden könnten, so ergibt sich **selbst zu Spitzenzeiten eine Stromreserve von 66% !**

Wie diese Reserven einzuschätzen sind, wird erst richtig deutlich, wenn man berücksichtigt, daß die Bundesrepublik mit ihrem gut ausgebauten Leitungsnetz Mitglied im europäischen Stromverbundsystem ist und von daher eventuelle Stromausfälle hier jederzeit durch Lieferungen aus dem Ausland überbrückt werden können. Durch vielseitige Verflechtungen und gegenseitige Abkommen der Monopolunternehmen zur Stromerzeugung vollzieht sich heute unter dem Dachverband der "Union für die Koordinierung der Erzeugung und des Transports elektrischer Energie (UCPTE)" ein ungehinderter Stromaustausch vom Norden Dänemarks bis zum Süden Italiens, von der Westküste Frankreichs und Portugals bis zur Ostgrenze Österreichs und von dort weiter nach Jugoslawien, Ungarn und die Tschechoslowakei. Unterwasserkabel stellen Verbindungen nach Skandinavien und England her. Dieser Stromaustausch wird durchgeführt im Rahmen lang- und kurzfristiger Verträge, die den Monopolen eine bessere Optimierung der Einsatzkosten und damit mehr Profit bringen. Nicht zuletzt stammt ein Teil des Stromaustauschs aus Beteiligungskraftwerken in Ausland. Auch wenn man die Betrachtung auf das Bundesgebiet beschränkt, haben Ausfälle einzelner Kraftwerke aufgrund des ausgezeichneten Verbundsystems so gut wie keine Auswirkungen. Bereits unser Netzverbund bietet die Möglichkeit, einen Ausgleich in der Bedarfsdeckung zwischen Gebieten mit Energieüberschuß und Gebieten mit Energiemangel herbeizuführen.
So ist in einem Fachbeitrag zur Elektrizitätsversorgung von Dr. Rudolf Heneck (Preußische Elektrizitäts-AG, Hannover) zu lesen:

"In einem großen Verbundnetz kann die notwendige Reserveleistung verhältnismäßig klein gehalten werden. Man steht heute auf dem Standpunkt, daß in einem Verbundnetz von der Größe des zusammengeschlossenen westdeutschen Versorgungsgebietes eine Leistungsreserve


Kohlehalden im Ruhrgebiet

von 8% ausreichend ist. Die Aushilfe in Störungsfällen, d.h. die Mobilisierung vorhandener Kraftwerksreserven und ihr Einsatz an jeder Stelle des Verbundnetzes ist ein weitere Vorteil dieses Zusammenschlusses. Hier zeigt sich deutlich, daß die erwähnte 8%ige Reserve ausreichend ist, denn es ist unwahrscheinlich, daß diese Leistung plötzlich total durch Schaden auf längere Zeit ausfallen würde." (10)

Wie bereits die Statistik für das Jahr 1977, so zeichnet sich auch der Bericht über die Bilanz der Stromerzeugung 1978 durch äußerst spärliche Angaben zur Nichtverfügbarkeit von Kraftwerksleistung aus. Angesichts der anderen zum großen Teil mehr als nötig ins Detail gehenden Angaben, drängt sich der Verdacht auf, daß den EVU's exakte Angaben in punkto ausgefallener Kraftwerksleistung nur äußerst unangenehm sind. Viel einfacher ist es doch, nur festzustellen, daß von der 1978 im öffentlichen Netz installierten Kraftwerksengpaßleistung von 69.200 MW am Tag der Jahreshöchstleistung nur 87% zur Verfügung standen.
Die Verfasser des Jahresberichts liefern an dieser Stelle folgende Tabelle (Tabelle 5):

der Wartungen tatsächlich am Tag der Spitzenlastmessung notwendig waren, welche Zeit sie in Anspruch nahmen und ob überhaupt der Versuch gemacht wurde, die Reparatur- und Wartungsarbeiten in die Niedriglastzeiten zu legen.

---

(6) Schätzung des Verbandes der industriellen Kraftwirtschaft (VIK), vgl. Spiegel Nr. 12 und 14, 1977

(7) Diese Größe errechnet sich wie folgt:

$$\frac{\text{Leistung} \times \text{Zeit} \times \text{Arbeit}}{21.000\ \text{MW} \times 8.760\ \text{Std.} \times 184.000\ \text{GWh}}$$

abzügl. 20% Nichtverfügbarkeit: 34.000 GWh

ca. 150.000 GWh

(8) 1. Zweijahresgutachten der Monopolkommission, zitiert aus der Kurzfassung zur Unterrichtung des Deutschen Bundestages, Bundestagsdrucksache 8/702 (8.Wahlperiode), Seite 28

(9) Süddeutsche Zeitung Nr.153, 6.7.1979, S. 25

(10) "Die Elektrizitätswirtschaft in der BRD", Institut für Bilanzanalysen, Frankfurt/M., 1975

Tabelle 5: Verfügbare Leistung am Tage der Jahreshöchstlast

Energieträger	Brutto-Engpaß-Leistung(MW)	verfügbare Leistung in MW	Jahreshöchstlast zeitgleich in MW
Wasser:			
Laufwasser	2.302	1.454	1.454
Speicher	3.615	2.989	1.259
Wärme:			
Kernkraft	8.517	5.451	5.439
Braunkohle	13.284	12.270	12.490
Steinkohle	19.216	17.744	15.403
Öl, Gas etc	22.266	20.196	14.671
insgesamt:	**69.200** (100%)	**60.104** (87%)	**50.716** (73%)

Dabei kann es nicht mehr überraschen, daß die Atomenergie die mit Abstand sowohl absolut als auch relativ größten Ausfälle zu verzeichnen hat. Überraschend ist allerdings die Tatsache, daß, obwohl laut Angaben der EVU's zur Zeit der Spitzenlast nur 12.270 MW Braunkohle-Kraftwerkskapazität zur Verfügung gestanden haben sollen, diese Kraftwerke dennoch 12.490 MW Leistung bereithielten, also mehr Leistung abgeben konnten, als sie überhaupt nach EVU-Angaben zu liefern imstande waren! Dieser Widerspruch ist, soll er keine Revolution in Sachen Physik auslösen, nur dadurch zu erklären, daß die Angaben der EVU's bezüglich der Ausfallkapazitäten schlichtweg nicht stimmen, mithin manipuliert sind! Erhärtet wird diese Feststellung dadurch, daß man zum einen keine genauen Angaben über Kraftwerksausfälle macht, und da zum anderen die Möglichkeit eines Druckfehlers ausscheidet, da die Summenbildung in der Tabelle exakt stimmt.
Sieht man von dieser Manipulation einmal ab, so bleibt auch offen, ob alle Reparaturen und/o-

VORANKÜNDIGUNG

Dieser Artikel zur Lage der Stromversorgung wird im nächsten Atom Express fortgesetzt werden.
Es wird dann um die eigentlich interessanteste Frage gehen, nämlich welche Rolle die ATOMKRAFTWERKE bei der Stromerzeugung spielen.
Es wird die These der Betreiber widerlegt, Atomkraftwerke seien besonders für den 'Grundlastbereich geeignet etc.
Weitere Aspekte:
Warum legen EVU's Widerspruch gegen von ihnen selbst beantragte Kohlekraftwerke ein ?
Energieeinspar ungen durch Kraft-Wärme-Kopplung . . . . . .

die Tageszeitung

taz - journal no. 1

Ökologie

Am 17. April erscheint die Tageszeitung seit einem Jahr. Grund genug, uns und unseren Lesern ein kleines Geschenk zu machen: das erste taz - Journal mit dem Thema Ökologie.
Auf 192 Seiten die wichtigsten Ereignisse und Diskussionen aus der Ökologie und Anti-Atom-Bewegung seit März 1979; wichtige Artikel aus der taz und neue Beiträge - von bekannten Autoren und anonymen Leserbriefschreibern.
Rund 300 Fotos und Abbildungen. Für ganze 9 Mark und 80 Pfennig gibt es das taz - journal ab dem 17. April.

Wo gibt's das taz - journal?

1. Am Kiosk: in Hamburg, Hannover, Berlin, Braunschweig, Göttingen. In vielen anderen Städten in den Bahnhofsbuchhandlungen.

2. In allen guten Buchläden
zu bestellen unter Prolit, Nr. 301 81

3. Direkt bei der Tageszeitung bestellen. Das funktioniert folgendermaßen: DM 10, 60 (Preis und 80 Pfennig Porto) auf das Postscheckkonto des Verlages „die Tageszeitung GmbH Frankfurt" einzahlen. PschA ffm, Nr. 100490-603. Die Lieferadresse, also eure Anschrift, auf dem Empfängerabschnitt nicht vergessen.

☐ 1-Wochen Probeabo
(5,-DM Schein/Scheckbeiliegend)

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

absenden an:

die Tageszeitung
Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65
Abt.: Probeabo

die **taz** ist unentbehrlich..

Bürgerkrieg in Bretagne

In Plogoff/Bretagne wehrt sich die Bevölkerung unerbittlich gegen die Pläne der französischen Regierung dort 4 AKW zu bauen. Am 15. März sind sowohl die öffentliche Auslegung der Pläne zum Bau des ersten AKWs wie auch eine polizeiliche Besetzung von 40 Tagen zuende gegangen. Im Verlauf von 2 Monaten haben sich Mentalität und Leben in Plogoff verändert.

Plogoff ist eine kleine Kommune von 2500 Einwohnern, am Ende der Welt, am westlichsten Punkt Europas. Ein Dorf, wo die bretonische Sprache nicht durch die Jahre der französischen Besetzung verschwunden ist. Ein Volk von Fischern, von kleinen Landwirten, ein Ort, wo die Frauen das tägliche Leben in die Hand genommen haben, weil die Männer auf See sind. An diesem Ort, so entschied das EDF 1976 (französischer Elektrizitätsmonopolist), soll ein AKW von 5200 MW entstehen. (Genauer gesagt ein Komplex von 4 AKWs). Die fantastische Seelage würde die Anlage perfekt kühlen. Eine Stelle, die weit genug ist, um, im Falle eines Falles, die Aufgaben der Wiederaufbereitungsfabrik in La Hague zu übernehmen, deren Kapazitäten 1981 erschöpft sein werden.

Damit den gesetzlichen Vorschriften auch genüge getan wird, muß das EDF die Bevölkerung konsultieren. Eine sogenannte demokratische Prozedur, jedoch völlig unnutz und scheinheilig. Was den Bau von AKW anbetrifft, so hat die Bevölkerung bislang immer mit "Nein" geantwortet. Die Anlagen wurden trotzdem gebaut. In Plogoff beschlossen deshalb die Bewohner, die Prozedur zu boykottieren. Die Auslegung der Pläne begann am 31. Januar mit heftigen Auseinandersetzungen zwischen "gendarmes mobiles", mobilen Einheiten, die der Armee angehören, und der Bevölkerung, die in der Nacht zuvor Barrikaden auf den Straßen gebaut und den Ordnungskräften eine Schlacht geliefert hatte.

Weil der Bürgermeister es abgelehnt hatte, das eigentliche Bürgermeisteramt zu öffnen, zielte das Militärmanöver darauf ab, morgens kleine Lieferwagen, "Zusatz-Bürgermeisterei" getauft, ins Dorf zu bringen und dort bis um genau 17 Uhr zu halten. Das Manöver der Bevölkerung bestand nun darin, den ganzen Tag die Soldaten mit Beleidigungen und Beschimpfungen einzudecken, und dann, wenn der Konvoi um 17 Uhr wieder abfuhr, Steine, Farbe, Kugeln und Abfall gegen die Militärs zu schleudern. Eineinhalb Monate lang ist keine Woche vergangen, ohne daß es nicht zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen wäre. Etwa 15 Bewohner wurden verhaftet und befinden sich im Augenblick im Gefängnis, was die Leute noch wütender gemacht hat. In der Woche vom 10. bis zum 14. März fanden sich jeden Abend zwischen 1000 und 3000 Personen aus allen Ecken der Bretagne ein. Ab 16 Uhr stellten sie sich den Polizisten entgegen. Und am Freitag, nach einer "Abschiedszeremonie" auf bretonisch, ist es wieder zu Kämpfen gekommen. Gewalttätigen. Den letzten dieser Episode.

Diese Revolte der Leute von Plogoff gegen ein AKW hat Formen angenommen, an die die AKW-Gegner in Frankreich beileibe nicht gewöhnt waren. Außer in Malville, das eine Ausnahme von der gewöhnlich gewaltfreien Taktik der Bewegung war, hat sich die Bevölkerung noch nie so lange und noch nie so brutal der Polizei entgegengestellt. In der französischen Ökologie-Bewegung gibt es im Augenblick viele, die sich fragen, ob Plogoff nicht ein

Seit Malville 1977 hat es in Frankreich keine direkten Auseinandersetzungen mit der Polizei gegeben.

Chronik des Widerstandes

Juni 1976:
Wir werden informiert, daß die "Electricité de France" kommen will, um in unserer Kommune Plogoff Bohrungen zur Errichtung eines nuclearen Zentrums durchzuführen. Es folgen:
- *Versammlungen, wo wir nach langen Überlegungen das AKW ablehnen*
- *Gründung eines Widerstandskomitees "Comité de Défense Antinucléaire*
- *Entscheidung der Bevölkerung, die Straßen, die zu dem vorgesehenen Gelände führen, zu verbarrikadieren – Die Barrikaden werden 3 Tage und 3 Nächte gehalten und bewacht – Die öffentliche Gewalt hat versucht durchzukommen, mußte aber aufgeben.*

Danach hören wir 2 Jahre nichts mehr.

23. September 1978:
Große Kundgebung gegen das geplante Atomzentrum in Brest (23.000-25.000 Menschen). Trotz dieser Kundgebung stimmt der Regionalrat des Bretagne dem Zentrum zu. Inzwischen beschließen wir, den Platz zu besetzen, ihn unter uns aufzuteilen und zu verpachten. Demonstration auf dem Platz mit 7000-10 000 Menschen.

November 1978:
Weitere Kundgebung von 15.000 Menschen mit provokativer Anwesenheit von Polizei. Trotzdem stimmt der Generalrat unseres Departements dem Zentrum zu.

1979:
Studenten der Ökologie beweisen, daß das Gelände nicht geeignet ist. L'ectricité de France fährt trotzdem in ihren Planungen fort und schlägt uns eine Untersuchung der Nützlichkeit für Anfang des Jahres 1980 vor. Wir beschließen mit dem Bürgermeister diese Untersuchung abzulehnen. Wir bauen überall Barrikaden auf, um alle Fahrzeuge, die auf unser Gelände wollen, daran zu hindern.

Juni 1979:
Demonstration von 20.000 Menschen auf dem Platz.

Juli 1979:
Wir beschließen, das vorgesehene Gelände zur Schafzucht zu verwenden.

August 1979:
Wir bauen auf dem vorgesehen Gelände ein Gebäude als Stall für 120 Schafe. Das Gelände ist damit endgültig besetzt.

wenig das Ende sei von der Utopie des gewaltfreien kampfes. Aber Plogoff ist nicht irgendein Ort auf der Karte: Hier ist man zuerst Bretone und dann AKW-Gegner. Das zählt bei der Wut. *"Wir besetzen unseren Boden und stellen uns den Eindringlingen entgegen. Wir sind Bretonen, hier bei uns. Früher schämte ich mich Bretone zu sein, in der Schule machte man sich über uns lächerlich. Jetzt bin ich stolz darauf. Die Franzosen sind Feiglingen, wir wollen hier bleiben und unser Leben leben, wie immer."* Diese Frau ist Präsidentin des Verteidigungskomitees. In Abwesenheit der Männer, die zur See fahren, haben die Frauen in Plogoff den Kampf geführt. Das heißt nicht nur bei den permanenten Beleidigungen der Bullen, sondern auch beim Steine-schleudern während der Schlägereien.

Während eineinhalb Monaten haben sich die Polizeikräfte ständig verstärkt. Waren sie am Anfang noch 500, waren sie schon über 1000 in dem Augenblick, als die Fallschirmspringer zur Verstärkung kamen. Eines Abend, nach besonders heftigen Kämpfen, die mehrere Verletzte gefordert hatten, weinte eine Frau: *"Es ist schlimmer, wie während des Krieges. Selbst die Deutschen haben uns nicht so überfallen"*. Der Krieg... er ist erstaunlich gegenwärtig bei denjenigen, die über 45 sind. Die Bretonen hatten sich auf der Seite des General de Gaulle für das freie Frankreich geschlagen. Und bis heute haben sie, so meinen sie, immer "korrekt" gewählt, das heißt für die Rechte und für die Kirche, nach bretonischer Tradition. Und dann plötzlich diese Invasion eines Pariser Staates, der ihnen die Armee schickt... sie verstehen die Welt nicht mehr. Viele lehnen es im übrigen völlig ab, den Bezug zwischen der politischen Macht und dem, was ihnen heute passiert, herzustellen. Aber es ist wahr, daß die "Große Politik" sie nicht interessiert. Von den politischen Parteien ist sowieso nicht viel Unterstützung zu erwarten. Die Kommunisten sind für Atomkraft, die Sozialisten so schwammig, jedenfalls nicht sehr heftig, dagegen. Was die Ökologie-Organisationen anbetrifft, so hat sich diese auf das Wahlspiel eingelassen und ihre Aktionen gegen die Atomkraft beschränken sich auf eine nationale Petition. Was kann man von ihnen unter diesen Umständen erwarten?

"Non au nucleaire!" Bei der Besetzung des Geländes wird ein Schafstall gebaut – August 1979

Andererseits trifft sich das gut, denn in Plogoff war man auswärtiger Hilfe gegenüber schon immer sehr zurückhaltend. Die Leute haben sich auf dem Fakt zurückgezogen, daß sie allein zurechtkommen wollen. Doch nach und nach sind während der 40 Tage andere Demonstranten hinzugekommen um an ihrer Seite zu kämpfen. Vor allen Dingen junge Leute, die "gegen die Bullen Hand anlegen wollten". Bei der Kontrolle über den Kampf selbst, hat Plogoff jedoch nie eine auswärtige Intervention akzeptiert. Auch kein politisches Kommando. sicherlich ist die Opposition zu Beginn nicht sehr klar gewesen. Sie wollten kein AKW ... vor allem nicht bei sich zu Hause. Sie waren gegen Atomkraft, weil diese vor ihrer Tür war. Aber nach und nach haben sich die Informationen einen Weg gebahnt, man hat sich informiert und verstanden, was Atomkraft bedeutet, auch auf dem Niveau eines sich immer mehr verstärkenden Polizeistaates. Im Augenblick ist die Parole: "kein AKW in Plogoff und auch nicht anderswo!" Für die Soldaten sind Schwierigkeiten die Regel: *"Man will sie nicht in Plogoff, sie sollen nur die Strände von der Ölpest reinigen, wie es auch schon andere Militärs tun. Freitag, im Steinhagel, mußten die Bullen abziehen unter den Schreien: Rein ins Heizöl!"*

Im Augenblick sind hier keine Militärs mehr, zumindest vorläufig. Eine Dame von etwa 50 Jahren, die 10 Minuten vorher voller Wut noch Steine geworfen hatte, meinte mit einer kleinen Enttäuschung: *"Dann werden wir halt wieder fernsehen"*.Außer dem Fernsehen hat Plogoff sicherlich noch Aktionsperspektiven. Man wartet gespannt auf den Beginn der Arbeiten und dieser dürfte nicht auf sich warten lassen. In diesen Tagen hatte jedoch noch niemand so richtig Lust, mehr darüber zu sagen. Seit Anfang Februar haben sie zuviele Journalisten gesehen. Man muß die von der Besetzung Traumatisierten genesen lassen, das Leben wieder seinen gewohnten Gang gehen lassen. Das Dorf und die Region sind auf jeden Fall verändert aus diesen Ereignissen hervorgegangen. Ihre Aufmerksamkeit wird nicht nachlassen und Plogoff wird sicherlich der Leuchtturm des aktiven Anti-AKW-Kampfes in Frankreich bleiben.

Hélène Crié (taz)

Vorsicht Falle:

Bauernfänger unterwegs

oder was für Bürger hinter „Bürger für Energie" stecken!

Eines Dienstags, Anfang März: Ort: Göttingen; Zeit: etwa 10 Uhr. Das Telefon klingelt schrill. M., die in der Innenstadt wohnt, ruft an. Aufgeregte Stimme:„Da sind welche auf dem Markt!" - „Wer ist auf dem Markt? Was ist passiert?" - „Da sind welche auf dem Markt, Atomenergiebefürworter, mit Auto, Fernsehern, Lautsprechern, Infostand usw."
Gibts doch nicht, völlig unmöglich. Das kann nicht sein. Seit drei Jahren machen wir Büchertisch auf dem Markt, aber Befürworter, nein, das muß ein Irrtum sein. Das trauen die sich nicht. So eine Frechheit! Und dann noch Werktags morgens um 10 Uhr! - „Trotzdem es sind welche, nennen sich 'Bürger für Energie', ihr wißt es jetzt jedenfalls. Also macht mal was,tschüs, ich hab leider keine Zeit!"
Was tun? Wilde Rumtelefonierer ei: Wer hat ein paar Minuten Zeit oder gar Stunden. Dann rein ins Büro, Büchertisch einladen, Stelltafeln dazu und zum Marktplatz gebrummt. Und da standen die Bürger für Energie, mißtrauisch beguckt von den wenigen vorbeihetzenden Menschen, die zu dieser Zeit auf dem Markt waren.
Wir bauten uns in sicherer Entfernung, an der Stelle wo wir immer sind, auf. Kritische Blicke wurden zu uns rübergeworfen: Was mag nun kommen? Wir kamen, schnurstracks auf die Energiebürger zu, um sie ins Kreuzverhör zu nehmen. Und so wurde es mal endlich wieder spannend: Heiße Diskussion, Leute blieben stehen, Diskussionstrauben: Wo kommt ihr her? Wer bezahlt euch? Wer bezahlt eure ganzen Hochglanzbroschüren? Leuteverdummer, seid ihr!
Die beiden (Kollegen ist ja wohl der falsche Ausdruck!) hinter dem Bürgerbüchertisch entpuppten sich dann als einfache Angestellte des Aktionskreises Energie(zu dem sich Betreiber und Atomlobby zusammengefunden haben), die die Order hatten, mit ihrem Info-Bus durch die Lande zu fahren(drei Busse soll es davon insgesamt geben!).
Leicht hatten sie es nicht. In Kassel, meinten sie, wär es ruhiger gewesen. Der eine mit 'nem niedlichen Schnäuzer meinte sogar,er wär ja früher, in der APO-Zeit, auch auf die Straße gegangen. Als er dann so richtig „rund" gemacht wurde,teils auch von „echten" Bürgern, brach er fast völlig zusammen: „Ja meint ihr denn, mir macht das Spaß, diesen Mist hier zu vertreten (gemeint waren die Werbebroschüren der Atomlobby auf dem Infotisch). Ich würd' auch lieber hinter'm Büchertisch stehen. Das könnt ihr mir glauben!" Job ist nun mal Job, und an seine Familie müßte er ja auch denken, war seine Begründung für sein Tun im Auftrag der Atomindustrie.
Kurz darauf wurde programmgemäß der kleine Generator angeschmissen, der sich verantwortlich für die Stromversorgung der vier Fernsehapparate zeichnete, und eine Stromausfall-Horror-Vision flimmerte über die Mattscheibe: Fahrstühle blieben stehen, in Operationssälen gingen die Lichter aus usw.. Ein Lautsprecher auf dem VW-Bus verschaffte sich entsprechendes Gehör. Doch die Volksmassen blieben aus, was wohl nicht zuletzt am miesepetrigen Wetter lag. So strichen dann die "Bürger für Energie" die Segel, schon um 13Uhr, obwohl ihre Schicht eigentlich bis 16Uhr gegangen wäre.
Vor der Abfahrt zum nächsten Agitationsort Paderborn versorgten sie sich mit Material über Alternativenergien, damit "man auch mal was Vernünftiges zu lesen hat". Wie wahr !!

Bundeskonferenz/Brokdorf-Diskussion.....

Zur Vorgeschichte

Anläßlich des verlorenen Brokdorf-Prozesses vor dem Verwaltungsgericht Schleswig fand am 23.2. eine offene Landeskonferenz der Bürgerinitiativen, vor allem aus dem schleswig-holsteinisch-hamburgischen Raum statt. Die Konferenz war mit ca. 300 Teilnehmern aus 55 verschiedenen Gruppen außerordentlich gut besucht. Sie zeigte das starke Interesse an einer Diskussion über gemeinsame Aktionen gegen die Aufhebung des Baustopps in Brokdorf. Auf dem Treffen schälten sich im wesentlichen zwei verschiedene Positionen zum weiteren Vorgehen heraus:

1. Die Planung einer Aktionswoche noch in diesem Frühjahr in Brokdorf mit einer Großaktion am Wochenende, in deren Verlauf versucht werden soll, den Zaun zu demontieren, um dieses Symbol des Willens der Betreiber, den Bau mit Gewalt durchzusetzen, zu beseitigen.
2. Eine direkte Aktion gegen den Bauplatz mit einer Großdemonstration erst dann durchzuführen, wenn die Landesregierung und die Betreiber konkrete Schritte zum Weiterbau unternehmen.

Die unterschiedlichen Begründungen für diese beiden Vorschläge ähneln ein wenig der Diskussion um die Demonstration am 19.2.77 in Brokdorf und Itzehoe. Die Befürworter einer Demo am Bauzaun, vor dem konkreten Weiterbau argumentieren,

- daß wir rechtzeitig, also vor Weiterbau, unseren Widerstand und unsere Entschlossenheit ausdrücken müssen und nur so auf den eigentlichen Entscheidungsprozeß, ob und wann die Bauarbeiten wieder aufgenommen werden, einwirken können.
- daß der Baustopp faktisch aufgehoben ist durch das Urteil und daß sich die Betreiber nur den für sie günstigsten Termin aussuchen wollen. Das heißt also, daß sie uns damit auch den Termin für unseren Protest diktieren können.
- daß, so lange der Bauzaun noch steht, und die NWK das Gelände besetzt hält, die Landesregierung und die Betreiber das wichtigste Faustpfand in ihrer Hand halten, den Bauplatz und seinen Schutz, den Zaun. Deshalb muß der Bauzaun demontiert und Platz wieder zur Wiese werden, je früher desto besser.

Diese Position wird vor allem von vielen Norddeutschen Gruppen aus den Städten vertreten. Ein Teil der örtlichen Gruppen meint dagegen, daß für eine Aktion am Bauplatz vor Baubeginn die wesentlichste Voraussetzung fehlt, nämlich die spontane Empörung und Wut gegen eine konkrete, praktische Wiederaufnahme der Bauarbeiten auf dem Platz. Darüberhinaus müßte man auf die veränderten Bedingungen eingehen, daß nämlich zur Zeit die Situation nicht so ist, wie im Herbst 76 oder Frühjahr 77.

Trotz dieser inhaltlich unterschiedlichen Position waren sich alle anwesenden auf der Landeskonferenz einig, daß nur eine Bundeskonferenz über diese Frage eine Entscheidung fällen kann. Diese Bundeskonferenz sollte in alter Brokdorf-Tradition möglichst vor Ort stattfinden, mit dem Schwerpunktthema: Aktionen gegen den Weiterbau des Atomkraftwerkes Brokdorf!

Der Arbeitskreis Brokdorf und BUU Brunsbüttel sollten eine solche Bundeskonferenz für den 29/30. März nach Brunsbüttel einberufen.

Seit dem fanden zwei weitere Vorbereitungstreffen statt. Am 9.3. in Itzehoe wurde eine gemeinsame Einladung beschlossen, über eine Tagesordnung diskutiert und die BUU Brunsbüttel beauftragt, die Mehrzweckhalle in Brunsbüttel für den 29/30.3. anzumieten. Zur Tagesordnung gab es drei verschiedene Vorschläge, die sich im wesentlichen dadurch unterscheiden, wieviel Raum anderen Themen als Brokdorf eingeräumt wird und ob man eine gemeinsame Platzbesichtigung unternehmen sollte. Über die endgültige Tagesordnung sollte dann, wie sollte es auch anders sein, die Bundeskonferenz selbst bestimmen. Alle drei Tagesordnungsvorschläge wurden mit der Einladung verschickt.

Auf einem weiteren Vorbereitungstreffen am 18.3. ebenfalls in Itzehoe wurde zunächst über technische Fragen gesprochen (Finanzierung der Saalmiete, Schlafplätze usw.). Von den Vertretern des Arbeitskreises Brokdorf und der BUU Brunsbüttel wurde erklärt, daß sie sich nicht in der Lage sehen, die Konferenz zum vorgesehenen Zeitpunkt zu organisieren und deshalb für eine Verschiebung um drei Wochen auf den 19./20. April eintreten. Begründet wurde dies unter anderem mit der geringen Resonanz auf die Einladung (erst 55 Anmeldungen). Auf der anderen Seite waren beim AK Politische Ökologie Hamburg, der die Koordinierung übernommen hatte, über 20 Stellungnahmen von Bürgerinitiativen eingegangen, so wie eine Vielzahl mündlicher Anmeldungen. Ein Vertreter der BUU Hamburg berichtete zu dem, daß ein Vertreter des AK-Brokdorf bereits einen Tag vor dem Vorbereitungstreffen auf einer Veranstaltung in Hamburg gesagt habe, daß sie die Konferenz boykottieren würden, wenn sie nicht verschoben wird.

Vor der BUU Brunsbüttel wurde noch hinzugefügt, die Bundeskonferenz am 29./30. März würde keine echte Bundeskonferenz sein, weil dort ohnehin nur diejenigen hinkommen würden, die zu Brokdorf was machen wollen. Außerdem seien inhaltliche Stellungnahmen z.B. aus Bochum und Osnabrück eingegangen, die zeigen würden, daß die Diskussion über eine Aktion in Brokdorf erst in den Anfängen steckt und ein Teil der Bürgerinitiativen sogar gegen eine Konzentration auf Brokdorf sei.

Die Mehrheit der Anwesenden wollte dieser Argumentation nicht folgen. Daraufhin zog der Vertreter aus Brunsbüttel die Konsequenz und weigerte sich Räume für den 29./30. März in Brunsbüttel anzumieten. Somit war klar, daß die Bundeskonferenz nicht wie geplant stattfinden konnte. Unter diesem Druck stimmten dann auch die anderen Bürgerinitiativen einer Verlegung der Konferenz auf den 19./20.4. zu. (Den Bericht über die beiden Vorbereitungstreffen und die Verschiebung der Konferenz haben wir aus drei verschiedenen Protokollen aus Bremen, Hamburg und Brunsbüttel zusammengestellt. Vertreter des Göttinger Arbeitskreises waren nicht anwesend, unsere Informationen stammen also aus zweiter Hand.)

Seit der letzten Bundeskonferenz im September letzten Jahres in Bochum, bei der es eigentlich nur um die endgültige Absegnung der Bonn-Demonstration ging, hat es keine nationalen Treffen und Diskussionen mehr gegeben. Die Diskussion über Stand und Perspektiven der Anti-AKW-Bewegung haben sich seit dem fraktioniert in

- das Trebeltreffen, mit der Diskussion um die Fortsetzung des praktischen Widerstandes gegen die Atompläne im Landkreis Lüchow-Dannenberg
- die verschiedensten Diskussionszusammenhänge zur Frage: Grüne, Bunte, Wahlbeteiligung und Wahlaussage
- regionale Treffen zur Problematik verschiedener Standorte insbesondere Zwischenlager - Kompaktlager und neue WAA-PLäne in Hessen
- Treffen zur Organisierung von Aktionen gegen den Weiterbau des Atomkraftwerks Brokdorf.

Eine Verbindung dieser unterschiedlichen Diskussions- und Arbeitszusammenhänge hat es bisher nicht gegeben. Aus diesem Grund konnte auch keine Position der Anti-AKW-Bewegung oder repräsentativer Teile zu den wichtigen Fragen der Perspektiven unseres Widerstandes entwickelt werden.

Auf der anderen Seite ist die Diskussion über solche Perspektiven notwendiger denn je. Regierung und Atomlobby haben ihre Pläne, Konzepte und Strategien überarbeitet und ausgefeilt und eine neue Offensive zur Durchsetzung des Atomenergieprogramms begonnen:

- nach dem schmerzlichen Verzicht auf ein großtechnisches, integriertes Entsorgungszentrum in Gorleben noch in diesem Jahrzehnt, haben sie sich auf ein Notkonzept für die Achtziger Jahre entschieden: mit Zwischen- und Kompaktlagern und dem Versuch, an verschiedenen Standorten "kleine WAAs" durchzusetzen. Atomlobby und Regierung haben es geschafft, dieses brüchige Entsorgungskonzept, das zum Teil ihren eigenen früheren Beschlüssen widerspricht, in der Öffentlichkeit, den Gewerkschaften und Parteien durchzusetzen.
- die Betreiber haben es in weniger als einem Jahr geschafft, die Katastrophe von Harrisburg in der Öffentlichkeit zu verdrängen mit einer massiven Energiekrisen und Kriegspropaganda. Auf der Basis dieser gewaltig erhöhten Risikoakzeptanz der Bevölkerung soll der Weiterbau von Brokdorf und Wyhl, so wie der Bau weiterer Atomkraftwerke durchgedrückt werden.
- mit einer Novellierung des Atomgesetzes und der Genehmigungsverfahren soll der Verfahrensweg abgekürzt und bisherige rechtliche Hindernisse endgültig ausgeräumt werden. Es ist geplant, standardisierte Reaktoren einmal durch den TÜV gehen zu lassen (im wahrsten Sinne des Wortes) und damit ein Freifahrtschein zu haben, die BRD mit TÜV-abgenommenen Atomkraftwerken ohne aufwendige Genehmigungsverfahren in kürzester Zeit voll zu pflastern.

Es dürfte auf der Hand liegen, daß wir aus diesen veränderten Bedingungen Konsequenzen für unsere Arbeit und unseren Widerstand ziehen müssen. Dazu ist eine intensive Bestandsaufnahme und eine umfassende Diskussion nötig.

Eine solche Diskussion sollte am besten auf einer Bundeskonferenz geführt werden. Die geplante Konferenz in Brunsbüttel kann das niemals leisten, das war von Anfang an klar. Deshalb war sie nicht als Bundeskonferenz im eigentlichen Sinne, sondern mehr als bundesweite Brokdorf-Konferenz gedacht gewesen, auf der alle, die gegen die drohende Aufhebung des Baustopps aktiv werden wollen, gemeinsame Aktionen diskutieren. Nachträglich gesehen war es sicherlich ein Fehler, dieses Treffen Bundeskonferenz zu nennen und so bei manchen falsche Erwartungen zu erwecken.

Aus dieser Unklarheit heraus soll die Konferenz nun um drei Wochen verschoben werden. Doch allein durch diese Verschiebung wird nichts geklärt. Für eine "echte" Bundeskonferenz ist die Vorbereitungszeit sicher viel zu kurz und der Ort Brunsbüttel denkbar ungeeignet. Für eine bundesweite Brokdorfkonferenz hätte man aber den Termin nicht verschieben müssen. Und genau da liegt wohl der Knackpunkt. Die Verschiebung der Konferenz wurde von AK Brokdorf und BUU Brunsbüttel durchgesetzt, wohl in erster Linie aus politischen und nicht aus technischen Gründen. Diese beiden örtlichen Initiativen halten nicht viel von einer Frühjahrsaktion am Brokdorfer Zaun und haben deshalb ein Interesse daran, daß sich auf der Konferenz ein solcher Beschluß nicht durchsetzt. Das ist am ehesten wahrscheinlich, wenn auf der Konferenz auch andere Themen diskutiert werden, wie Gorleben, Stand des Atomprogramms usw. und dementsprechend viele Bürgerinitiativen kommen, die noch nicht auf ein Großaktion in Brokdorf festgelegt sind. Deshalb die Verschiebung und die inhaltliche Ausweitung. Es ist schwer einzuschätzen, wie sich die Diskussion um die Bundeskonferenz in den nächsten Wochen entwickeln wird, denn

- einerseits muß ganz konkret über praktische Schritte gegen den Weiterbau in Brokdorf gesprochen werden
- und andererseits kann man Brokdorf natürlich nicht isoliert sehen, sondern, zumindest wenn bundesweite Aktionen geplant sind, im Zusammenhang mit anderen Standorten und der allgemeinen Situation diskutieren.

Beides gleichzeitig zu tun, scheint zumindestens für den 19./20. April in Brunsbüttel mit Bundeskonferenz ähnlicher Beteiligung unrealistisch. Dazu ist die ganz Problematik zu umfassend und zu schwierig bei der kurzen Vorbereitungszeit. Auf dem Treffen in Brunsbüttel, das wohl doch mehr den Charakter eines bundesweiten Brokdorf-Treffens haben wird, könnte man auch die Frage einer richtigen Bundeskonferenz im Frühsommer ansprechen.

Bundeskonferenz/Brokdorf-Diskussion.....

Wenn das geschieht, und der Punkt Bundeskonferenz auch in den anderen Diskussionszusammenhängen, wie dem Trebel-Treffen, den hessischen Treffen, beim BBU und den uns nahe stehenden Teilen der Grünen-Bunten-Alternativen angesprochen und konkret gemacht wird, dann wird diese so nötige Debatte die Anti-AKW-Bewegung doch möglich sein. (Der von uns für Ende Mai geplante Kongreß der BIs zur Wahlfrage könnte in einer solchen Bundeskonferenz als Arbeitsgruppe aufgehen)

Wegen der Unklarheit über die Frage ob, wie, wann und wo die Bundeskonferenz stattfindet, sollten alle in den nächsten Tagen die TAZ lesen, die werden auf dem aktuellsten Stand sein. Kontaktadressen für Bundeskonferenz Information sind:

DIE REDAKTION

Kontaktadressen:
Arbeitskreis Brokdorf, Schrägstr. 2
2209 Krempe, Tel: 04824/2596

BUU Brunsbüttel, c/o J.Lüthje, Arentsee 21
2211 Brokdorf, Tel: 04858/875

AK Politische Ökologie, Lutterothstr. 33
2000 Hamburg 19, Tel: 040/402782 o. 247690

BUU (Delegiertenplenum), Bartelsstr. 26,
2000 Hamburg 6, Tel: 040/4398671

Arbeitskreis Brokdorf

Diese Stellungnahme ist zu verstehen als Ergebnisprotokoll der Arbeitskreis Brokdorf-Sitzung vom Freitag, dem 8.2. 1980 in Wilster. Teilgenommen haben Vertreter einer Gemeinde, Vertreter von sieben Klägerfamilien und Vertretern der Bürgerinitiativen Brokdorf- Wewelsfleth, Brunsbüttel, Glückstadt, Krempe, Wilster.

Wir alle haben uns über die unerwartet große Beteiligung an der Demonstration vom 23.12.79 gefreut. Wir haben uns über die vielen Auswärtigen gefreut und besonders positiv vermerkt, daß auch aus unserer Gegend viele dabei waren, die wir in den letzten Jahren eigentlich oft vermißt hatten und die uns – z.B. beim Prozeß – gefehlt haben. Im Nachhinein haben wir auch die Aktion am Zaun zumindest akzeptiert. Allerdings hätten wir es richtiger gefunden, die Treckerdemonstration als solche ungestört zu Ende gehen zu lassen, d.h. zumindest das Ende der Kundgebung abzuwarten, auch wenn diese wegen technischer Mängel nicht überall zu verstehen war. Außerdem wäre es nach unserer Ansicht richtiger gewesen, den anderen Teilnehmern der Demonstration Möglichkeiten zur Beteiligung enbenso wie zur Kritik an dieser Aktion einzuräumen. Mit der von einigen Leuten hinterher gegebenen Darstellung, es sei versucht worden, mit uns und anderen darüber zu reden und die Aktion vorher zu diskutieren, stimmen wir nicht überein – niemand von uns ist vorher angesprochen worden. Bis zum Tag vorher waren wir sicher, eine Demonstration überwiegend von Landwirten und anderen Leuten aus der näheren Umgebung – wahrscheinlich ziemlich klein – zu haben, die von anderen geringfügig unterstützt werden würde. Lediglich die Polizei hat die Anmelder der Treckerdemonstration am Morgen vor der Demo davon unterrichtet, daß "etwas" passieren würde. Von der Gruppe, die am Zaun war, sind nur einige von uns sehr oberflächlich informiert worden, während die Demonstration bereits lief. Nach der Spaltung der Demonstration vom 19. Februar 1977 sind wir zu der Meinung gelangt, daß es im allgemeinen richtig ist, wenn jede Gruppe für sich selbst bestimmt, welche Aktionsformen sie für richtig hält und daß es falsch ist – zumindest in der Regel – wenn wir versuchen würden, irgendwelche Vorschriften zu machen und daß es nur der Gegenseite nützt, wenn die hiesigen Bürgerinitiativen sich durch Distanzierungen usw. von anderen abspalten lassen.
Trotzdem fällt es uns manchmal sehr schwer, bei dieser Position zu bleiben. Jedenfalls werden wir uns in Auseinandersetzungen über zukünftige Aktionen gegen einen möglichen Weiterbau nicht von anderen Initiativen schon in der Vordiskussion unterbuttern lassen bzw. zulassen, daß alle berechtigten Bedenken und Bedingungen vom Tisch gefegt werden von Leuten, die vielleicht glauben, daß sie unsere Ansichten nicht zu berücksichtigen brauchen, weil wir uns jedem Solidarisierungszwang beugen würden. Jene irren!

Nach der Demonstration vom 23.12.79 befürchten wir z.B. erhebliche Schwierigkeiten, wenn wir zur Zeit versuchen würden, eine neue Treckerdemo zu Organisieren. Solche Demos, wie sie etwa in Gorleben oder früher auch hier stattgefunden haben, halten wir aber für sehr nützlich.

Bei allen wirklich großen Demonstrationen, die bisher in Brokdorf stattgefunden haben, bestand für sehr viele Menschen die Möglichkeit, sich zu beteiligen und bei vielen war klar, weshalb die Aktion sinnvoll und nötig war, weil jedesmal ein entsprechender Anlaß und eine sehr breite öffentliche Empörung vorhanden war. Sehr ähnlich – wenn auch in geringem Maß – war die Empörung am 23.12.79 über die telefonische Urteilverkündung. Die Landesregierung ist in ihren Handlungen flexibler geworden, wir erwarten keine neue Nacht- und Nebelaktion, sondern eher einen Baubeginn à la Gorleben oder Grohnde, verhältnismäßig langsam. Zur Zeit ist sehr unklar, wann das sein wird. Denkbar ist ein Baubeginn in den nächsten Tagen, vorstellbar auch ein weiteres Ruhen der Bauarbeiten bis nach der Bundestagswahl. Unsere Vorstellung ist daher, daß eine Großdemonstration (d.h. wirklich eine *große*, bundesweite Aktion) erst dann mit einem genauen Termin festgelegt werden kann, wenn ein genauer Baubeginn feststeht.

Gegenwärtig heißt das für uns: Großdemonstration am Bauplatz am ersten oder zweiten Wochenende nach neuem Baubeginn. Natürlich können wir uns darüber hinaus auch andere Situationen vorstellen, die für uns gleichbedeutend wären, wie z.B. die Stationierung von Polizei und BGS auf dem Bauplatz, die Erteilung einer zweiten Teilerrichtungsgenehmigung oder eine ähnliche politische Entscheidung. Lediglich einen Termin festzulegen "aus eigener Kraft" halten wir nicht für richtig. In einer Situation, in der in Gorleben kräftig für die Atommüllfabrik gearbeitet wird und z.B. allein in Schleswig-Holstein die Inbetriebnahme von Krümmel und die Wiederinbetriebnahme von Brunsbüttel ins Haus steht, halten wir die vollständige Hinwendung auf den Brokdorfer Bauzaun eher für eine Schwäche der Bewegung, z.B. für eine beginnende Resignation vor den Schwierigkeiten in Gorleben. Wir meinen, daß eine Großdemonstration in Brokdorf auf jeden Fall vorher bundesweit diskutiert und vorbereitet werden sollte. Dazu muß dann aber auch die Einbeziehung von Brokdorf in eine bundesweite Strategie gegen das Atomprogramm insgesamt vorgesehen werden. Wir kennen Vorstellungen von anderen Bürgerinitiativen z.B. auch Gorleben, aus Biblis und aus Südwestdeutschland, die sich Großdemonstrationen noch ganz woanders wünschen.

Es gibt aber noch weitere Gründe, eine Großdemonstration gegenwärtig für Brokdorf noch nicht auf einen Termin festzulegen:
Mit der Demo vom 19.2.77 haben wir - anders noch als z.B. in Hamburg - im Kreis Steinburg praktisch erlebt, wie auch unsere Gegner ihr Potential gegen eine Demo mobilisiert haben (etwa die Aktion „Friede für die Wilstermarsch"). Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob die BILD-Zeitung in Hannover oder Berlin gegen eine Aktion irgendwo weit weg in Schleswig-Holstein hetzt oder ob die Norddeutsche Rundschau, die Wilstersche oder die Brunsbütteler Zeitung wochen- und monatelang vor dem Termin Stimmung gegen die Aktion und die örtlichen Vertreter der Bürgerinitiativen macht. Daß es Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Initiativen,zumal in der Wilstermarsch, gibt, ist ohnehin bekannt - die hier ansässigen AKW-Gegner haben aber ganz anders als die Städter jede Aktion in ihrer nächsten Umgebung, bei Nachbarn, in der Verwandtschaft, im Betrieb usw. ständig zu vertreten.

Was wir begrüßen - speziell am Vorschlag der autonomen Hamburger BUU - ist der Grundgedanke einer Aktionswoche, besser mehrerer Aktionswochen, z.B. auch in Hamburg eben zur Vorbereitung auf eine spätere Großdemonstration. Zu unserer Vorstellung von der Demonstration nach Baubeginn ist uns entgegengehalten worden, daß man in Gorleben auch jahrelang mehr oder weniger vergeblich auf den „Tag X" hin mobilisiert und eben gewartet habe, und dann sei fast nicht passiert. Außerdem sei es eben einfacher, eine politische Entscheidung (daß in Brokdorf weitergebaut wird) zu beeinflussen, ehe sie gefallen sei. Wir halten diese Argumentation nicht für richtig. Schon in praktischer Hinsicht bestehen große Unterschiede zwischen Brokdorf und Gorleben, wir sehen keine Schwierigkeiten, einen Baubeginn auch als solchen zu erkennen und bekannt zu geben, zumal hier alles auf eine Baustelle konzentriert ist. Ähnlich sehen wir das Argument der Beeinflussung einer politischen Entscheidung. Eine politische Entscheidung für den Bau ist längst gefallen - nämlich 1976 und vorher. Nachdem diese Entscheidung aus taktischen Gründen für einige Zeit außer Vollzug gesetzt ist, kommt es jetzt darauf an, eine politische Entscheidung allgemein gegen Atomkraftwerke durchzusetzen, wozu gehört, auch auf das AKW Brokdorf zu verzichten. Diese politische Auseinandersetzung, die in Schleswig-Holstein in erster Linie mit der SPD zu führen ist, muß aber z.B. Brunsbüttel und Krümmel von vornherein mit einbeziehen. Wir halten es für sehr wenig wahrscheinlich, daß man etwa der Landesregierung wirklich Angst machen könnte vor neuen bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in Brokdorf, wenn man sich gleichzeitig mehr oder weniger zurückzieht von der Auseinandersetzung um Gorleben, Brunsbüttel, Krümmel usw.

****

Bundeskonferenz/Brokdorf-Diskussion.....

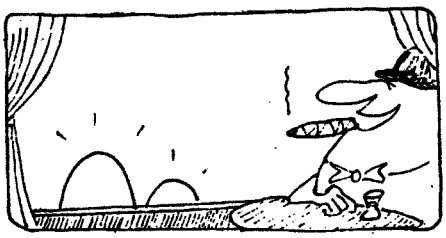
Autonome Gruppen der BUU Hamburg

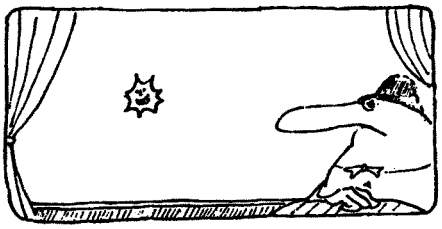
Der Prozess gegen das AKW Brokdorf ist verloren. NWK und HEW können jetzt weiterbauen. Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Stoltenberg will weiterbauen. wenn die Bundesregierung (SPD) ein eindeutiges Votum für den Weiterbau gibt.
Auf ihrem Parteitag im Dezember 79 hat sich die SPD für die Fortführung des Atomprogramms entschieden. Die SPD von Schleswig-Holstein dagegen hat mehrmals öffentlich geäußert, daß sie Brokdorf nicht weiterbauen will. Stoltenberg versucht über das Fernsehen und über die Presse mit dem Hinweis auf eine zu erwartende Energiekrise den Bau argumentativ vorzubereiten.
Wir müssen uns jetzt fragen, wie wir in diesen Entscheidungsprozeß eingreifen wollen. Entscheidungen sind leichter zu beeinflussen, wenn sie noch nicht endgültig gefallen sind.Wenn erst weitergebaut wird, sind dafür die politischen, polizeilichen und technischen Strukturen geschaffen und das wird unseren Eingriff sehr erschweren.
Es gibt Stimmen unter uns, die sagen:
Nach all dem, was in Brokdorf gelaufen ist, werden sie es nicht wagen weiterzubauen.
Wir meinen, wir müssen erneut zeigen, daß ein Weiterbau für die Landesregierung und NWK/-HEW ein Wagnis bedeuten wird.
Deshalb schlagen wir vor:
Jetzt eine Aktionswoche mit einer großen Abschlußveranstaltung (Großdemonstration) unter dem Motto:
DER BAUZAUN MUSS WEG!
WIR WARTEN NICHT BIS WEITERGEBAUT WIRD!
vorzubereiten und etwa im März/April 80 durchzuführen.

Wie sieht es um den Widerstand gegen das AKW Brokdorf zur zeit aus?
Infolge des Baustops vom 19.12.76 haben sich viele BIs, die früher aktiv gegen das AKW Brokdorf gearbeitet haben,anderweitig engagiert. Dadurch sind viele Kontakte eingeschlafen und eine kontinuierliche Diskussion um Widerstandsformen gegen das AKW Brokdorf hat nicht mehr stattgefunden. Die ortsansässigen BIs haben sich nicht mehr regelmäßig getroffen. Ein bedeutender Teil der Anti-AKW-Bewegung hat seinen Kampf schwerpunktmäßig auf die parlamentarische Ebene verlagert; er verbraucht seine Kräfte im Kampf um den 5% Stimmanteil, im Kampf um innerparteiliche Machtpositionen, im Kampf um die "richtige" politische Linie und im Kampf um Satzungsfragen.
Der andere Teil der Anti-AKW-Bewegung bestimmt seinen Kampf aus der Erfahrung, daß Veränderungen nur erreicht werden können, wenn man sie selbst praktisch herbeiführt und nicht nur fordert oder seinen Kampf an andere Menschen deligiert.
Zur Vorbereitung des Prozesses über den Weiterbau des AKW Brokdorf im Oktober/November 79 trafen sich fast ausschließlich Kläger und Prozeßbeistände. Inhaltlich beschränkte man sich hauptsächlich auf das prozessuale Vorgehen, eng verknüpft mit der Hoffnung, den Prozeß zu gewinnen. Der Prozeß wurde verloren und die Kläger waren sehr enttäuscht vom Vorgehen des Gerichts. In vielen Äußerungen der Kläger wurde deutlich, daß auch sie es richtig finden, andere Widerstandsformen zu entwickeln als vor Gericht zu gehen.
Die Demonstration am 23.12.79, an der sich auch 23 Bauern mit ihren Treckern beteiligten, zeigte die Empörung der Kläger und weiterer AKW-Gegner über das Gerichtsurteil und die Ignoranz, mit der alle Beweisanträge der Kläger sowie eigene Sachverständige abgelehnt wurden.
Der gescheiterte Versuch, während der Demonstration ein Element des AKW-Zaunes herauszutrennen und als Symbol für unseren Protest vor dem NWK-Zentrum in Brokdorf aufzustellen, hat dazu geführt, daß die Diskussion über die praktische Verhinderung des Weiterbaus verstärkt aufgenommen worden ist.
Unser Widerstand hat damit wieder an den Zaun des AKW Brokdorf geführt, da, wo wir 1976 den gerichtlichen Baustop erzwingen konnten.
Wir wissen, daß der Weiterbau jetzt jeden Tag möglich ist und politisch seit einiger Zeit verstärkt vorbereitet wird.
In Hamburg (wir wissen dies auch von anderen Orten wie z.B. Kiel, Bremen, Göttingen und Wilster Marsch) wurde auf verschiedenen Treffen über den weiteren Widerstand gesprochen.

Wir schlagen vor:
Im Frühjahr 1980 eine Aktionswoche durchzuführen unter dem Motto:
DER BAUZAUN MUß WEG!
Wir warten nicht bis weitergebaut wird!
Während der Aktionswoche sollen sich viele AKW-Gegner in der Wilster Marsch treffen. Es sollen Veranstaltungen z.B. zum Atomprogramm, zur Situation des AKW Brokdorf, zur Rolle von Prozessen und zu möglichen Widerstandsformen stattfinden.
Abschluß der Aktionswoche soll ein großes Treffen am Wochenende am AKW Brokdorf sein (GROß-DEMONSTRATION).
Dieses Treffen muß während der Aktionswoche vor Ort vorbereitet werden und die Koordinierung zwischen den BIs stattfinden. Zu dem Abschlußtreffen können auch AKW-Gegner kommen, die an der Aktionswoche nicht teilnehmen konnten.

Sollten Polizei und BGS - wie zur Kalkar-Demonstration - die Teilnehmer der Abschlußveranstaltung nicht in die Wilster Marsch reisen lassen, sollten an verschiedenen Stellen der BRD da, wo das Atomprogramm sich verwirklicht (AKW,Informationszentren,beteiligte Institutionen und Firmen...) regionale Treffen stattfinden. Diese Treffen müssen vorbereitet und öffentlich bekannt sein. Wir bitten euch alle, diesen Vorschlag zu diskutieren.





Weiter schlagen wir vor, eine feste Kontakt- und Anlaufstelle vor Ort (z.B. den Bauwagen oder einen Laden), mindestens für die Zeit der Vorbereitung und Aktionswoche, einzurichten und ein Informationsblatt über den Diskussions- und Vorbereitungsstand (ähnlich dem Prozeßinfo) herauszugeben.

Diskussionsvorschlag des Plenums der autonomen Gruppen der BUU Hamburg vom 31.1.80

Kontakt: BUU-Laden Lutterothstr. 33
2000 Hamburg 19
Tel. 040/402782

***

Göttinger Arbeitskreis

Vorschlag zum weiteren Vorgehen gegen Brokdorf

1. Die Bundeskonferenz der BIs gegen Atomanlagen am 19./20.4. in der Wilstermarsch fordert im Anschluß an das Treffen in einer Presseerklärung die schleswig-holsteinische Landesregierung *ultimativ* auf,bis zum 15.5. (Himmelfahrt) öffentlich und definitiv zu erklären, daß das Atomkraftwerk Brokdorf nicht gebaut wird. Gleichzeitig soll die Landesregierung erklären, daß der Bauzaun abgerissen wird und die bisherigen Baumaßnahmen rückgängig gemacht werden. Für den Fall, daß die Landesregierung diesen Forderungen nicht nachkommt, kündigt die Bundeskonferenz für den 24. Mai 1980 eine Großdemonstration am Brokdorfer Bauplatz mit dem erklärten Ziel an, die Baumaßnahmen unsererseits rückgängig zu machen. Ein entsprechendes Ultimatum wird an die Hamburger Landesregierung gerichtet.

2.Auf der Bundeskonferenz wird ein ständig arbeitender Vorbereitungsausschuß gewählt, in dem Vertreter aller interessierten Bürgerinitiativen mitarbeiten können. Aufgaben dieses Ausschusses sind vor allem das Initiieren und Koordinieren einer bundesweiten Öffentlichkeits- und Mobilisierungskampagne, das Erarbeiten und Vertreiben eines Aufrufes für den 24.5., das Drucken und Vertreiben von zentralen Plakaten, Flugblättern usw., sowie in Zusammenarbeit mit den Atomkraftgegnern vor Ort die Vorbereitung von Veranstaltungen zum Atomprogramm in der Wilster Marsch. Der Vorbereitungsausschuß richtet schnellst möglich ein ständig besetztes Büro ein, möglichst in der Wilster Marsch, andernfalls in Hamburg. Alle Bürgerinitiativen werden aufgefordert, das Büro und die Ausschußarbeit vor allem finanziell zu unterstützen; am besten wird noch auf der Bundeskonferenz ein Sonderkonto dafür eingerichtet.

3.An den auf die Bundeskonferenz folgenden Wochenenden finden öffentliche Vorbereitungstreffen in der Wilster Marsch statt. Der Ausschuß soll hier über seine Arbeit berichten, es soll über den Stand der Mobilisierung gesprochen und Veranstaltungen koordiniert werden (Filme, Referenten usw.). Weiter soll eine Demonstrationleitung für den 24.5. gewählt werden, die sich aus Vertretern des AK Brokdorf, der schleswig-holsteinischen Bürgerinitiativen, den Hamburger BUU's, den Brokdorf-Klägern und des Vorbereitungsausschusses zusammensetzen sollte. Bereits auf der Bundeskonferenz muß Einigkeit darüber erzielt werden, daß Beschlüsse der Demoleitung nur empfehlenden Charakter haben können. Auf den Vorbereitungstreffen müssen weiterhin die Aktivitäten von Verkehrsausschüssen, Sani-Gruppen usw. koordiniert werden.

4. Die Vorbereitungen für die Großdemonstration müssen deutlich machen, daß wir auf den Bauplatz gehen wollen. Dennoch ist der Erfolg oder Mißerfolg der Aktion nicht allein davon abhängig, ob es uns gelingt, den Platz zu besetzen, bzw. zu zerstören. Wichtig und politisch entscheidend ist es, die Notwendigkeit und Berechtigung auch des praktischen Widerstandes zu propagieren, möglichst viele Menschen in die Mobilisierung einzubeziehen und unsere *Bereitschaft* zur Platzbesetzung zu dokumentieren, indem wir uns entsprechend vorbereiten.
Gelingt die Besetzung, sollten die Vorschläge der Hamburger-Prozessgruppe aufgegriffen und weitere Großaktionen geplant werden, um den Bauplatz vollends zur Wiese zu machen: Abtragen der Sand- und Betonfundamente, Aussaat von Gras, Errichten einer Windmühle oder ähnliches.

Diskussionspapier des Koordinationsausschusses des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie

Bundeskonferenz/Brokdorf-Diskussion.....

Bochum

1.Was erwarten wir von einer Bundeskonferenz?
Als erstes wollen wir das Zustandekommen dieser Konferenz kritisieren, denn zum einem wird mit dem Tagungsort Brunsbüttel eine erneute Eingrenzung auf den norddeutschen Raum vorgenommen, da 900-1000 km Anreise aus Süddeutschland nahezu unmöglich sind. Zum anderen wurde mit der sehr starken Orientierung auf Beratung und Beschlussfassung über eine Aktion in Brokdorf eine zusätzliche Eingrenzung vorgenommen, die eine Frontstellung zur geplanten Gorlebenaktion als Gefahr in sich trägt. Dies besonders unter dem Gesichtspunkt, daß am Wochenende vorher ein erneutes Trebeltreffen stattfindet.
Deshalb sind wir auch gegen eine Vorgehensweise, die von vornherein nur eine Aktion - oder im äußersten Fall eben eine Koordiniation mit andern Aktionen auf der Technischen Ebene - zum Ziel hat. Wir meinen, daß auf einer Bundeskonferenz über Arbeitsschwerpunkte der Anti-AKW-Bewegung diskutiert werden sollte und eine entsprechende Einordnung bestimmter Aktionen in diesen Rahmen.
Das heißt für uns:
- Diskussion über den Stand der Anti-AKW-Bewegung (Standorte etc.)
- Diskussion über die Entwicklung und Stand des Atomprogramms
- Möglichkeiten, Bedeutung und Notwendigkeit einzelner gemeinsamer Aktionen.
Dies erfordert unserer Meinung nach auch die Arbeit in Kleingruppen etwa wie auf der Bundeskonferenz in Braunschweig. ....Dies erfordert auch eine längere und breiter getragenere Vorbereitung.

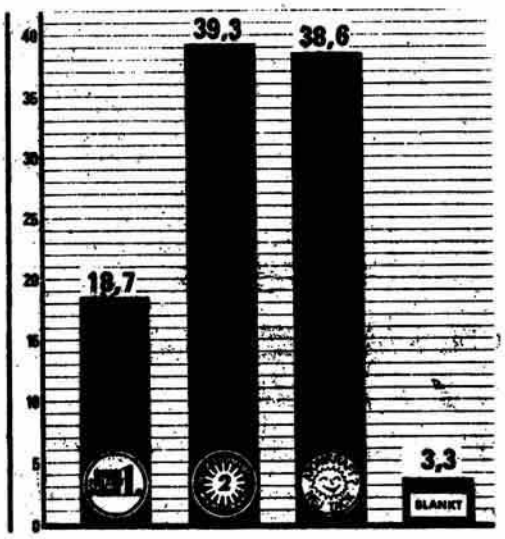
2.Von welcher Einschätzung gehen wir aus?
a) Regierung und Betreiberseite:
- mit dem verlorenen Prozess in Brokdorf und dem Neuantrag in Lingen wird eine mehrere Jahre dauernde Phase des faktischen Genehmigungsstops beendet.
- die Schließung des Brennstoffkreislaufs mit Endlager in Gorleben, den Zwischenlagern, Kompaktlagern und kleinen Wiederaufbereitungsanlagen in Hessen auf der einen und der Anreicherungsanlage in Gronau auf der anderen Seite wird verstärkt berieben.
- Gegenwärtig wird fast unbemerkt die rechtliche Grundlage für den Bau von Atomanlagen zu Gunsten der Betreiber geändert, sodaß Einsprüche in Zukunft rein rechtlich unsinnig werden.
Dies bedeutet für uns, daß Regierung und Betreiber in der weiteren Durchsetzung des Atomprogramms eine offensive Richtung eingeschlagen haben und die Zeit des Zögerns vorbei ist.
Hinzu kommen unsere Schwierigkeiten, eine griffige Argumentation zu entwickeln angesichts der beschworenen Öl/Energiekrise, der Krise dieses Systems mit Dauerarbeitslosogkeit und mit dem Zusammenhang der Energie - und Arbeitsplatzproblematik. Hieran zu arbeiten sehen wir als wichtige Aufgabe für die Atomkraftgegner, denn heute wird von uns mehr erwartet, als nur die Ablehnung der Atomanlagen, wie dies noch 1976/77 vorwiegend der fall war.

b)Der Stand der Bewegung:
Wir gehen hier von einem etwas desolaten und orientierungslosen Zustand gegenwärtig aus, deren Ursachen wir darstellen wollen, so, wie wir dies gegenwärtig sehen.
Historisch gehen wir davon aus, daß sich durch die erfolgreichen Aktionen in Brokdorf die Hoffnung ausgebreitet hat, wir könnten über Großaktionen mit dem Ziel, den Bauplatz zu besetzen, das Atomprogramm zu Fall bringen. Dies hat sich als gründlicher Irrtum erwiesen. Die Mobilisierung zu Großdemos dieser Art hat spätestens mit Kalkar seine Grenzen deutlich werden lassen. Die demonstrierte Polizeimacht oder Übermacht zeigte Grenzen des praktischen Widerstandes in unserer gegenwärtigen Situation.
Die Entwicklung eines umfassenden politischen Widerstandes - mit dem praktischen Widerstand als einer wichtigen Form - haben wir bisher nicht erreicht. Denn anders als im Jahre 1976/77, als wir konzentriert die Gefährlichkeit der Atomanlagen in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen rückten, wird diese heute von den Politikern gar nicht mehr im Grundsatz bestritten, sondern mit dem Hinweis auf die Gefährlichkeit der Industrieproduktion überhaupt heruntergespielt.
Hinzu kommt, daß durch die Öl-Energiekrise, Arbeitslosigkeit, Schmidts Drohungen um einen Krieg ums Öl ein enormer politischen Druck ausgeübt wird, um die "Risikoakzeptanz der Bevölkerung" zu erhöhen. Diese Energiepolitischen Probleme erfordern jedoch gleichzeitig von uns eine direkte Politik gegen die Energiekonzerne und Versorgungsunternehmen. Daraus wird für uns deutlich, daß unser Widerstand gegen Atomanlagen nur weiter in die Breite entwickelt werden kann, wenn wir in diesem Kontext, auf diesem Hintergrund arbeiten.
Daraus folgt für uns:
1.Daß jede Hoffnung auf eine Neuauflage unserer Politik von 1976/77 unmöglich ist,
2.daß wir uns eine neue eigene Argumentation erarbeiten müssen. ....
In dem bisher gesagtem sehen wir allerdings auch die Grenzen einer "Einpunktbewegung", wie sie die Anti-AKW-Bewegung ist. Dabei sehen wir, daß der Anstoß, über all diese Probleme neu nachzudenken von anderen gekommen ist, konkret von den Grünen. Dies tun wir, auch wenn wir die Antworten, die die Grünen geben, größtenteils nicht teilen. ... Wir sehen, wie die Grünen als Teil dieser Bewegung eine Gesamtantwort geben wollen, dies jedoch nicht schaffen, jedenfalls nicht in unserem Sinne.
Gleichzeitig müssen wir aber in aller Schärfe feststellen: Wir haben umfassendere Fragestellungen nicht oder erst unter dem druck der Grünen aufgeworfen. Von einer Antwort sind wir noch ziemlich weit entfernt. Mit anderen Worten:
Wir haben kein (noch kein) Konzept !!!
Statt daran zu arbeiten und zu diskutieren, finden dann solch frucht lose und sinnlose Polarisierungsdiskussionen ander Gewaltfrage, wie bei der letzten Konferenz in Gedelitz zur Bohrplatzbesetzung statt. Dabei wird die eigentlich wichtige Frage über Bedeutung, Stellenwert, über Richtig und Falsch einer solchen Aktion nicht oder kaum diskutiert, sondern jede Gruppe oder Strömung vertritt ihre Ansichten, daß "Prinzip der Gewaltfreiheit" als Minimalposition. Dies hat zum ergebnis eine Vertiefung der bestehenden Differenzen und die geäußerte Bereitschaft zur Zusammenarbeit wird zur Phrase. Auf Dauer führt allerdings ein solches Klima bei Konferenzen zu einer sinkenden bereitschaft, diese überhaupt zu besuchen, da eh nichts dabei herauskommt. Deshalb hoffen wir auf Dialog und Meinungsstreit, statt Prinzipienstreit.

....
c)Arbeit an den einzelnen Orten - jeder bei sich zu Hause also!
Die bisherige Arbeit vieler Bürgerinitiativen ist unserer Kenntnis zu Folge davon geprägt, aktiv zu werden, wenn großaktionen anstehen, und daschwischen ist weitgehend Flaute (etwas überspitzt gesagt). Deshalb treten wir für eine kontinuierliche örtliche Arbeit ein, was ein Umkehren unserer bisherigen Politik bedeutet. .....
So haben wir in Bochum begonnen, bestimmte Stadtbezirke regelmäßig mit Flugblatt/Briefkastenaktionen (nicht nur zu AKWs, sondern auch Benzin/Gaspreis Erhöhungen, Kapitalverflechtung usw.) zu versorgen, um mal über eine längere Zeit zu verschieden Fragen Stellung zu nehmen (gezielt) und auch dort überprüfen zu können, wie das wirkt.
Diese Arbeit steht bei uns erst am Anfang, wir halten diese jedoch für die Basis unserer weiteren Arbeit, sonst karren wir bei Großaktionen immer nur einen mehr oder minder großen teil von Leuten zum entsprechenden Ort, ohne uns eine längerfristige Basis zu schaffen. Auf der Grundlage dieser "Basisarbeit" sehen wir zentrale Aktionen als "Ausnahme".

3.Erst zu Brokdorf und dann zu Gorleben
Die Arbeit gegen das Atomkraftwerk Brokdorf ist nach der großen Demo am 19.2.77 bis zum Prozess im Herbst vergangenen Jahres weitgehend stillgelegt gewesen, ... sodaß jetzt die Notwendigkeit besteht, verstärkt unter die Bevölkerung zu gehen, um erneut einen breiteren Widerstand unter den unmittelbaren Anwohnern zu erreichen. Dies scheint uns deshalb wichtig, weil mit Brokdorf (und auch mit Lingen) die neue Phase von Genehmigungen eingeleitet, Brokdorf darüberhinaus als Symbol des bisherigen Widerstandes von uns nicht einfach aufgegeben werden kann. Dies würden uns die Betreiber unmittelbar als Schwäche auslegen und konzentriert weiterbauen, in Brokdorf und auch anderswo. Deshalb befürworten wir unbedingt Aktionswochen rund um Brokdorf, meinen aber, daß eine Woche solcher konzentrierter Arbeit ein Fundament für die weitere Arbeit legen kann, jedoch die Versäumnisse der letzten Jahre nicht wettmachen kann. Wir erhoffen uns damit auch, daß Bedingungen geschaffen werden, bei der die örtliche Bevölkerung eine Großaktion mitträgt. Daß dies dringend ist, sehen wir durch das Vorgehen der Betreiber als erwiesen an, und meinen auch, daß es falsch ist, zu warten bis die Betreiber mit dem Weiterbau begonnen haben. Dann kann es wirklich zu spät sein, mehr als nur unsseren Widerstandswillen zu dokumentieren. Denn wir sind der Meinung, „der Bauzaun muß weg!" ist als Ziel richtig, wir sehen jedoch noch nicht, daß die Bedingungen geschaffen sind, um dieses Ziel zu erreichen...
Bei Gorleben sind unserer Meinung nach die Voraussetzungen weiter entwickelt. Es wurde in den letzten Jahren von allen Fraktionen der Bewegung als Symbol aufgebaut und getragen. Deshalb meinen wir, daß eine Aktion, wie sie mit der Bohrplatzbesetzung geplant ist, als eine zentrale Aktion gegenwärtig sinnvoll ist und zu einem erneuten Zusammenschluß der Bewegung führen kann. Das heißt, die Möglichkeiten und Bedingungen sind gegeben; ob daraus was wird, hängt v.a. von uns als den dabei herausfordernden Kräften ab. Dabei können die Thesen einiger Bremer und Leuten aus Hoya als Diskussionsgrundlage dienen (siehe Bericht über Trebel-Treffen, Anm. d. Red.).
...
Wichtig scheint uns noch, daß gerade Probleme, wie das Einschmelzen des hochaktiven Atommülls in Glasperlen noch nicht gelöst scheint. So wird mit den Zwischenlagern eine Pufferzeit geschaffen, die den Betreibern auch die Zeit läßt, einige der selbst für sie noch offenen Fragen zu lösen. Dies bedeutet für uns jedoch, daß wir uns in nächster Zeit nicht ausschließlich auf Gorleben konzentrieren können, weil der Widerstand gegen die Zwischenlager, Kompaktlager, kleine Wiederaufbereitungsanlage in Hessen etc. dringend weiterentwickelt werden muß.
Deshalb sind wir für eine zeitlich begrenzte Aktion in Gorleben, die Symbolcharakter zur Dokumentation unseres Widerstandes ist. Diese Aktion zeitlich unbegrenzt als Verhinderungsaktion zu planen, halten wir nicht für richtig, weil dies zum einen eine langandauernde Konzentration der Gesamtbewegung auf Gorleben bedeuten würde, die wir nicht richtig finden, zum anderen sehen wir auch die Gefahr, daß mit der Unbegrenztheit dieser Aktion ein Zerleppern in einiger Zeit auftritt, weil wir die Besetzung nicht auf Dauer tragen können, kräftemäßig.. ...
Dabei ist für uns unerläßlich, daß der Widerstand im Landkreis selbst die entscheidende Voraussetzung ist, um einen erfolgreichen Kampf zu schaffen. Wenn die Besetzung durch die Bauern am 1. Mai tatsächlich begonnen wird und so diese Aktion eine des Landkreises wird, ist eine Isolierung bzw. Spaltung in Einheimische, friedliche und radikale Auswärtige zumindest viel schwieriger. Für selbstverständlich halten wir es, daß eine vorherige Festlegung auf "Gewaltfreiheit" unterbleibt. Stattdessen sollte ein bestimmter Aktionsrahmen abgesteckt werden, der uns in jeder konkreten Situation auch immer handlungsfähig läßt....
(... von der Red. gekürzte Stellen)

Volksabstimmung Schweden:



Als der Wahltag, 23. März, zuende ging, stand fest, was viele schon vorher befürchtet hatten; die schwedische Anti-AKW-Bewegung war nicht in der Lage gewesen, die absolute Mehrheit der Stimmen hinter sich zu bekommen. Sie blieben mit ihren 38,6% knapp unter dem Ergebnis der Sozialdemokraten, die mit ihrer Pro-AKW-Linie 39,3% bekamen. Und wenn man noch die konservativen Pro-Stimmen dazurechnet, waren es ganze 58,1% für die Atomenergie.
Wie ist das möglich, obwohl doch alle Umfragen ergaben, daß die Mehrheit der Bevölkerung im Grunde gegen Atomenergie sei?

Hintergrund der Volksabstimmung

Nachdem 1976 der langjährige sozialdemokratische Ministerpräsident Palme eine Wahlniederlage erlitt, kamen die ehrgeizigen Pläne der Atomindustrie das erste Mal ins Wanken. Palme hatte nämlich hauptsächlich gegen die bäuerliche Zentrumspartei und ihren Vorsitzenden Fälldin verloren, der eine kritische Position zur Atomenergie im Wahlkampf eingenommen hatte, wohl zum größten Teil wegen des immer größer werdenden Widerstands der ländlichen Bevölkerung rund um die im Süden liegenden sechs AKWs. Dieser Teil der Bevölkerung bildet nämlich das größte Wählerpotential der Zentrumspartei und hat auch in der Volksabstimmung mehrheitlich gegen AKWs gestimmt.
Der neue Ministerpräsident Fälldin war mit seiner Position in der Regierung jedoch in der Minderheit und mußte im Punkt Atomprogramm einen Kompromiß nach dem anderen eingehen bis er 1978 zurücktrat, weil seine Regierungspartner, die Rechten und die Liberalen, keine Möglichkeit ausließen, die Pläne der Atomindustrie voranzutreiben. Nach den Wahlen 1979 wurde er aber erneut zum Ministerpräsidenten und hoffte nun durch die Volksabstimmung mehr Durchsetzungskraft in der Atomenergie-Frage zu bekommen.
Die Sozialdemokraten, allen voran der Vorsitzende Palme, hatten sich aber mittlerweile von dem schweren Schlag der Wahlniederlage nach 40 Jahren sozialdemokratischer Regierung erholt und holten zum großen Schachzug aus. Harrisburg hatte in Schweden eine ungleich größere Wirkung gehabt und so zeigte sich auch Olof Palme vor den Wählern reumütig und wollte die Frage Atomenergie neu überdenken. Er stimmte der Volksabstimmung zu, und so begann der große Kampf um Wählerstimmen, in dem Palme eine Meisterleistung zeigte. Er hatte von der Volksabstimmung in Österreich gelernt; er machte keine Koalition mit der Atomindustrie und mit den Rechten, sondern bot eine eigene Alternative, die jedoch genauso für den Bau der AKWs war, nur auf seine Rechnung: Die Atomindustrie sollte verstaatlicht werden.

Die Wahlalternativen

Hinter der sog. Linie 1 "Energie für Schweden" verbargen sich die rechte "moderat"-Partei und die Atomlobby: Industrie und Arbeitgeberorganisationen. Linie 1 befürwortete den Aufbau von 12 AKWs bis 1985, aber mit der Option in 25 Jahren Atomenergie überflüssig zu machen. Was es mit diesen Versprechungen auf sich hatte, zeigte die Aussage des Vorsitzenden der Arbeitgeberorganisation, Curt Nicolin, einen Tag nach den Wahlen:"Daß wir jetzt mit der Volksabstimmung für die nächste Zukunft unsere Energiedebatte beendet haben, triffi nicht in der Frage zu, in 25 Jahren die Atomenergie zu stoppen. Wir können doch die zukünftigen Generationen nicht mit Entscheidungen von heute binden." Daß er mit 12 Reaktoren, im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die meisten in Europa, auch den meisten Atommüll für zukünftige Generationen produziert, scheint keine Bedeutung zu haben.

Wahlsieg der Sozialdemokratie

Von den Zielen der Sozialdemokraten und auch der Liberalen hinter der sog. Linie 2 habe ich schon vorhin berichtet. Dementsprechend haben sie auch ihren Wahlslogan gewählt:"Abwicklung der Kernenergie, aber mit Vernunft". Das heißt soviel wie ordnungsgemäße Erledigung des Geschäftes "in dem Takt, der möglich ist, mit Rücksicht auf den Bedarf elektrischer Energie zur Aufrechterhaltung von Beschäftigung und Wohlfahrt"(aus dem Wahlzettel). Also die bekannten Argumente "Arbeitslosigkeit und Rückgang des Wohlstandes ohne Atomenergie" und als sozialistische Variante die Verstaatlichung - weil ja die staatseigenen AKWs sicherer sein sollen...
Man darf auch nicht vergessen, daß die schwedische Sozialdemokratie seit 1945 mit der Atomindustrie stark verflochten ist.
Die sog. Linie 3 "Atomkraft nein danke" war schließlich ein Bündnis von Zentrumspartei, eurokommunistischer Linkspartei, mehrerer Jugendorganisationen, oppositioneller Gewerkschafter und auch sozialdemokratischer Basisgruppen sowie natürlich zahlreicher Naturschutz- und Umweltgruppen.
Dem starken Gewicht der Parteien ist wohl zu verdanken, daß sie keinen sofortigen Betriebsstop für AKWs verlangt haben, sondern dies erst in 10 Jahren erreicht werden sollte. Dies wurde von vielen AKW-Gruppen als Rückschritt bewertet. Und vor allem auch die dänische Anti-AKW-Bewegung hatte sich angesichts dieser Alternative vom Wahlkampf distanziert.

Die Linie 3 hat sehr breite Öffentlichkeitsarbeit geleistet, überall im ganzen Land entstanden Gruppen, die Theater machten, sangen und alle Haushalte vor der Volksabstimmung besuchen wollten. Aber sie waren der sozialdemokratischen Wahlstrategie nicht gewachsen. Sie haben viel von Alternativenergie, Umweltverschmutzung und Gefahren der Atomenergie berichtet, aber nicht die Abhängigkeit der Parteien, vor allem der sozialdemokratischen, von der Großindustrie aufdecken können.

Daß die Parteien die Volksabstimmung zum Wahlkampf umgemodelt haben, mit Parteien loyalität argumentiert haben konnten sie nicht verhindern, schon gar nicht, weil die Bündnispartner Zentrum und Kommunisten genau das gleiche machten. Fälldin hat es sogar als Wahlsieg bewertet, daß er nun eine ganze Menge mehr Stimmen erhielt, als bei den letzten Wahlen.
Den Politikern ging es nur um Macht, die man mit Wählerstimmen erreichen kann.

Was sind die Konsequenzen?

Als erstes werden die fertigen, aber noch nicht in Betrieb genommenen 4 AKWs angeschaltet. Forsmark I+II, Ringhals III+IV erhöhen also die Zahl der laufenden AKWs auf 10, 2 weitere werden weitergebaut. Ob nun die schon zum Teil in Staatsbesitz befindlichen Reaktoren gänzlich verstaatlicht werden, wird das Parlament beschließen. Insgesamt darf man auch nicht vergessen, daß die ganze Volksabstimmung keine bindende Wirkung hatte, sondern lediglich als Entscheidungshilfe für das Parlament galt.
Den Beschluß muß Ministerpräsident Fälldin ausführen, hartes Brot für einen AKW-Gegner: vier Reaktoren auf einmal. Doch an Rücktritt denkt er diesmal nicht - bis zu den nächsten Wahlen will er noch regieren.

Fortsetzung →

Der Vorsitzende der Sozialdemokraten, Olof Palme (rechts) hat Grund zum Lachen.

Finnland: 4 Katastrophen-AKWs

Das erste finnische AKW in Loviisa, am Finnischen Meerbusen, 58 km östlich von Helsinki, wurde 1977 in Betrieb genommen. Es wurde von der Sowjetunion gebaut, im Auftrag des größten staatlicher Energieunternehmen Finnlands. Ähnlich wie Stade in der BRD galt dieses AKW Loviisa I als ein Muster-AKW; es gehörte nach den internationalen Statistiken zu den besten in der Welt, was nicht gerade förderlich für die damalige kleine Anti-AKW-Bewegung Finnlands war. Mittlerweile sieht es schon anders aus; häufige Störfälle gehören zum Alltag von Loviisa I. Besondere Schwierigkeiten hat man mit den Pumpen gehabt; beim Bau des AKWs hatte ein sowjetischer Ingenieur besonders darauf bestanden, daß die Befestigungsmuttern eine Sicherung hätten, was seine finnischen Kollegen nicht einsehen wollten und nicht eingebaut haben. Sie gaben dem Ingenieur sogar den Spitznamen "Mister Mutter". Später hat man jedoch gemerkt, daß ein großer Teil der umstrittenen Befestigungsmuttern sich gelöst hatten, und bereits in verschiedenen Teilen des Primärkreislaufes herumschwirrten. Einige Reaktoren werden zwar mit flüssigem Metall gekühlt, Loviisa I scheint jedoch der erste Reaktor mit festem Metall im Kühlkreislauf zu sein, meinte dazu die finnische Anti-AKW-Zeitung.
Bei dem zweiten AKW in Olkiluoto an der Westküste Finnlands, das von der schwedischen Firma ASEA-Atom gebaut wurde und das von einem Zusammenschluß privater Unternehmen betrieben wird, gibt es nicht minder Probleme. Schon zum zweiten Mal sind die Kühlleitungen geplatzt und 5 000 bzw. 15.000 Liter radioaktives Wasser gelangten in das Reaktorgebäude. Die Firma hatte versucht, diese Pannen zu verheimlichen, was jedoch nicht gelang, da ein schwedischer Sender diese Nachrichten brachte.
Kurzfristig wurde daraufhin die Errichtungsgenehmigung für den zweiten Reaktor auf diesem Gelände Olkiluoto II verschoben, aber im Oktober 79 doch genehmigt. Auch das vierte Werk, Loviisa II macht besonders von sich reden. Das Druckgefäß hatte nämlich Risse schon vor der Inbetriebnahme. Diese Risse sind besonders gefährlich, da sie praktisch nicht zu beheben sind, weil beim Zuschweißen so große Spannungen entstehen, daß sofort neue Risse entstehen. Vor kurzem hat man auch noch in den meisten Befestigungen der Kühlleitungen Fehler gefunden. In diesem Falle hat die finnische Strahlenschutzkommission im Gegensatz zu den Rissen unnachgiebig die Reparatur gefordert - um von dem irreparablen Druckgefäß abzulenken?
Aber diese vier Katastrophen-AKWs sind noch nicht genug für die finnische Regierung. In einem Land, wo schon am meisten AKWs pro Bevölkerungszahl in Europa sind und wo die Möglichkeiten für Alternativenergien, in Form von Wasserkraft und Abfallholzbenutzung sowie Windenergie sehr gut sind und wo es außerdem große Überkapazitäten gibt, will man noch ein fünftes AKW bauen. Die Pläne mit der Sowjetunion sind schon weit, einen vorläufigen Vertrag hat man angeblich schon unterschrieben. Die Zusammenarbeit mit den Sowjets interessiert die finnische Atomlobby sehr, denn sie scheinen auch ein Teil von dem Kuchen abzukommen: Finnland soll sich als Sicherheitssystemlieferant an dem Exportgeschäft der Sowjetunion nach Libyen beteiligen.
Schwierige Lage also für die mittlerweile breite Anti-AKW-Bewegung, die nach den neuesten Umfragen sogar 64 % der Bevölkerung hinter sich hat. Am 15.3. demonstrierte die bisher größte Menge von 5000 Menschen in Helsinki gegen Atomenergie, auch um die schwedischen AKW-Gegner vor der Volksabstimmung zu unterstützen.

Fortsetzung Schweden

Insgesamt hat die Volksabstimmung einmal mehr für mich gezeigt, daß allein der parlamentarische Weg uns keinen Schritt weiterbringen kann. Gerade die schwedische Anti-AKW-Bewegung hat nur auf die Volksabstimmung gestarrt, lediglich die alljährliche Barsebäck-Demonstration hat eine Ausnahme gemacht Praktische Aktionen hat man nie versucht nicht einmal diskutiert. Im parlamentarischen Kampf sind die Politiker immer cleverer, sie haben Erfahrungen mit Taktiererreien, scheinheiligen Versprechungen und Wahllügen.Alle Umfragen vor der Volksabstimmung haben gezeigt, daß die Mehrheit der Bevölkerung im Grunde gegen AKWs ist, aber die Parteiloyalität und die ständigen Gespenster Arbeitslosigkeit und Energielücke haben einmal mehr größere Wirkung gehabt.
Beim Wahlkampf muß man wissen, worauf man sich einläßt.

***

Anti-Atom-Dorf-Prozess: Erster Erfolg!

Im Prozess gegen die Räumung des Anti-Atom-Dorfes Grohnde hat das Verwaltungsgericht Hannover am 14.3.1980 nach drei Verhandlungstagen entschieden:
Die Räumung war rechtswidrig, denn sie verstieß gegen die Rechtsschutzgarantie aus Artikel 19 Abs. des Grundgesetzes!

Das Anti-Atom-Dorf Grohnde war Anfang Juni 1977 von den örtlichen Bürgerinitiativen auf dem Gelände für die Kühltürme des Atomkraftwerkes Grohnde an der Weser errichtet worden. Es hatte mehr als 2 Monate lang bestanden und war in dieser Zeit über den lokalen Rahmen hinaus zu einem wichtigen Bestandteil des Widerstandes gegen die Atompolitik geworden, bevor es in einer spektakulären Polizeiaktion geräumt, niedergewalzt und abgebrannt wurde. Dieser Polizeieinsatz hatte bei vielen Betroffenen und Beobachtern den Eindruck hinterlassen, daß er über die bloße Räumung hinaus das Ziel verfolgte, die Bevölkerung durch eine Demonstration staatlicher Gewalt einzuschüchtern.

Unter den vielen Rechtsverletzungen, die die Kläger geltend machten, hat das Gericht sich ausschließlich auf die Frage konzentriert, ob die Bewohner des Anti-AKW-Dorfes die Möglichkeit gehabt hätten, Rechtsmittel gegen die Räumungsverfügung einzulegen. Dies war allein schon wegen der einstündigen Räumungsfrist nicht möglich.

In ihren Plädoyers betonten die Kläger, daß das Verfahren den Verdacht eines bewußt geplanten polizeistaatlichen Einsatzes bestätigt habe. Es wurde aufgedeckt, daß die Räumung nach einer genauen Planung, einem sogenannten "Drehbuch" ablief. Dieses Drehbuch sah von Anfang an vor, durch den Polizeieinsatz die Bewohner und Besucher des Anti-Atom-Dorfes am freien Abzug zu hindern und die Bedingungen für die späteren Leistungsbescheide zu fabrizieren.
Die Hannoversche Bezirksregierung hat sich bisher nicht öffentlich festgelegt, ob sie die Leistungsbescheide voll strecken lassen will. Man darf gespannt sein, ob die Bezirksregierung den kühnen Versuch unternimmt, von den Opfern ihrer rechtswidrigen Räumungsaktion auch noch die Kosten in Höhe von 212000 DM einzutreiben.

mit freundlichen Grüßen

Horst Haenisch

(Unter Voreinsendung von 2.-DM in Briefmarken sind eine Dokumentation mit der Klageschrift, sowie der Text meines Schlußplädoyers zu erhalten. Bestellungen an: Horst Haenisch
Grimmstr.8
3 Hannover

Für regenerierbare Energie - alternativ für Atomenergie! Demo in Turku/Finnland

***

Diskussionsbeitrag: "Die Grünen" - Alternative für

Im Januar und im März fanden in Karlsruhe und Saarbrücken der Programm- und der Gründungsparteitag der Grünen statt. Da die Grünen für sich in Anspruch nehmen, der parlamentarische Arm der Ökologie-Bewegung zu sein, bzw. die Bewegung zu repräsentieren, müssen wir uns als AKW-Gegner mit ihnen auseinandersetzen. Da die Grünen sich darüberhinaus als gesamtgesellschaftliche alternative verstehen, soll auch untersucht werden, was sie uns als Arbeitnehmer und Gewerkschafter anzubieten haben.
Schauen wir uns also das grüne Programm an.
Die 4 "Grundwerte" der Grünen, basisdemokratisch, ökologisch, sozial und gewaltfrei allein geben da noch nicht viel her. (Welche Partei bezeichnet sich nicht als sozial?)
Anders verhält es sich da schon mit der programmatischen Aussage "Ökologie vor Ökonomie". Rudi Dutschke prägte dafür als Abgrenzung von sozialistischen Positionen der Arbeiterbewegung die griffige Formel: Gattungsinteresse kommt vor Klasseninteresse".
Angesichts der ungeheuren drohenden Zerstörung unseres natürlichen Lebensraumes (Gefahr radioaktiver Verseuchung, Atomkrieg, mögliche aufheizung der Erde, Umkippen der Flüsse, Verseuchung der Nahrung und des Trinkwassers durch Chemikalien usw.) sind möglicherweise viele geneigt, denen Umweltschutz ernsthaft am Herzen liegt, sich so eine Formel zu eigen zu machen.
Doch die Gretchenfrage ist, **wie** soll dieser Zerstörung Einhalt geboten werden? Was schlägt das grüne Programm vor?
In der Präambel zum Statut heißt es:
„7. Nur durch die Bereitschaft für eine Evolution in diesem Sinne (gemeint ist aktive Tolenranz, gewaltfrei dialogisch und partnerschaftliche Politik, d.V.) können Revolutionen, Kriege und Zerstörungen in Zukunft verhindert werden." (Das Wort Revolution wurde in Karlsruhe in einer Kampfabstimmung gestrichen).
Wenden wir den Satz doch mal auf Länder der 3. Welt an: (jüngste Beispiele El Salvador und Muzorewa in Zimbabwe): Die „evolutionistische, dialogisch-partnerschaftliche" Lösung ist dort nichts anderes, als eine neokolonialistische Lösung. Sie soll den imperialistischen Konzernen die ausbeutung in einer 'moderneren' Form erhalten, indem sie zum Teil durch einheimische Kapitalisten und Politiker ersetzt werden, die jedoch zur Zusammenarbeit bereit sind. An der menschenunwürdigen lage der überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung, der Arbeiter, Landarbeiter, armen Bauern und Slum-Bewohnern ändert sich dadurch überhaupt nichts!
Im Programm wird richtig als Ursache für die ökologische Zerstörung genannt:
„II,1 (...) die Produktion richtet sich nicht nach den Bedürfnissen der Menschen, sondern nach den Interessen des Großkapitals. Das ökologische Gleichgewicht wird dem Wachstumsstreben der Wirtschaft und der Verbesserung ihrer Wettbewerbs- und Gewinnchancen geopfert."
So weit so gut. Wenn man aber weiterblättert, merkt man, daß das Schlimmere am Großkapital ist, daß es groß ist. Klein- und Mittelbetriebe sollen ja ausdrücklich erhalten und gefördert werden und damit ist der Satz nur ein Bonbon für die Linken bei den Grünen.
„II,5 (...) Die Politik, die heute auf dem Gebiet der Steuern, Währung und Finanzen betrieben wird, hat zu einer eindeutigen Bevorzugung der Kapitalanhäufung geführt. (...) Nur Großkonzerne können die vielen Steuervorteile ausschöpfen."
Was ist mit den Mittelbetrieben? Hier soll Abhilfe geschaffen werden:
„II,3 (...) Die Großkonzerne sind überschaubare Betriebe zu entflechten, die von den dort Arbeitenden demokratisch selbstverwaltet werden. Kleine, mittlere und v.a alternative Betriebe sind zu erhalten, einzurichten und zu fördern."
Wer sich aber über die Selbstverwaltung freut, hat sich zu früh gefreut. Erstens wird das nicht genauer ausgeführt, zweitens sollen, wenn, dann nur die entflochtenen Betriebe, selbstverwaltet werden, und drittens will man dem ganzen regionale "Wirtschafts- und Sozialräte" überordnen. Wirtschafts- und sozialräte heißt aber nichts anderes als konzertierte Aktion von Unternehmern und Arbeitern in allen Bereichen, ein Konzept, das nach dem 1. und 2. Weltkrieg von rechten Kräften der Sozialdemokratie den sich herausbildenden revolutionären Arbeiter- und Stadtteilräten demagogisch entgegengestellt wurde, um diese Selbstverwaltungsorgane zu zerschlagen.
Fassen wir zusammen:
„Gattungsinteresse vor Klasseninteresse" auf gut deutsch, Wir sitzen alle in einem Boot. (Habe ich schon mal wo gehört). Schuld an der umweltzerstörung sind die Großkonzerne (Klein- und Mittelbetriebe etwa nicht?). Abhilfe soll die Entflechtung der Großbetriebe schaffen, (man weiß aber noch nicht wie), die Einrichtung von "Wirtschafts- und Sozialräten" (konzertierte Aktion) und vielleicht Selbstverwaltung - aber nur der entflochtenen Großbetriebe, wobei nicht gesagt wird wie. Damit bleibt das Wort eine leere Phrase.

Ökologie vor Profit

Ich erkenne das ehrliche und ernsthafte Bemühen vieler Grüner für Umweltschutz an. Aber ich glaube, daß mit diesem Programm, in dem sicher auch viele richtige Forderungen für Umweltschutz stehen und in das auch ein paar richtige Gewerkschaftsforderungen aufgenommen worden sind, gefährliche Illusionen verbreitet werden, **wie** mensch der Umweltzerstörung Einhalt gebieten kann. Grundlage - nicht nur für die schon fast planmäßige Vernichtung unseres natürlichen Lebensraumes, sondern auch unserer Gesundheit und Arbeitsplätze - ist im kapitalistischen System das streben der Unternehmer nach größtmöglichem Gewinn. In der kapitalistischen Wirtschaftswissenschaft steht nicht der Mensch, seine Bedürfnisse und seine Umgebung (Natur) im Mittelpunkt, sondern der Profit des Unternehmers. Dafür müssen Bedürfnisse oft erst durch einen Milliardenaufwand an Werbung künstlich geweckt werden, um die Produkte überhaupt verkaufen zu können. Welche Pervertierung!! Mensch und Natur sind lediglich Kostenfaktoren, die möglichst gering gehalten werden müssen. Daraus ergibt sich logischerweise rücksichtslose Ausbeutung der Rohstoffreserven und Belastung der Umwelt nach dem Motto „Nach uns die Sintflut" und schlimmer noch: hemmungsloser Einsatz von Menschenmaterial, denn zum Material wird der Mensch degradiert. Die Folge für uns:Nicht nur Gesundheitszerstörung durch Lärm und Schadstoffe, sondern auch Streß, Arbeitshetze, Fliesband, Akkord, Entqualifizierung der Arbeit, Mensch als Bindeglied zwischen Bildschirmen oder Bandstraßen, und zum Lohn Arbeitslosigkeit, Frühinvalidität - oder Entlassung, wenn man sich dagegen wehrt.
Angesichts des Ausmaßes der drohenden ökologischen Katastrophe ist ein herumdoktern an Auswirkungen nur wie der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Bürgerliche Ökologie ist letztendlich ein Widerspruch in sich. Grundlegende Besserung kann uns nur die Abschaffung der profitorientierten kapitalistischen Wirtschaftsordnung bringen.
Nicht „Ökologie vor Ökonomie", sondern **„Ökologie oder Profit"** ist die Frage. Aber ganau der wird in keiner Zeile des grünen Programms in Frage gestellt. Freiwillig hat jedoch noch kein Unternehmer Profiteinbußen hingenommen! (Kann er sich auch garnicht leisten - weder der Großunternehmer noch der Kleinunternehmer, der Tipper!)
Es stellt sich auch die Frage, **wer** eigentlich die Umweltzerstörung verhindern soll oder kann. Im grünen Programm wird ja ausdrücklich der Klassenkampf abgelehnt und eine „partnerschaftliche dialogische Politik" gefordert, die von „aktiver Toleranz" erfüllt sein soll.
Wer soll hier tolerant sein, der Arbeiter gegenüber dem Unternehmer? Alle in einem Boot. Das Dumme ist nur, daß die arbeitende Bevölkerung immer rudern muß! Seit jeher ist die arbeitende Klasse die Klasse, die die hauptlast der kapitalistischen Lebensfeindlichkeit trägt. Um in Dutschkes Bild zu bleiben, das Klasseninteresse des Proletariats, die radikale Änderung der Profitwirtschaft **ist** das Gattungsinteresse. Diese Gleichstellung äußerte sich nie deutlicher, als in der Umweltzerstörung und Gesundheitszerstörung am Arbeitsplatz!!!
Dieses Klasseninteresse ist jedoch unvereinbar mit dem Interesse der Unternehmer und letztlich nur **gegen** sie durchzusetzen.
Da nützt kein „Dialog" oder „Partnerschaft". Gerade darum ist es aber wichtig, dieses Problem zu einer Hauptachse des gewerkschaftlichen Kampfes zu machen, den Begriff Lebensqualität mit Inhalten zu füllen, wie es der Aktionskreis Leben in seiner erweiterten Plattform fordert.

Den Teil zur Basisdemonkratie lasse ich hier weg, einiges dazu stand ja schon im Atomexpress 17. Aber über die Vielfalt in Saarbrücken muß doch was gesagt werden. Während man sich in Karlsruhe nach links abgegrenzt hat, scheint nach rechts alles möglich zu sein. Vor der Diskussion über den § 218 wurde eine drekkiges Hetzblatt im Vierfarbdruck auf Hochglanzpapier verteilt, in dem Abtreibung als Massenmord bezeichnet und mit der faschistischen Massenvernichtung im dritten Reich gleichgesetzt wurde. Herausgeber war eine „europäische Ärzteaktion", gezeichnet hat der Landtagskandidat der Grünen in Neckarsulm Dr. Hirt (er bekam dort übrigens 5,3%). Und er war sicher nicht der einzige der Deligierten mit dieser Meinung!

Es muß einen auch sehr bedenklich stimmen, wenn ca. 30 Deligierte gegen die Forderung „Weg mit der Benachteiligung von Frauen am Arbeitsplatz" und ca. 150 Deligierte(= ¼) für einen Änderungsantrag: „Im Hinblick auf 'ihren Bereich' in Haus und Familie wird die Ausbildung der Mädchen weiterhin noch immer vernachlässigt" stimmten. Da ist es kein Wunder, daß die ersatzlose Streichung des § 218 abgelehnt wurde.

Gewerkschafter?

Grüne und Gewalt

Lassen wir den Bundesgeschäftsführer G. Otto zu Wort kommen:

„Wer diesen Antrag stellt (gemeint ist ein Änderungsantrag der alternativen Liste zur Präambel, daß die Betroffenen ihre Widerstandformen selbst bestimmen müssen d.V.) und unterstützt, schließt sich und seine Gruppe von selbst aus. Er gibt einen unserer vier Eckpfeiler preis und will ihn auf Sand bauen. Es wäre ja auch möglich, daß Betroffene bestimmen, der Staatsgewalt zur Durchsetzung von AKWs und anderen Planungen, die Gegengewalt der Betroffenen mit anderen als gewaltfreien Mitteln zu organisieren".(GLU-Rundbrief)

Konsequent distanzierten sich die Grünen von Schleswig-Holstein ausgerechnet auf der Titelseite der FAZ (dafür können sie allerdings nichts, der Tipper) von „gewalttätigen Auseinandersetzungen" auf der Brokdorf-Demonstration kurz vor Weihnachten anläßlich der Aufhebung des Baustops durch das Verwaltungsgericht. Mit so einem Vorgehen haben die Grünen aber offen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern unterstützt.

Mir fällt dazu nur ein, daß ich nicht gern die linke Backe hinhalte, wenn man mir auf die rechte schlägt, und daß die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung seit ihrem Bestehen schon zigttausende illegaler Streiks und Demonstrationen gegen die Gewalt des Staates und der Unternehmer mit Gegengewalt durchsetzen mußte. Für die ewigen Mißversteher: Damit ist nicht gemeint, daß man mit dem Kopf durch die Wand rennen soll, aber auch nicht, daß man sich wie ein Schaf zur Schlachtbank führen lassen soll.

Am Kongress in Karlsruhe wurde die Gewaltfreiheit vom Bundesvorstand der Grünen vorbildlich demonstriert: Er gab Anweisung an die städtischen Ordner, kommunistische Büchertische notfalls mit **Polizeigewalt** wegzuräumen. So wurde die Räumung eines Büchertisches der kommunistischen Liga (Trotzkisten) vor dem Raum, in dem sich die ausgeschlossenen Alternativen Deligierten den Parteitag über Video anschauen mußten, angeordnet. G. Otto mußte aber aufgrund des Protestes und da er wohl einen Skandal befürchtete einen Rückzieher machen. In Freiburg wollten die Grünen einem KBler den Arbeiterkampf-Verkauf vor einer Veranstaltung mit Gruhl verbieten. Auch sie drohten mit Polizei.

Parlamentarismus

Mir ist es klar, daß ich von bürgerlichen Parlamenten nichts zu erwarten habe. Aber solange noch viele Leute Illusionen haben, kann man unter bestimmten Bedingungen kandidieren, um es als „Tribüne des Klassenkampfes" zu verwenden und aufzuzeigen, wo und wie die tatsächlichen Entscheidungen fallen. Nun ist natürlich der für diese Aufgabe am denkbar ungeeignetsten, der selbst noch Illusionen in diese Volksverarschung hat. Aber genau das ist ja bei der Mehrzahl der Grünen der Fall! Und was soll man sagen, wenn der eben in den Landtag gewählte Hasenclever (Landesvorsitzender) erklärt, daß die Grünen nicht zur Bundestagswahl kandidieren, wenn die SPD sich gegen AKWs ausspricht. Oder stellt euch mal vor, der oben zitierte Dr. Hirt wäre mit euren Stimmen im Landtag!

Und wie es aussieht, wenn die Grünen im parlament sind, zeigt eine kurze Episode aus dem Kreistag in Tübingen. SPD und DKP beantragten eine Mensa für eine große Berufsschule, eine Forderung, die z.B. auch hier an der Karlsruher Berufsschule aufgestellt wird. Kostenpunkt: 17 Millionen. Die Grünen stimmten mit der CDU und der FDP dagegen, da das zu teuer sei und die Verschuldung eh zu hoch sei. Stattdessen waren sie für eine Cafeteria für 4 Millionen. Cafeteria bedeutet Kaffee, Würstchen und Cola... Sehr gesund als warme Mahlzeit!! Sparpolitik mit Hilfe der Grünen, auf dem Rücken der Auszubildenden. (Auch in Bremen zieht Olaf Dinne für eine Sparpolitik ins Feld!)

Schlußfolgerungen

Die Grünen sind nicht groß anders als jede bürgerliche Partei. Ihr Programm ist teilweise sogar rechts vom SPD-Programm angesiedelt (nicht zu verwechseln mit der SPD-Regierungspolitik). Aber auch die Grünen halten sich ja nicht an ihr eigenes Programm, das hat man schon in vielen Veranstaltungen in Baden-Württemberg gesehen, und im Saarland läuft es genauso ab, das haben die Saarländer Grünen ja schon auf dem Parteitag in Saarbrücken erklärt. Was die Grünen im Parlament machen, werde ich jedenfalls nicht politisch mit verantworten (genausowenig wie bei der SPD).

Die Bourgeoisie und der bürgerliche Staat können sich eins ins Fäustchen lachen! Nicht die Linken haben die durch Umweltprobleme und AKWs radikalisierten Leute für eine sozialistische Alternative gewonnen. Genau umgekehrt: Rechte und bürgerliche Ökologen wie Gruhl, Springmann, Hausleiter haben die Linken für bürgerliche Vorstellungen gewonnen und somit das sozialistische Lager in der BRD geschwächt.

Im frisch gewählten Bundesvorstand ist kein einziger Linker. Wie tief muß man als "Sozialist" schon gesunken sein, wenn man bürgerliche Politiker wie Hausleiter oder Kelly in den Vorstand wählt?

Was mich aber am meisten frustrierte, war das Verhalten von Linken wie Willy Hoss, der sich nicht zu schade war, Gruhl aufzufordern, doch zu kandidieren und dafür die Rücknahme des verabschiedeten Punktes Arbeit und Wirtschaft forderte (für Gruhl zu links), „da Gruhl **der** Repräsentant der Ökologie-Bewegung in der BRD sei".

Heinz Brandt sprach gegen die Aufnahme der Forderung nach ersatzloser Streichung des 218. „Es ist unmöglich in der § 218-Frage ein leninistisches Monopol herstellen zu wollen" oder „Wenn Grüne (durch solche Forderungen) auf CDU-Wähler verzichten, arbeiten sie Strauß in die Hände ..."

Anschließend soll noch einmal in aller Schärfe deutlich gemacht werden, daß die grüne Partei und die Ökologie-Bewegung beileibe nicht dasselbe sind, wie das die Grünen wohl gern hätten und etliche Leute zu glauben scheinen.

Für mich als Sozialist und Gewerkschafter gegen Atom stellen die Grünen, die für sich ja in Anspruch nehmen, mein parlamentarischer Arm sein zu wollen, keine Alternative dar. Diese alternative kann nur in einer radikalen Ablehnung und Änderung der kapitalistischen Profitwirtschaft liegen, d.h. dem Aufbau einer revolutionären sozialistischen Alternative, denn die Marx'sche Formel Sozialismus oder Barbarei ist heute angesichts des ungeheuren Ausmaßes der Umweltzerstörung und der Zerstörung des Menschen brandaktuell.

W. Treiber
Mitglied im Aktionskreis Leben Karlsruhe

Musik- und Theatertreffen auf Kinderschloß Ockstadt

Das Treffen vom 29.2. bis 2.3. hatte 60-70 Theater- und Musikaktive gegen AKWs nach Schloß Ockstadt gelockt, wo wir uns gut verpflegt und von der Hektik des Alltags abgeschlossen zwei Tage lang spielender- und arbeitenderweise trafen.
Mit Vorspielen begannen wir schon am Freitagabend und setzten es den ganzen nächsten Tag fort. Für die Arbeitsgruppen blieb dann nur noch der Abend und der Sonntagmorgen.
Neun Gruppen zeigten ihr Programm. Rund die Hälfte von ihnen war das erste Mal auf einem Theater- und Musiktreffen und arbeitete auch noch nicht lange zusammen. Nach jeder Aufführung diskutierten wir mit der Gruppe, wobei es meist mehr um den Inhalt als die Ausführung des Gezeigten ging.
Einige Stücke beinhalteten auch Themen wie "Militarismus"oder "die Grünen".
Die Gröhlgruppe (Braunschweig) stellte Teile eines noch unfertigen Stückes vor. Sie hatten dazu ein Papier mit Szenenabfolge und Fragen zu diesen Szenen vorbereitet und boten damit eine konkrete Arbeit am Stück an. Die Frankfurter Gruppe Strandgut stellte ein Anti-Akw-Kinderstück vor:ein Puppenspiel mit Liedbegleitung und einer Maus als Hauptperson(ich glaube,es ist das erste Kinderstück in dieser Richtung). Der Narrenspieß Berlin verlegte seine Vorführung ins Freie, es war ein ungefähr einstündiges Programm, in dem sich zwischen Akrobatik und einem italienischen Melodrama Wallenstein im Versmaß und Reim mit seinem Wissenschaftler über die Entsorgung die Haare raufte.

Narrenspiess Berlin

Von den 5 Musikgruppen machen drei fast ausschließlich Straßenmusik, zwei Frankfurter sangen im Dialekt, eine andere Gruppe hatte Heines "Lorelei" umgetextet.
Die Musiker sorgten anschließend auch für Fetenstimmung, es fanden außerordentlich schöne und ausgiebige Sessions statt.
Soviel Kulturgenuss und -diskussion ließ kaum noch Kraft und Lust in Arbeitsgruppen weiterzumachen;trotzdem rafften wir uns auf. Acht AGs wurden gebildet: eine zum Ölkrisen/Antikriegsstück der Gröhlgruppe, eine für das Göttinger Stück"Die Abholzung des Gorlebener Waldes "(teilweise aus Sicht der Bäume), zu den Themen "Liedgestaltung" und "Blitztheater", zur Idee einer Theaterwoche in Borken und einem Straßenmusikfest in Braunschweig, zum neuen Liederbuch und zur Idee ein Theaterhandbuch herauszugeben.
Am Sonntagvormittag fand das abschließende Plenum statt, mit Berichten aus den Arbeitsgruppen, Kritik an dem Treffen und neuen Vorschlägen. Es wurde vor allem beredet, ob bei dem nächsten Treffen ein so langer VORspielteil, der zu Ungunsten der Arbeitsgruppen geht, beibehalten werden soll. Zur gegenseitigen Vorstellung am ersten Abend wurde das Bedürfnis geäußert, mehr über die Entstehung, Entwicklung und Arbeitsweise der Gruppen zu erfahren. Zu dem Vorspielteil wurde vorgeschlagen,daß die Gruppen vor ihrer Vorführung einige Anhaltspunkte darüber geben sollten, wo sie selbst Schwächen und Stärken in ihrem Stück sehen, und welche Reaktion sie beim Puplikum hervorrufen wollen.
Das Vorspielen vor dem Plenum wurde von allen als gute Möglichkeit sich kennenzulernen und in die Diskussion zu kommen und neue Anregungen zu erhalten, gesehen. Arbeitsgruppen sollen je nach Notwendigkeit und Interesse gebildet werden.
Da der Sommer die günstigste Zeit für gemeinsame Aktionen ist, wurde beschlossen, die Arbeitstreffen in die Herbst- und Frühjahrszeit zu legen. Im Sommer wird eine Theater- und Musikwoche in Borken stattfinden, die Organisation des sogenannten "Borkentrecks" wurde von den Gießenern übernommen. Gruppen, die sich daran beteiligen wollen, wenden sich an die Kontaktadresse:
Anne Geils, Bleichstraße 24, 63oo Gießen.
Und die Gröhlgruppe Braunschweig hat vor, in ihrer Stadt ein Straßenmusik (theater?)festival zu veranstalten: c/o Elke Flake, Rudolfstr. 19, 33oo Braunschweig.
Das Theaterhandbuch, das bis zum Herbst 8o vorbereitet wird, soll unter anderem Textauszüge und Anregungen für "Anfänger" beinhalten.In diesem Zusammenhang möchte ich zum einen Theatergruppen dazu aufrufen, Texte, Selbstdarstellungen und "Ideen" an den Narrenspieß c/o Reiner Strahl, Muskauerstr. 21, 1000 Berlin 36, Tel.: o3o-6127079 zu schikken. Zum anderen möchte ich darauf hinweisen, daß bei der Göttinger Kontaktadresse nicht um Texte angefragt werden kann, da es dort schlicht und einfach keine gibt. Auch sonst gibt es bisher keine Sammelstelle dafür. Wir hoffen auch dieses Problem mit dem Handbuch lösen zu können. (Anfängern ist zu raten, zum nächsten Treffen zu kommen und /oder mal eine der Gruppen, in ihrer Gegend zu besuchen!?)
Der Termin für das nächste Treffen ist der 10./11./12. Oktober und der Ort wieder Kinderschloß Ockstadt (weil's dort so schön war). Es wird vom Narrenspieß Berlin vorbereitet, Kontaktadresse s.o..
Ich hoffe, wir besuchen uns in der Zwischenzeit viel und Treffen uns zu gemeinsamen Auftritten in Borken und Braunschweig!

An

W. Mast KG
Spirituosenfabrik
Jägermeisterstr. 1

334o Wolfenbüttel

Sehr geehrte Damen und Herren!

Vor dem Hintergrund, daß die Betreiber von Atomanlagen und die Bundesregierung noch immer nicht von ihren Plänen, das Atomprogramm auszubauen, abgelassen haben, und besonders, daß sie jetzt sogar den Baubeginn des Atomkraftwerks Brokdorf/Unterelbe erzwingen wollen, und wir demzufolge wiederum gezwungen sein werden am Brokdorfer Bauplatz zu demonstrieren und uns möglicherweise - was wir nicht wollen - mit der Polizei auseinanderzusetzen, bzw. uns vor deren Übergriffen zu schützen, möchten wir Ihnen folgenden Vorschlag machen, der u.E. sowohl Ihnen als auch uns von Nutzen sein und Vorteile bringen kann:
Sie liefern uns ca. 5oo Motorrad- bzw. Schutzhelme in von uns zu bestimmender Größe und von Ihnen frei zu wählender Grundfarbe mit Ihrem Firmensymbol, dem Jägermeister-Hirschen, als Aufdruck.
Da wir Ihnen garantieren können, daß sämtliche Helme - auf den Köpfen unserer Freunde versteht sich - spätestens Anfang Mai bei der Brokdorf-Demonstration im Fernsehen und auf Zeitungsfotos in einer der vordersten Linien bundesweit zu sehen sein werden, hätten Sie so die Möglichkeit, auch die Alternativ-Szene - neben Eintracht Braunschweig, dem MTV Wolfenbüttel usw. - als Werbeträger zu funktionalisieren und sich womöglich daselbst als Firma und Produzent beliebt zu machen und zu verankern.
Wir sind der Auffassung, daß Ihre Unkosten für die 5oo Helme durch die zu erwartende Reklamewirkung mehr als wettgemacht wird.
Der Vorteil, den wir uns von diesem, sagen wir mal Geschäft, versprechen, liegt auf der Hand: Wir sparen die Ausgaben für die Helme und müssen - wie schon mehrfach geschehen - den Göttinger Motorradzubehörmarkt nicht unnötig kurzfristig durcheinanderbringen.
In der Hoffnung auf baldige Antwort verbleiben wir

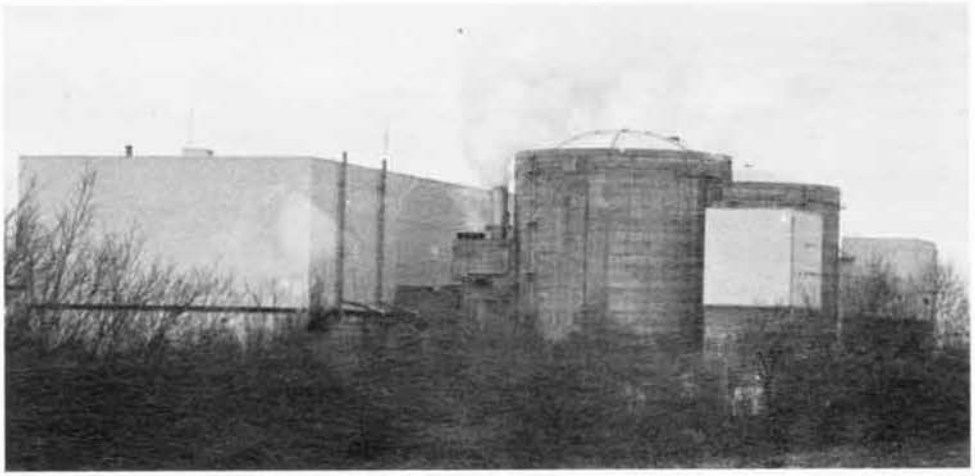
mit freundlichem Gruß

Göttinger AK gegen Atomenergie
(Koordinationsausschuß)

DAMPFWOLKE ÜBER DEM AKW FESSENHEIM

Das französische Atomkraftwerk Fessenheim,es liegt direkt am Rhein, der an dieser Stelle die Grenze bildet, hat sich in den letzten Monaten zu einer akuten Gefahr für die Bevölkerung dieses Raumes entwickelt.
Die Störfälle in den beiden Reaktoren haben in der letzten Zeit stark zugenommen (siehe Störfalliste unten).
Damit scheinen sich die schlimmsten Befürchtungen zu bestätigen, nämlich, daß sich das AKW in einem katastrophalen technischen Zustand befindet und daß es unverantwortlich ist, es weiter zu betreiben.
Es begann damit, daß die französische Gewerkschaft CFDT dem Freiburger Öko-Institut vertrauliches Material der franz. Atomenergiebehörde zuspielte. Darin waren schwere Risse in der Plattierung von Reaktorkesselstutzen festgestellt worden. (Siehe Bericht im Atom Express Nr. 17 S. 27) Nach einer vertraulichen Studie der Herstellerfirma kam diese zu der "pessimistischen" Annahme, daß die Risse in ca. drei bis fünf Jahren an die Oberfläche kommen würden. Die Folge, nämlich der Bruch einer Dampferzeugerrohrplatte oder ein Abriß von Reaktorkesselstutzen,führt zu sicherheitstechnisch nicht beherrschbaren Unfallabläufen, die mit erheblichen Radioaktivitätsfreisetzungen verbunden sind (Öko-Institut im Dez. 79).
Deutsche und französische Behörden spielten die Gefahr immer wieder herunter und versicherten, die Bevölkerung jederzeit über die Situation zu unterrichten, was eigentlich gar nicht nötig wäre, weil jede Gefahr ausgeschlossen ist (wie immer!).
"Wir wissen es besser: Am 30. Januar waren Dr. Herr (Mitglied der franz. Kontrollkommission für Fessenheim) und S. Etemad (ehemaliger Ingenieur bei der franz. Reaktorbaufirma Framatom und Projektleiter der Untersuchungskommission der Abteilung Reaktorsicherheit zu den festgestellten Rissen in französischen Reaktoren) Gäste der Volkshochschule Wyhler Wald im Winzersaal der Winzergenossenschaft Oberrotweil am südlichen Kaiserstuhl.
Etemad erklärte, daß dieses Ventilversagen die große Schwachstelle der Reaktoren sei und auch in Harrisburg der Anlaß zum GAU gewesen sei. Nach eindringlicher Diskussion wurde er gefragt, wie er das AKW Fessenheim sicherheitstechnisch einschätzen würde und was zu tun sei. Seine Antwort war kurz: das AKW stillegen!
Aus seinen Dokumenten geht klar hervor, daß das Auftreten dieser Risse schon 1976 bekannt war, daß diese Reaktorteile aber trotzdem überall eingebaut worden sind, in der Hoffnung, die nächsten Jahre würden sie schon halten. Nur kontrollieren kann man es jetzt in den verseuchten Zonen nicht mehr, weil entsprechende Roboter noch nicht entwikkelt sind. Das heißt, daß alle Sicherheitsberechnungen auf Modellrechnungen beruhen, die stimmen können oder auch nicht. Das Risiko tragen allemal wir als Bevölkerung rund um Fessenheim.
Mehrmals haben wir das Regierungspräsidium als verantwortliche Behörde für unseren Schutz schon aufgefordert, sich für eine Untersuchung des Reaktors Fessenheim einzusetzen und wenn das nicht geht, dafür zu sorgen, daß das AKW stillgelegt wird. Was uns immer wieder gesagt wird,daß die Stellungnahmen vom Bund und der Landesregierung "eindeutig" aussagen, daß beim AKW Fessenheim keine Gefahr bestehe. Woher die das wohl wissen wollen! Suttgart und Bonn sind weit und Paris ist noch weiter!!" (Was Wir Wollen, Nr. 1, 1980)

Typisch für die Politik der Betreiber und der politisch Verantwortlichen ist der Vorgang vom 29.1.80: nur einem Angestellten der centrale nuclaire de Fessenheim war es nicht geheuer, als stündlich ein Kubikmeter radioaktives Wasser aus einem Ventil am Primärkreislauf zischte. Er benachrichtigte Radio Verte Fessenheim und die nahmen dann Nachforschungen auf von Colmar (nächst größere Stadt auf franz. Boden), aber der Direktor des AKW Fessenheim bestätigte dann doch das Leck, und daß der Reaktor 1 am 29. nachts um 3Uhr abgestellt werden mußte. "Normalerweise" sollte in einem solchen Fall die Kontrollkommission vom AkW Fessenheim per Telegramm benachrichtigt werden. Es wurde jedoch ein ganz normaler Brief geschickt, der erst einen Tag später bei den Kommissären eintraf. Deutsche Behörden wurden erst gar nicht benachrichtigt.(In der Kontrollkommission Fessenheim sitzen Regionalparlamentarier, Bürgermeister, Behördenrepräsentanten und Vertreter von Umweltschutz-Bürgerinitiativen aus dem Elsaß).



Nach zwei weiteren schwerwiegenden Störfällen im März, als wiederum radioaktives Wasser austrat und sogar eine Dampfwolke aus dem Sekundärkreislauf austrat, gab es einen riesigen Wirbel im badisch-elsässischen Raum.Der Ruf nach Stillegung von Fessenheim wurde immer lauter. Politiker fühlten sich plötzlich berufen, etwas zu tun. Der südbadische Regierungspräsident Nothelfer (wir wollen hoffen, daß er nicht in die Verlegenheit gerät, seinem Namen alle Ehre erweisen zu müssen) setzt sich für einen besseren Informationsaustausch über Störfälle ein, traf sich mit seinem franz. Amtskollegen. Doch Fessenheim ist immer noch nicht stillgelegt!
Die badisch-elsässischen Bürgeriniativen, zahlreiche Regionalpolitiker sowie Abgeordnete aller Parteien, Ärzte, Lehrer und Wissenschaftler fordern die Ausrichtung eines internationalen Hearings, bei dem Befürworter und Kritiker die Probleme des AKW Fessenheim erörtern sollen: die häufigen Störfälle, die Haarrisse in bestimmten Reaktorteilen, sowie die Katastrophenvorsorge. Unterstützt wird diese Forderung nach einem Hearing von 14000 Bürgern, die sich innerhalb weniger Tage in Unterschriftenlisten eingetragen haben. Der Regierungspräsident erachtet ein solches Forum jedoch nur für sinnvoll, wenn die franz. Seite, insbesondere die Betreiber von Fessenheim, ihre Mitwirkung zusagen. Nothelfer will "die eventuelle franz. Bereitschaft bei der nächsten Erörterung der Commission Triparti(3-Länder-Kommission), die von der Nordwestschweiz, Südbaden und dem Elsaß beschickt wird, im April und Mai erkunden. Na dann mal viel Erfolg. Hoffentlich ist es bis dahin nicht zu spät.

Mit Volldampf in die 80iger Jahre

29. Jan. nachts 3Uhr. Abschaltung des Reaktor 1. Aus einem defekten Ventil war stündlich 1 Kubikmeter radioaktives Wasser aus dem Primärkreislauf geströmt.

14.März nachts 4Uhr: Ventilschaden am Rohrleitungssystem des Reaktor zwei. Den ganzen Tag über strömt in unterschiedlicher Stärke Wasserdampf aus dem Reaktor, nach Angaben der Betreiber ohne erhöhte Radioaktivitätsabgabe. Die Behörden werden erst um 10.50Uhr unterrichtet.

2o.März : erneute Abschaltung des Reaktor für 19 Stunden. Erhöhter Wasseraustritt aus dem Primärkreislauf. Undichter Absperrhahn innerhalb des Primärkreislaufes. Ansteigen des Tropfwassers von 100 l pro Std. auf 800 l.

ngen ... Kurzmeldungen ..

Kostenexplosion beim Hochtemperaturreaktor

Der im wesentlichen aus Bundesmitteln, sprich Steuergeldern, finanzierte Hochtemperaturreaktor, der in Schmehausen bei Hamm gebaut wird, wird voraussichtlich dreimal soviel kosten wie ursprünglich geplant. Runde 3,4 Milliarden DM soll das Ding jetzt kosten.

Klage gegen Kompaktlager Biblis

Widerstand gegen die bereits genehmigte Kompaktlagerung im Atomkraftwerk Biblis A und B (Hessen) kommt aus den Reihen der Regierungspartei. Am Montag, dem 17. März, beschloß die SPD/FDP-Mehrheit des Kreistages Groß-Gerau, gegen die Kompaktlagerung im AKW Biblis Verwaltungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt zu erheben.

ARGENTINIEN:

Das Atomgeschäft zwischen der Bundesrepublik und Argentinien kann man nicht allein in wirtschaftlichem Zusammenhang sehen, sondern man muß gerade bei Argentinien die allgemeine politische Situation mit betrachten. Deshalb will ich zunächst darüber berichten.

Seit 1976 ist die Militärjunta unter Videla an der Regierung. Sie hat mit brutaler Gewalt jegliche Opposition unterdrückt. Seitdem sind 15 000 - 30 000 Menschen verschwunden, d.h. an unbekannten Orten gefangen gehalten, gefoltert oder ermordet. Diese Unterdrückung wird bis heute fortgesetzt. So verließ im November 79 der Herausgeber der Zeitung "Buenos Aires Herald" das Land, weil er und seine Familie mit dem Tod bedroht wurden. Zur Zeit versucht die Regierung durch mehr oder weniger geschickte Öffentlichkeitsarbeit ihr Image aufzuwerten. So waren anläßlich des Besuchs der Menschenrechtskommission der Organisation amerikanischer Staaten im September 79 in Buenos Aires an sehr vielen Bussen, Taxis und Geschäften Aufkleber zu sehen mit der Aufschrift:"Wir Argentinier sind gerecht und human."

AUFKLEBER AUF SCHAUFENSTERN UND AUTOS

Wie "human" es in diesem Land zugeht, das kann man von den Bewohnern nur schwer erfahren. Es herrscht ein Klima der Angst, und niemand wagt, mit einem Unbekannten über Politik zu reden. Aus diesem Grunde (unter anderen) gibt es in Argentinien keine Ökologiebewegung und auch keine Gruppen, die eine Opposition gegen das Atomgeschäft bilden können. Das meiste, was in dieser Angelegenheit über Argentinien zu hören ist, kommt aus Brasilien; dort ist Öffentlichkeitsarbeit möglich.
In Argentinien riskiert jeder sein Leben der im Widerstand arbeitet.

Selbst in der bundesdeutschen Botschaft war mein Besuch beklemmend. An dem zum Teil mit Panzerplatten verbarrikadierten Eingang kontrollierten argentinische Gorillas meinen Paß und fragten nach meinem Ansinnen. Direkt nebenan der deutsche Pförtner schien sich gut mit ihnen zu verstehen. Auf einem Plakat mit deutschen Terroristen waren einige Köpfe durchgestrichen. In Anwesenheit der Polizisten habe ich mich kaum getraut, den Pförtner zu fragen, inwieweit es für Ausländer gefährlich ist, sich in Argentinien zu bewegen.

STAATSPRÄSIDENT VIDELA:WOFÜR BETET ER ?

Dazu war am 25.1.80 im NDR III folgendes zu hören:

"... General Videla hat schon fünf Monate vor seiner Präsidentschaft erklärt 'Es werden soviele Leute in Argentinien sterben, wie es nötig ist, um die Ordnung wieder herzustellen.'... Hinter dem Terror stehen wirtschaftliche Notwendigkeiten. Seit der Machtübernahme 1976 sind die Löhne in Argentinien praktisch um mindestens die Hälfte gesunken. Sowohl die Gewerkschaften wie auch der nationale Interessenverband der Industriunternehmer wurden aufgelöst. ... Nach der Meinung des Wirtschaftsministers Martinez de Hoz arbeitet die nationale Industrie nicht effizient genug. Er plant eine verstärkte ökonomische Konzentration und Monopolisierung der Industrie: die multinationalen Konzerne sollen in der Kredit- und Investmentpolitik bevorzugt werden, im Finanzwesen soll die Abhängigkeit von der Weltbank und dem internationalen Monetary Fund (=Internationaler Weltwährungsfond), dessen Entscheidungsgremien von den USA beherrscht werden, größer werden.

WIRTSCHAFTSMINISTER UND GROßGRUNDBESITZER MARTINEZ DE HOZ:

MULTIS SOLLEN BEVORZUGT WERDEN

Die Leute arbeiten einfach nicht hart genug, sagt er, und müssen daher dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt werden, um sich ihm anzugleichen...."

So fassen jetzt auch Siemens mit dem Bau eines weiteren Atomkraftwerks(laut Pressemeldung vom 20.1.80 hat die Bundesregierung der Lieferung des Reaktors zugestimmt) und Volkswagen mit dem Kauf der Atuofabrik von Chrysler Fuß in Argentinien.
Die bundesdeutschen Politiker zeigen gegenüber der argentinischen Regierung Wohlverhalten, um die Geschäfte nicht zu gefährden. So ist in der Presseerklärung der sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Penner, Jungmann und Kuhlwein, die im Oktober 1979 Argentinien besuchten, zu lesen:"Die gegenwärtige politische Lage in Argentinien und Uruguay ist nur erklärbar auf dem Hintergrund einer bedrängten innenpolitischen Situation vor der Übernahme der politischen Macht durch das Militär. Bei der notwendigen Bekämpfung von terroristischer Gewaltkriminalität hat es Erfolge gegeben..."

Die Betreiber von AKWs rechtfertigen Atomgeschäfte wie sie zur Zeit zwischen der BRD und Argentinien abgeschlossen werden damit, daß die Energieversorgung der betroffenen Länder sichergestellt werden muß. Sehen wir uns deshalb einmal die Energieversorungssituation in Argentinien an:

Argentiniens Energieversorgung

Beim Erdöl betragen die Vorräte das zwanzigfache der Jahresproduktion von 1977, beim Gas das 130fache und bei der Kohle das 600fache. Beim Erdöl liegt der Selbstversorgungsgrad bei 88%; dabei liegen 80% der Ölproduktion in der Hand des staatlichen Unternehmens YPF (Yacimientos Petroliferos Fiscales), sodaß auf dem Erdölsektor bisher keine Abhängigkeit von den großen Ölkonzernen besteht. Der selbstversorgungsgrad beim Erdgas betrug 1977 80%, wobei fast der gesamte Markt von der staatlichen Gesellschaft "Gas del Estado" beherrscht wird. Zur Struktur der Energieversorgung ist noch zu sagen, daß durch Erdöl 60% und durch Gas 28% der Energieerzeugung abgedeckt werden.

Die Atomgeschäfte mit Siemens blühen

Wie sieht die Versorgung mit Elektrizität aus? 1977 betrug die installierte Kapazität 10.000MW, sie war im Durchschnitt zu 32% ausgelastet. Durch Dampfturbinen und Verbrennung wurden 78% des Stroms erzeugt, 20% durch Wasserkraft und 6% durch Atomenergie. Die Wasserkraft ist bisher nur wenig ausgenutzt. Zusammen mit Paraguay sind zwei Staudammprojekte geplant, die zusammen 11.000MW Leistung haben sollen; das ist mehr als die installierte Leistung von 1977. Nach Angaben von 1977 sollte im Jahre 1979 ein Staudamm mit 1900MW in Betrieb gehen. Allein die drei Staudammprojekte bedeuten auf einen Zeitraum von 15 Jahren umgerechnet eine jährliche Steigerungsrate von 7 - 8%, bezogen auf die installierte Leistung von 1977.
Die Frage der Energieversorgung kann also nicht der Motor für den Einstieg in die "friedliche Nutzung" der Atomenergie sein.

Der Aufbau der Atomindustrie in Argentinien

Der Einstieg in die Atomtechnologie erfolgte auch schon viel früher:
Beim Zusammenbruch des Faschismus in Deutschland gingen Ronald Richter, Walter Schnurr und andere Wissenschaftler der deutschen Waffenindustrie nach Argentinien (wie bereits in dem Brasilien Artikel in Atom Express Nr. 18 berichtet). Richter versprach General Peron, der von 1946 bis 1955 gewählter Präsident von Argentinien war, die Atombombe für Argentinien zu bauen. Er errichtete ein Forschungslabor in Bariloche, jedoch waren seine Arbeiten glücklicherweise ohne Erfolg. Nach dem blutigen Putsch gegen Peron im Jahre 1955 ließen jedoch die neuen Machthaber die Forschung dort fleißig weiter betreiben. Argentinien steht heute mit seiner nuklearen Forschung an erster Stelle in Lateinamerika. Es verfügt über einen Stab von Wissenschaftlern, der es ihm ermöglicht hat, 1978 einen 10MW-Reaktor an Peru zu verkaufen (nach "Der Überblick"4/78).

Die Atomwissenschaftler arbeiten zur Zeit an einer Pilotanlage für die Produktion von schwerem Wasser und an einer angeblich fast fertigen Brennelementefabrik (nach FAZ vom 8.1.80). Argentinien hat schon zwei kleine Wiederaufbereitungsanlagen, die von der BRD geliefert wurden, und die Regierung hat sich auch nicht mit ihrer Absicht zurückgehalten, "das Plutonium zu verwerten, das im Innern der Reaktoren entsteht und die Fabrikation von Atombomben ermöglicht" (aus FR vom 18.8.79).

Einer dieser Reaktoren Atucha I, der von Siemens (KWU) in der Nähe von Buenos Aires gebaut wurde, ging 1974 in Betrieb. Übrigens waren 1962 die Verhandlungen über den Verkauf dieses Reaktors auf der Seite von Siemens von dem bereits erwähnten Walter Schnurr geführt worden. Ein zweiter Reaktor wird in der Provinz Cordoba von der Atomic Energy of Canada gebaut. Bei beiden AKWs handelt es sich um Schwerwasserreaktoren, bei denen Natururan verbrannt werden kann, sodaß Argentinien von der Urananreicherung unabhängig ist. (Argentinien besitzt 24.000 Tonnen U_3O_8 gesicherte Uranvorkommen.

Als Kühlmittel wird für diese Reaktoren schweres Wasser*) benötigt, das bisher aus den USA und Kanada bezogen wird. Die Produktion von schwerem Wasser ist der letzte Baustein, der Argentinien am vollständigen Brennstoffkreislauf noch fehlt. Diese Lücke soll jetzt geschlossen werden. Mit dem Bau von Atucha II, Argentiniens drittem AKW, sollte der Kauf einer Schwerwasserfabrik gekoppelt werden. Um den Bau dieser Fabrik hatte sich die Atomic Energy of Canada, die Schweizer Firma Sulzer (ein KWU Schützling) und Uhde GmbH, Tochtergesellschaft der Farbwerke Hoechst, beworben. Die US-Regierung wollte unbedingt verhindern, daß Argentiniens Brennstoffkreislauf vervollständigt wird und übte deshalb einigen Druck auf die kanadische und westdeutsche Regierung aus. Der Streit um die Schwerwasserfabrik endete schließlich damit, daß die argentinische Regierung die Aufträge für das Atomkraftwerk und die Schwerwasserfabrik entkoppelte. Die Schwerwasserfabrik wird die schweizer Firma Sulzer AG liefern. (Laut FR vom 19.3.80 wurde der Liefervertrag bereits abgeschlossen.) Der Auftrag für den Reaktor Atucha II geht trotz des hohen Preises (1,5 Mrd. US-Dollar) an Siemens, obwohl die kanadische Firma nur eine Milliarde gefordert hatte. Für diese Entscheidung der argentinischen Regierung gibt es mehrere Gründe. Der Bau des Reaktors, der von der kanadischen Firma z.Z. in der Provinz Cordoba ausgeführt wird, hat sich erheblich verzögert; im Gegensatz zu dem 1973 vereinbarten Preis von 320 Mio.US-Dollar muß sich Argentinien 1980 mit einem Preis von einer Milliarde US-Dollar abfinden. Dagegen ist Siemens bei dem "Vorzeigeprojekt" Atucha I mit erheblichen Verlusten in das Argentinien-Geschäft eingestiegen. Siemens hat sich außerdem bereiterklärt, bei den drei nach Atucha II geplanten Reaktoren die von Argentinien geforderte eventuelle Umstellung auf Druckröhren zu akzeptieren, die sich in Argentinien später besser produzieren lassen als die von Siemens bei Atucha I verwandten Druckkessel. Die Druckröhren werden in den kanadischen Schwerwasserreaktoren benutzt.
Zwei Sicherheitstechniker hatten an der Entscheidung der argentinischen Regierung für Siemens Kritik geübt; sie waren der Meinung, daß die Kanadier mehr Erfahrungen in dieser Sache haben als Siemens. Der Reaktor Atucha I von Siemens sei der erste dieses Typs gewesen, den Siemens gebaut hat und habe eine Menge Probleme gehabt.(Es war zu erfahren, daß der Reaktor bedeutende Risse hat, wobei niemand weiß, wie groß die Lecks sind; außerdem gibt es Schwierigkeiten mit der Oxidation der Innenwände des Kühlsystems.) Die Antwort der Militärs auf diese Kritik war, daß sie die beiden Techniker ins Gefängnis warfen.

*)WAS IST "SCHWERES WASSER"?

Als "schweres Wasser" bezeichnet man Wasser (H_2O), dessen Wasserstoffatome nicht nur ein Proton, sondern zusätzlich ein Neutron besitzen. Dieses Wasserstoff-"isotop" heißt "Deuterium". Deuterium wird in Atomreaktoren als "Moderator" benutzt, weil es Neutronen besonders gut bremst und wird bei der Kernfusion und zum Bau von Wasserstoffbomben benötigt.

Fortsetzung: Argentinien

Argentinien läßt zwar seine atomaren Anlagen durch die internationale Atomenergiebehörde in Wien beaufsichtigen, ist aber dem Atomsperrvertrag von 1970 nicht beigetreten. Indien hat bereits unter ähnlichen Bedingungen erfolgreich den Griff zur Atombombe getan!

Zusammenarbeit mit Brasilien besiegelt

Seit jüngstem ist eine Zusammenarbeit von Argentinien und Brasilien auf dem Gebiet der Nuklearforschung im Gespräch. Nach Otto Buchsbaum**) haben brasilianische Zeitungen schon ganz offen geschrieben, daß es für beide Länder viel billiger und besser sein wird, die Atombombe gemeinsam zu bauen. Ein entsprechender Vertrag soll bereits abgeschlossen worden sein. Außerdem erhofft sich Brasilien von dieser nuklearen Zusammenarbeit auch, daß es Atomkraftwerke oder Teile davon an Argentinien liefern kann. (Wie schon in AtomExpress Nr. 18 berichtet, wird in Brasilien eine Reaktorfabrik erbaut, an der Siemens maßgeblichen Anteil hat.)

Die Verträge zwischen Siemens (KWU) und der Nationalen Atomenergiekommission Argentiniens sollen in der nächsten Zeit ihre endgültige Fassung erhalten und damit abgeschlossen werden.
Man sieht also, daß die westdeutsche Industrie sich über andere Länder und Firmen (Brasilien und die Firma Sulzer) und auch direkt in das Atomgeschäft mit Lateinamerika einschleicht und es zunehmend beherrscht. Die bundesdeutsche Regierung schlägt alle Bedenken in den Wind und segnet diese schmutzigen Geschäfte ab.

**) Otto und Florence Buchsbaum Mitglieder des Präsidiums der "Resistência Ecológica", einer Ökologieorganisation in Brasilien, befinden sich zur Zeit auf einer Rundreise durch Europa. Sie werden am 25. April um 19.00 Uhr in der Evangelischen Studentengemeinde v. Bar -Str. 2/4 in Göttingen sprechen.

Störfallliste Gundremmingen

1966	Inbetriebnahme
23.2.67	Dampfleitungsbruch
11.1.68	Turbinenschaden
10.5.68	Turbinenschaden
23.8.68	Turbinenschaden
22.4.69	Leckage an einem Meßleitungsventil
30.5.69	Brennelementschaden
29.7.69	Verschleppung von radioaktiven Stoffen in Privatwohnungen
27.8.69	Menschliches Versagen
1.6.70	Brennelementschaden
12.6.71	Brennelementschaden
25.9.72	Steuerelementstörung
13.10.73	Ablagerungen im Primärkühlkreis
19.11.75	Arbeitsunfall mit tödlichem Ausgang
15.5.76	Risse in den beiden Speisewasserverteiler-Ringhälften
12.12.76	Stillegung für eine Woche wegen Lecks
4.1.77	Nach einem Defekt wird der Reaktor stark radioaktiv aufgeheizt
8.1.77	200.000 l radioaktiver Dampf wird freigesetzt und der Reaktor vorerst stillgelegt
8.1.80	Reaktor wird endgültig stillgelegt, da die Reparaturkosten von 250 Mio. DM "wirtschaftliche nicht vertretbar" sind

...Kurzmeldungen...Kurzmeldungen...

Gundremmingen: "Kommerziell nicht das non plus ultra"

Laut WAZ vom 9.1.1980 wird das Atomkraftwerk Gundremmingen jetzt endgültig stillgelegt.(s. Störfalliste unten) Natürlich wird man sich fragen, ob ein Atomkraftwerk an dem 17 Störfälle nachgewiesen sind, noch rentabel arbeiten kann, denn bedingt durch die Störfälle war das AKW immer einige Zeit abgeschaltet. Dazu hier einige Zitate aus dem Rheinischen Merkur vom 18.1.80:
"Kommerziell war das Kraftwerk", räumte auch Direktor Köhlertz schweren Herzens ein,"nicht das non plus ultra." Sechs gute Jahre reichten bei weitem nicht hin, um den finanziellen Einsatz nur annähernd zu amortisieren. Das Kraftwerk lieferte in elf Jahren 15 Mio.Kilowatt bei Herstellungskosten von 4 bzw. 4,5 (ohne Bundeszuschüsse) Pfennige je Kilowattstunde - Zahlen die nach Ansicht der Betreiber eine gute Betriebsbilanz dokumentieren.
Der bayrische Innenminister Bruno Merk hatte behauptet, daß Atomkraftwerk in Gundremmingen wäre "sicherer als eine Puppenfabrik". Angesichts der 17 Störfälle erweist sich diese Behauptung als reiner Hohn.
Was soll nun mit der Atomruine Gundremmingen geschehen?
Die Atomruine soll erstmal 25 Jahre stehenbleiben, um dann langsam abgetragen zu werden. Die Kosten von 100 Mio DM, die laut Rheinischem Merkur vom 18.1. dabei entstehen, darf wohl wieder der Steuerzahler berappen. Und bei jenen 100 Mio DM sind noch nicht einmal die Kosten für die Endlagerung berücksichtigt.
Für ein neues AKW hat man dennoch genug Geld:

Dritte Teilerrichtungsgenehmigung für Gundremmingen II

Der bayrische Minister für Landesentwicklung und Umweltfragen Alfred Dick hat jetzt die dritte Teilerrichtungsgenehmigung für das Atomkraftwerk Gundremmingen II erteilt. Das teilte sein Ministerium in München Anfang Februar mit. Damit kann nach Darstellung des Umweltministeriums von der Rohbau- in die Ausbauphase des aus den beiden Blökken B und C bestehenden AKWs übergegangen werden.

Die ersten Teilerrichtungsgenehmigungen für den Rohbau waren im Juli 1976 und im Dezember 1977 erteilt worden. Die jetzt bekanntgegebene Genehmigung ermöglicht den Bau und die Einrichtung wesentlicher Maschinen- und Elektrotechnischer Systeme sowie Einrichtungen des Wasser- und des Dampfkreislaufs.

Es ist damit zu rechnen, daß die vierte Teilerrichtigungsgenehmigung, ähnlich wie beim AKW Ohu, gleichzeitig auch die Betriebsgenehmigung bedeutet.

Vor der Inbetriebnahme muß allerdings noch ein Antrag auf den Einbau von Kompaktlagern gestellt und genehmigt werden. Die Inbetriebnahme von Block B ist Ende 1982 und von Block C Mitte 1983 geplant. Beide Blöcke werden eine elektrische Nettoleistung von je 1244 Megawatt bringen.

Erörterungstermin zum geplanten AKW Lingen

Auf Anfrage beim niedersächsischen Sozialministerium in Hannover erfuhr die Grafschafter Bürgerinitiative Umweltschutz (GBU), daß der Erörterungstermin, bei dem die Einwender ihre Bedenken gegen das geplante Atomkraftwerk Lingen 2 darlegen können, noch vor den Sommerferien stattfinden soll.
Im Vergleich zu anderen Genehmigungsverfahren (z.B. Gorleben, Gronau und Ahaus) ist der Termin sehr kurzfristig angesetzt.
Bisher wurde weder von den Kommunalpolitikern noch von der Antragstellerin eine ausreichende Information durchgeführt. Nur der Kreistag Grafschaft Bentheim wurde hinter verschlossenen Türen von den Betreibern einseitig informiert.

Deshalb hat die GBU am 2o.2.198o mit kritischen Wissenschaftlern ein Gespräch über den Stand des Genehmigungsverfahrens des geplanten AKW Lingen durchgeführt.

Von den Wissenschaftlern wurden folgende Probleme aufgedeckt:
1. Seit Harrisburg muß ein Kernschmelzunfall (Durchbrennen des Reaktors) auch von den Kraftwerkserbauern ernst haft in Erwägung gezogen werden. Es ist zu fragen, ob das Lingener Konzept in seiner Auslegung einen derartigen Unfall berücksichtigt hat.
2. Untersuchungen verschiedener Flugzeugabstürze ergaben, daß der Schutz des geplanten AKW Lingen nicht genügend gesichert ist.
3. Trotz des geplanten Speichersees erscheint die Kühlung des AKW nicht in jedem Fall gewährleistet.

Aus den genannten Gründen fordert die GBU von den betroffenen Kommunen rechtzeitig Informationsveranstaltungen mit Befürwortern und Kritikern der geplanten Lingener Atomanlage durchzuführen.

ATOMPROVINZ EMSLAND?

oder strahlender Abschied von einer sauberen Landschaft

Herausgeber und Bezugsadresse: BI Meppen gegen Atomanlagen, Brandenburger Str. 6, 4470 Meppen, Tel.: 05931-14201.
Aus dem Inhalt: Hintergrund für die Entwicklung im Emsland; Emsland als Lebens- und Wirtschaftsraum; Was zieht die Atomindustrie ins Emsland; Lingen II; dazu geneuere Untersuchungen; usw.
Die Broschüre kostet 3.50 DM einzeln, ab fünf Stück 3.-DM.